

# NEUE ZEIT

JULI 1980

28

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

**Abgeschrieben**

aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
- Hauptbibliothek -  
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14  
Fernruf 24 305

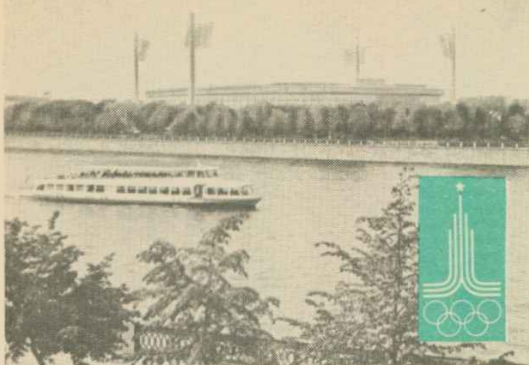


EL SALVADOR

**AGONIE DES  
VERROTTENDEN  
REGIMES**







Das Lenin-Zentralstadion kann man auch mit einem Dampfer erreichen



Gastfreundliche AEROFLOT-Stewardessen



Elektromobile, das umweltfreundlichste Verkehrsmittel

## **SOWJETUNION** IM BILD

Alle Wege führen jetzt nach Moskau, zur Olympiade. Aus allen Kontinenten werden viele Tausende Teilnehmer, Ehrengäste und Zuschauer per Flugzeug und Schiff, über Schiene und Straße anreisen.

Am Vorabend der Olympischen Spiele werden die Moskauer Flughäfen täglich zusätzlich je 60 000 Reisende abfertigen. Auf den größten Bahnlinien werden komfortable Elektroexpresszüge verkehren, die speziell Moskau mit den anderen Olympiastädten verbinden werden.

400 km lang sind die Verkehrsadern zwischen den Sportstätten, dem Olympischen Dorf, den Hotels und dem Hauptpressezentrum. 80 speziell eingerichtete Verkehrslinien sind vorgesehen.

Ein extra geschaffener

operativer Stab der Staatlichen Automobilinspektion zur Verfügung.

von Moskau wird für die Sicherheit und die strenge Einhaltung der Verkehrsregeln sorgen. Neben Streifenwagen und -motorrädern wird der Stab auch über Hubschrauber verfügen. Die Helikopterbesatzungen werden den Bo-



Die westliche Einfallstraße, vom Hubschrauber aus



Der operative Stab der Moskauer Automobilinspektion bei der Arbeit

denposten helfen, die Verkehrsströme an den Haupteinfallstraßen, an der Ringautobahn und an den Zufahrtswegen zu den Flughäfen zu regeln.

Die Hubschrauber werden es ferner den Fern-



Elektroschnellzug „ER 200“ Moskau—Leningrad



Eine Troikafahrt für die Gäste



Im Expresszug „ER 200“

Fotoreportage:  
V. Belikov



## WOHIN SICH DIE WAAGSCHALE NEIGT

Niemand hat bislang eine Waage erfunden, die es ermöglichen würde, die Effizienz politischer Verhandlungen zu ermitteln. Diese Worte, die Leonid Breschnew beim Abschluß des zweitägigen Treffens zwischen führenden Politikern der Sowjetunion und der Bundesrepublik sagte, beziehen sich zweifelsohne auf jene politischen Wiegemeister des Westens, die schon vor Beginn der Gespräche, besonders aber danach propagandistisch tarieren wollen, wer denn vom Ausgang der Moskauer Gespräche „profitiert“ hat und wer nicht. Ebenso wie früher: bei den sowjetisch-bundesdeutschen Verhandlungen von 1970, bei der historischen Helsinki-Konferenz u. a. . . .

Das Leben selbst lehrt, daß beide Seiten gewinnen, wenn die Verhandlungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des Einvernehmens, unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und im Geiste des Friedens geführt werden. Das zeigt der Moskauer Dialog. „Profitiert“ denn eine Seite, wenn die Teilnehmer des Treffens angesichts der Zuspitzung der Weltlage und des Bestehens wesentlicher Differenzen in einigen Fragen nach den Gesprächen erklären, daß sie die Entspannung für erforderlich, möglich und nützlich erachten? „Profitiert“ etwa nur eine Seite, wenn bei den sowjetisch-bundesdeutschen Gesprächen früher erarbeitete konstruktive Prinzipien der bilateralen Beziehungen bestätigt sowie ein beiderseitig vorteilhaftes langfristiges Programm für die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie angenommen wurde?

Natürlich passen solche Ergebnisse nicht in das Schema „politischer Boykotte“, die auf Initiative Brzezinskis in letzter Zeit oft in der Weltpolitik angewandt wurden. Ist dieses gefährliche Schema wirklich „der Weisheit letzter Schluß“? Die Welt hat viel zuverlässigere Orientierungspunkte. Die Staaten der beiden Gesellschaftssysteme haben sie in der KSZE-Schlußakte und in anderen wichtigen Dokumenten, die auf dem Prinzip der friedlichen Koexistenz basieren, bestimmt. Nicht von ungefähr wurde in

Moskau die Notwendigkeit bekräftigt, das Werk von Helsinki konsequent weiterzuentwickeln.

Doch die Bedeutung der Moskauer Gespräche wird nicht allein von diesen wichtigen Faktoren bestimmt. Bei den Gesprächen wurden die Hauptfragen der Festigung des Friedens, der Zügelung des Wettrüstens berührt. Gerade in diesem entscheidenden Bereich der internationalen Beziehungen unserer Epoche hat die UdSSR einige neue Ideen und Vorschläge unterbreitet. Die sowjetische Seite, die ihre früher dargelegte Position für eine bestmögliche Lösung der Frage der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa bekräftigte, hat im Interesse von Frieden und Sicherheit sich bereit erklärt, auch einer anderen Variante zuzustimmen. Die Sowjetunion würde diese Frage auch vor Ratifizierung von SALT II erörtern. Hierbei sollen nicht nur die Mittelstreckenwaffen, sondern auch die Forward-based systems der USA Gesprächsthema sein. Beide Probleme müssen gleichzeitig und in organischem Zusammenhang diskutiert werden. Natürlich können mögliche Vereinbarungen zu diesen Fragen erst nach Inkrafttreten von SALT II realisiert werden. Konkrete Überlegungen wurden auch im Zusammenhang mit den Wiener Truppenabbaugesprächen geäußert.

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR, die sich mit den Ergebnissen der Verhandlungen befaßten, hatten allen Grund zu erklären, daß die Gespräche „ein großer Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit, zur Normalisierung des internationalen Klimas gewesen sind“. Die neuen in Moskau geäußerten Ideen haben nicht nur Aufmerksamkeit in aller Welt gefunden, sondern werden auch in führenden politischen Kreisen des Westens gründlich geprüft. Natürlich verstehen alle, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Regierungserklärung am 3. Juli sagte, daß die neuen Verhandlungen schwierig und langwierig sein werden. Doch sie sind notwendig.

Es hat sich ein weiteres Mal bewahrheitet. Wenn man aufrichtig nach einer Festigung des Friedens strebt, ist die Lösung selbst der kompliziertesten Fragen möglich. In einer realistischen Politik, sagte Leonid Breschnew, kann es keine Sackgassen geben, natürlich wenn man diese nicht künstlich schafft. Die Sowjetunion demonstrierte erneut ihren Realismus, indem sie dem Westen einen Ausweg aus der Sackgasse der forcierten Rüstung gewiesen hat. Jetzt ist die reale Möglichkeit gegeben, einem gefährlichen Umschwung in der Weltpolitik vorzubeugen, zu dem es wegen des NATO-Kurses kommen könnte. Die europäische Sicherheit kann gefestigt werden, Europa kann neue Impulse für die friedliche Zusammenarbeit erhalten.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 28 JULI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Wohin sich die Waagschale neigt . . . . .	1
I. Trofimowa — Die UdSSR und Vietnam . . . . .	5
W. Kulisch — Die Ideologie der Stärke und die Entspannung . . . . .	6
A. Popow — RGW-Beitrag zum „Korb zwei“ . . . . .	8
Biographisches: Emilio Colombo . . . . .	9
A. Baryschew — El Salvador: Vereinigung der Kräfte . . . . .	9
W. Kirsanow — Afrika. Gegen die Infringe des Imperialismus . . . . .	10
O. Bykow, S. Siws — Dialog vorrangig . . . . .	10
P. Borissow — Abrüstungsausschuß. Geschleiferte Provokation . . . . .	11
W. Dolgow — Karibik. Neuer Wind . . . . .	12
W. Lawrenow — Gemeinsamer Markt. Streit im „Grünen Europa“ . . . . .	14
Notizen ♦ Glossen . . . . .	16
B. Gurewitsch — China. „Hüter des Islams“ . . . . .	18
W. Pawlow — In Ulster nichts Neues . . . . .	19
J. Mansurow — Pakistan. Sorgen des 80-Millionen-Volkes . . . . .	20
J. Botschkarew — RSA. Terror für den Export . . . . .	22
I. Nowikow — Herzlich willkommen! (Interview) . . . . .	24
W. Shitomirski, B. Lyssenko — Im Zeichen der fünf Ringe . . . . .	24
A. Frumkin — Diplomatie und Wirtschaft . . . . .	27
G. Gabrielian — Äthiopien. Freundeshilfe . . . . .	28
S. Wassiljew — Background Story. Glieder einer Kette . . . . .	29
Diskussion mit dem Leser . . . . .	31
PS . . . . .	32



Die Junta von El Salvador verstärkt mit Unterstützung des US-Imperialismus die Massenrepressalien gegen die demokratischen Kräfte des Landes. Der reaktionäre Militärführer und rechtsradikale Banden gehen gegen Arbeiter, Bauern und Studenten vor, gegen alle, die gegen die verhasste volksfeindliche Junta auftreten. Die Agonie des Regimes hat das Land an den Rand des Bürgerkrieges geführt.

Foto: TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR befaßten sich mit den Ergebnissen der Gespräche, die Leonid Breshnew, Alexej Kossygin und Andrej Gromyko mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und Vizekanzler, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, führten, und billigten voll die Tätigkeit der sowjetischen Delegation unter Leonid Breshnew. Die Ergebnisse der Gespräche sind ein wichtiger Beitrag zur Festigung von Frieden und Sicherheit, zur Verbesserung des internationalen Klimas, zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit UdSSR—Bundesrepublik. Die sowjetische Delegation stellte Fragen der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Zügelung des Wettlaufens und der Abrüstung in den Mittelpunkt. Leonid Breshnew brachte im Namen der Sowjetunion einige neue Ideen und konkrete Vorschläge für Vereinbarungen zu diesem Fragenkreis vor, u. a. über die nuklearen Mittelstreckenraketen. In der Sowjetunion erwartet man nun, daß die Regierungen der westlichen Länder verantwortungsbewußt und im Geiste des guten Willens auf die neuen sowjetischen Initiativen antworten werden.

Am 3. Juli gab Bundeskanzler Helmut Schmidt im Bundestag eine Regierungserklärung über die Ergebnisse des Treffens mit der sowjetischen Führung ab. Der Besuch in Moskau habe gezeigt, daß direkte Verhandlungen in einer internationalen Lage, die nach wie vor durch eine ganze Reihe ernster Krisen gekennzeichnet ist, nicht nur notwendig, sondern auch nützlich sind.

Am 3. Juli hatten Leonid Breshnew, Alexej Kossygin, Andrej Gromyko, Konstantin Russakow und Nikolai Baibakow im Kreml eine freundschaftliche Begegnung mit Le Duan, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, Pham Van Dong, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Ministerpräsident der SRV-Regierung, und Nguyen Lam, Sekretär des ZK der KPV, stellvertretender Ministerpräsident der SRV-Regierung und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der SRV. Beide Seiten tauschten Informationen über die Entwicklung ihrer Länder und über die wichtigsten Aufgaben aus, an deren Lösung die KPdSU und die KPV arbeiten. Sie widmeten aktuellen wie perspektivischen Fragen der beiderseitigen Zusammenarbeit große Aufmerksamkeit. Am gleichen Tag überreichte Le Duan im Kreml die höchste Auszeichnung der SRV, den Orden „Goldener Stern“, an Leonid Breshnew, Alexej Kossygin und Michail Suslow.





Bei der Überreichung der höchsten SRV-Auszeichnung an führende sowjetische Politiker.

Foto: S. Smirnow

■ Leonid Breschnew sandte am 4. Juli US-Präsident James Carter ein Telegramm, in dem er bat, dem amerikanischen Volk die Glückwünsche des Sowjetvolkes zum Nationalfeiertag der Vereinigten Staaten, dem Tag der Unabhängigkeit, zu übermitteln.

■ Am 7. Juli richtete das ZK der KPdSU eine Grußbotschaft an den Vorstand des Bulgarischen Volksbundes der Landwirte anlässlich dessen 80. Gründungstages.

■ Vom 1. bis 4. Juli tagte in Freetown der 17. OAU-Gipfel. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR sandten eine Grußbotschaft: „Die Sowjetunion unterstützt nach wie vor fest den Kampf der afrikanischen Länder für die weitere Festigung ihrer politischen und die Erlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter Grundlage“ (siehe S. 10).

■ Vom 1. bis 10. Juli fand in der UdSSR eine Woche der sowjetisch-mongolischen Freundschaft anlässlich des 59. Jahrestages der mongolischen Volksrevolution statt. Die Woche wurde mit einem Festabend im Moskauer Woikow-Werk eröffnet.

■ Am 4. Juli ging in Helsinki die 23. Tagung der ständigen sowjetisch-finnischen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Ende.

Hauptpunkt der Tagungsordnung war die Erfüllung des langfristigen sowjetisch-finnischen Programms für die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft bis 1990.

■ Vom 3. bis 6. Juli hielt sich der Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei Georges Marchais, in Ungarn auf, wo er Gespräche mit János Kádár, dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, führte.

■ Am 7. Juli traf eine Delegation der Italienischen Kommunistischen Partei — die Mitglieder der IKP-Führung Pajetta, Bufalini; und das Mitglied des ZK der IKP, Gianotti — in Moskau ein.

■ Am 7. Juli übergab der Presseattaché der UdSSR-Botschaft in der Islamischen Republik Iran eine Erklärung der Botschaft an die offizielle Nachrichtenagentur Pars, an Rundfunk und Fernsehen des Iran: „Es gibt Informationen, daß der Sowjetunion feindlich gesinnte Elemente Provokationen gegen die UdSSR-Botschaft, bis hin zu deren Besetzung, planen. Solche Handlungen sollen den guten nachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Islamischen Republik Iran Abbruch tun. Die Botschaft macht das Außenministerium der Islamischen Republik Iran und die anderen zuständigen iranischen Behörden auf den gefährlichen Charakter solcher Handlungen aufmerksam und verlangt, daß sie alle erforderlichen Maßnahmen

ergreifen, die eine solche Möglichkeit ausschließen.“

■ Am 7. Juli erkannte Indien die Regierung der VR Kampuchea unter dem Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates von Kampuchea, Heng Samrin, an. Der Außenminister Indiens, Narasimha Rao, gab das vor dem indischen Parlament bekannt.

■ Mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung (USA) nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, in der die Absicht Israels verurteilt wurde, den (arabischen) Ostteil von Jerusalem zu annektieren.

■ Am 6. Juli wurde in Amman eine auf Initiative der Arabischen Liga einberufene Konferenz der Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister der arabischen Staaten eröffnet. An ihr nehmen alle Ligamitglieder mit Ausnahme Ägyptens teil, dessen Mitgliedschaft nach der „Normalisierung“ seiner Beziehungen zu Israel ruht.

■ Am 3. Juli begann im Genfer Palais des Nations eine Tagung des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates, an der Delegationen von 54 Staaten, u. a. die UdSSR, teilnehmen. Die Tagesordnung umfaßt Fragen der Weltwirtschaft und des Standes der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Umweltschutzes, der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik, den verhängnisvollen Einfluß der multinationalen Konzerne auf die Wirtschaft der Entwicklungsländer u. a.

■ Am 5. Juli ging in Mexiko-City die 6. Tagung des UNO-Ausschusses für die multinationalen Gesellschaften zu Ende. Fragen einer Kontrolle über die Multis und



der Ausarbeitung konkreter Methoden wurden erörtert, um negative Folgen ihrer Tätigkeit — wie Einmischung in innere Angelegenheiten, die Destabilisierung bestehender Regimes sowie die brutale Ausbeutung von Natur- und Menschenressourcen — zu verhindern.

Eine internationale Konferenz (3. bis 6. Juli, Warschau) appellierte an die Völker der Erde, die Bewegung für den Weltfrieden zu stärken. Teilnehmer waren bekannte Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Wissenschaftler aus 30 Ländern.



Die afroamerikanische Öffentlichkeit demonstriert gegen den Rassismus in den USA und verlangt ein Ende der Polizeiwillkür und der massiven Menschenrechtsverletzungen. Unser Bild: „Befreit die 40 Millionen Farbigen, koloniale Geiseln in den USA“ — unter dieser Losung stand eine Demonstration der Einwohner von Miami.

Foto: AP—TASS

Die unabhängigen Länder Afrikas und die fortschrittliche Weltöffentlichkeit prangern die Rassisten der RSA an, die eine unprovokierte Aggression gegen die VR Angola verübten. In den Erklärungen von Persönlichkeiten des staatlichen und öffentlichen Lebens sowie in Pressekommentaren wird betont, daß auch die westlichen Länder, die das Apartheidregime politisch, militärisch und materiell unterstützen, mitverantwortlich für die Verbrechen Pretorias sind. Der WGB richtete an den Nationalverband der Werktätigen Angolas eine Botschaft, in der er entschieden die RSA-Aggression gegen die junge unabhängige Republik verurteilte (siehe S. 22).

Am 3. Juli ging in Genf die Internationale Konferenz für Aktionen der nicht-staatlichen Organisationen gegen Südafrika zu Ende. Ihre Teilnehmer verurteilten entschieden das Rassistenregime in Pretoria, das nicht nur eine Repressionspolitik gegenüber der afrikanischen Bevölkerung der RSA verfolgt, sondern auch die ungesetzliche Okkupation Namibias fortsetzt und Aggressionsakte gegen Nachbarländer verübt. Die Delegierten verlangten, daß die westlichen Länder und China die Militär- und Wirt-

schaftshilfe an die RSA-Rassisten einstellen. Sie bekundeten Solidarität mit dem Kampf der rechtmäßigen Vertreter des südlichen Afrika — des Afrikanischen Nationalkongresses und der SWAPO — und formulierten ein Programm konkreter Aktionen für umfassende und wirksame Sanktionen gegen das Regime in Pretoria.

Robert Mugabe, Ministerpräsident von Simbabwe, gab die Absicht seiner Regierung bekannt, die RSA-Mission in Salisbury, eine Hinterlassenschaft des Smith-Regimes, zu schließen.

In der vietnamesischen Hauptstadt wurde am 3. Juli eine Note des SRV-Außenministeriums an das Außenministerium der VR China veröffentlicht. In ihr schlägt die vietnamesische Seite erneut vor, am 15. Juli in Hanoi die dritte Runde der Verhandlungen mit der chinesischen Regierungsdelegation aufzunehmen. Die Verantwortung dafür, daß bei den Verhandlungen bislang kein Fortschritt erzielt wurde, hat die chinesische Seite voll zu tragen.

Am 7. Juli traf der Präsident Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, in der Bundesrepublik ein. Auf der Tagesordnung stehen die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen, die sich aus der neuen sowjetischen Initiative für nukleare Mittelstreckenraketen ergeben.

US-Präsident Carter ordnete den Transport einer großen Partie Waffen und Munition auf dem Luftweg nach Thailand an. Dieser Beschluß wurde nach dem „dringenden Hilfsersuchen“ Thailands gefaßt, das die Souveränität des benachbarten Kampuchea verletzt.

Am 5. Juli überquerte das olympische Feuer die rumänisch-sowjetische Grenze in Richtung Moskau.



Die größte Dürrekatastrophe der letzten Jahre hat die nordöstlichen Bundesstaaten Brasiliens heimgesucht. In manchen Gegenden hat es seit vorigem Jahr nicht mehr geregnet. Das Vieh verreckt, Baumwolle, Maispflanzen und andere Kulturen vertrocknen. Unser Bild: Diese Bauern haben ihr Hab und Gut verloren.

Foto: TASS

Der US-Präsident benutzt bei seiner Boykotttheze gegen die UdSSR die Ereignisse in Afghanistan als Vorwand. Doch sein wahres Motiv sind die diesjährigen Präsidentschaftswahlen. Der Aufruf Carters zu einem Boykott der Moskauer Olympiade ebenso wie der fehlgeschlagene Versuch, die US-Geiseln im Iran zu „befreien“, erklärt sich damit, daß Carter möglichst viele Wähler gewinnen will, indem er sich chauvinistische Stimmungen des Publikums zunutze macht. Die Sportler unseres Landes haben beschlossen, trotz des Drucks der Thatcher-Regierung nach Moskau zu fahren. Die „Eiserne Lady“ unterstützt den Aufruf des US-Präsidenten aus Angst davor, den Briten könnte klarwerden, wie viele Jahre man sie über das Leben in der UdSSR desinformiert hat.

L. MCDAID  
Derry, Großbritannien

Eine Analyse der Innen- und Außenpolitik Chinas zeigt, daß die Pekinger Führung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nicht Herr zu werden vermag — wie das äußerst tiefe Lebensniveau des chinesischen Volkes zeigt. Das Militärbündnis mit dem US-Imperialismus kann dem chinesischen Volk nur neue Entbehrungen bringen. Für China gibt es nur einen vernünftigen Ausweg — den Verzicht auf die Politik des militärischen Abenteuerismus, die friedliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

B. BALJUBA  
Alma-Ata, Kasachische SSR

Gewisse Elemente versuchen, die Außenpolitik Österreichs zu diskreditieren und in eine Abenteuerpolitik umzuwandeln. Auch wenn man, wie ich, an kein Parteibuch gebunden ist, soll und darf man nicht im Abseits stehen. Wir Österreicher müssen jetzt entschieden dem Kesseltreiben gegen unsere aktive Neutralitätspolitik entgegenreten und für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Krieges kämpfen. Als Arbeiter habe ich ein Interesse an der Erhaltung geschaffener Werte, als Vater wünsche ich eine friedliche Zukunft für meine Kinder. Es ist meine Pflicht, dazu beizutragen, daß sie nicht dort enden mögen, wo mein Vater endete, auf dem Schlachtfeld des Völkermords.

Hugo ROSSI  
Dornbirn, Österreich



# Die UdSSR und Vietnam

Das sowjetische und das vietnamesische Volk, die, wie man meinen könnte, ihrer Vergangenheit, ihrer Kultur und Sprache nach einander so fremd sind, haben viel Gemeinsames in ihrem Schicksal. Unsere Wege sollten sich im 20. Jahrhundert kreuzen. Den Völkern beider Länder fielen Freiheit und Unabhängigkeit nicht als Geschenk zu. Für das Recht, ihren Weg selbst zu wählen, haben sie einen hohen Preis gezahlt. Die UdSSR wie Vietnam haben verheerende Kriege durchgemacht, mußten wiederholt Aggressionen abwehren, und für Vietnam besteht eine solche Bedrohung bis heute. Daß die schweren Wege, die die sowjetischen und die vietnamesischen Kommunisten, die Völker beider Länder gegangen sind, so ähnlich sind, ließ uns einander besser verstehen, lehrte uns, die gegenseitige Unterstützung, den Internationalismus zu schätzen.

Beim sowjetisch-vietnamesischen Gipfeltreffen in Moskau konstatierte Leonid Bresniew, daß Freundschaft vor allem Taten und Handlungen sind, deren Bedeutung der Prüfstein Zeit erweist. Die UdSSR hat dem vietnamesischen Volk in den schwierigsten Jahren ihre hilfreiche Hand geboten — in der Zeit des Aufbaus der jungen Republik, als die kapitalistische Welt sie nicht anerkennen wollte, wie in den Jahren des bewaffneten Widerstandes gegen die US-Aggressoren und erst vor kurzem beim Überfall Chinas auf Vietnam.

Der sowjetisch-vietnamesische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit von 1978 wurde zum Ausdruck der wahren Kameradschaftlichkeit, die die beiden sozialistischen Bruderländer verbindet. Er dient vor allem dem friedlichen Aufbau beider Staaten. Die Sowjetunion hilft den vietnamesischen Freunden bei der Errichtung und Rekonstruktion von ca. 70 Betrieben. Große wirtschaftliche Hilfe leisten auch andere RGW-Länder der SRV.

Vietnam wird die Produktion von Erzeugnissen für die sozialistischen Länder steigern. Insbesondere wird es die Förderung von Kupfer, Bauaxiten, Kohle, Öl und anderen Bodenschätzen Vietnam ermöglichen, einen immer größeren wirtschaftlichen Beitrag für die ganze sozialistische Gemeinschaft zu leisten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das neue während des Aufenthalts der SRV-Führung unterzeichnete sowjetisch-vietnamesische

Kooperationsabkommen über die Prospektierung und Erschließung der reichen Öl- und Gasvorkommen im Kontinentalschelf des südlichen Vietnam.

Die sowjetisch-vietnamesische Zusammenarbeit wird nicht nur bei der Lösung innerer, sondern auch internationaler Aufgaben immer umfassender. Beide Länder betonen die Interessen des Friedens und Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Vietnam gehört bekanntlich nicht dem Warschauer Vertrag an, der europäische sozialistische Länder vereint. Doch der Schutz des Friedens ist unser gemeinsames Anliegen. Die vietnamesische Führung unterstützt die programmatischen Thesen der Warschauer Deklaration, wobei sie unterstreicht, daß die SRV voll hinter den Friedensinitiativen der UdSSR und der anderen Bruderländer steht.

Die für Gleichgesinnte typische gemeinsame Haltung der UdSSR und Vietnams zur internationalen Lage wird noch durch einen weiteren Umstand bestimmt. Die gleichen Kräfte, die die Entspannung in Europa zu vereiteln suchen, mischen sich in die Angelegenheiten Afghanistans (an der Südgrenze der UdSSR) ein; die gleichen Kräfte suchen auch die Lage in Südostasien zu destabilisieren, indem sie gefährliche Spannungsherde an der Nordgrenze Vietnams und an der thailändisch - kampucheanischen Grenze schaffen. Hier wie dort geht die Bedrohung für den Frieden von Washington und Peking aus.

Südostasien wäre eine ruhige Region, wenn dort nicht äußere Kräfte wühlen würden. Hierin decken sich die Ansichten der sowjetischen und der vietnamesischen Führung ebenfalls vollständig. China und die USA, konstatierte Leonid Bresniew, lassen im Grunde einander alles durchgehen, wenn es um Gewalt gegen die Völker Indochinas geht.

Der Vietnam-Einfall der chinesischen Aggressoren im letzten Jahr erfolgte mit Zustimmung Washingtons, wenn er nicht gar von den USA souffliert worden war. Auch jetzt üben die Vereinigten Staaten „Nachsicht“ gegenüber Peking. Allein im Juni unternahm China ca. 200 bewaffnete Provokationen an der vietnamesischen Grenze. Wieder waren Opfer unter der vietnamesischen Zivilbevölkerung zu beklagen.

Es ist aussichtslos, Verwirrung darüber stiften zu wollen, wer denn

eigentlich Öl ins Feuer gießt. Die SRV-Regierung hat klar gesagt, daß sie für die Lösung der Streitfragen auf dem Verhandlungswege eintritt, und schlägt konkrete Maßnahmen vor, die die Lage an der Grenze stabilisieren und die bilateralen Beziehungen normalisieren können. Doch nach bereits zwei Verhandlungsrunden zwischen der vietnamesischen und der chinesischen Regierungsdelegation sind die Gespräche immer noch nicht vorangekommen. Peking schürt offenbar bewußt die Spannungen, um Vietnam unter Druck zu setzen.

Zudem wird Druck auf Kampuchea ausgeübt. Peking wie Washington wollen ihre Hoffnung nicht fahren lassen, Pol Pot erneut in den Sattel zu heben. Doch es gibt in letzter Zeit immer weniger Anhänger eines solchen Unterfangens. Hier haben die publik gewordenen Verbrechen der Pol-Pot-Bande wie das zunehmende Verständnis dafür, daß nur der Revolutionäre Volksrat Kampuchea die Khmer vor der Vernichtung bewahrt und dem Land wieder Leben eingehaucht hat, das Ihre getan. Reuter meldete die bezeichnende Erklärung eines Amerikaners, der in Phnom Penh bei internationalen Hilfsorganisationen tätig war. Die einzig richtige Entscheidung sei die Unterstützung der Regierung Heng Samrin.

Jenen aber, die Provokationen gegen Kampuchea unternehmen, liegt nichts an den Interessen dieses Landes und der Völker der Nachbarstaaten. Heute hetzen Peking und Washington die thailändischen Behörden zu einer direkten Aggression gegen das leidgeprüfte Volk Kampuchea auf. Wohl kaum hätte sich Bangkok dazu entschlossen, Pol-Pot-Banden unter dem Vorwand einer „Repatriierung von Flüchtlingen“ nach Kampuchea einzuschleusen, wenn es nicht von mächtigeren Partnern dazu aufgehetzt worden wäre. Das zeigt auch die Blitzaktion, mit der die USA in den letzten Tagen Waffen, einschließlich Panzern, nach Thailand schafften.

Die sowjetische und die vietnamesische Führung haben bekräftigt, daß sich die Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien und Ländern auch in Zukunft im Interesse des sowjetischen und des vietnamesischen Volkes, im Interesse von Frieden, Freiheit und nationaler Unabhängigkeit in Asien und in der ganzen Welt entwickeln wird.

I. TROFIMOWA



# DIE IDEOLOGIE DER STÄRKE UND DIE ENTSPANNUNG

Wassili KULISCH, Doktor der Geschichtswissenschaften

Die weltpolitische Geschichte kennt nicht wenig Beispiele für die Rivalität zwischen Faust und Vernunft. Aber wie stark die Faust auch sein mag, die Vernunft siegt letzten Endes. Heute verkörpern der Sozialismus und seine konsequente Friedenspolitik, die der internationalen Entspannung den Weg geöffnet hat, die Stärke der Vernunft. In seinem Bericht auf dem Junipenium des ZK der KPdSU sagte Leonid Breschnew: „Wir werden auch in Zukunft keine Mühe scheuen, um die Entspannung und all das Gute zu erhalten, was uns die 70er Jahre gebracht haben, um eine Wende zur Abrüstung zu erreichen, um das Recht der Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung zu verteidigen und um den Frieden zu bewahren und zu festigen.“

Die Lösung dieser Aufgaben ist nicht leicht. Der Imperialismus stellt den Friedenswillen der Völker auf die Probe. Er will den Geist des kalten Krieges wiederbeleben, den militaristischen Taumel schüren und die Welt erneut zur uralten Politik der Faust zwingen.

Nach dem zweiten Weltkrieg flackert das militaristische Fieber in den USA und anderen westlichen Ländern alle 8–10 Jahre auf. So war es Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre, als die USA die Kernwaffen in ihre Bestände aufnahmen und die NATO aufbauten. Nicht anders war es in den 50er Jahren, als neue USA-Bomber entwickelt wurden, und in den 60er, als die USA interkontinentale strategische sowie ballistische Raketen für Atom-U-Boote einführten. Jedesmal ging das mit dem Gezeter von einer „sowjetischen Bedrohung“ und Lamentieren ob der militärischen Schwäche des Westens einher. Später stellte sich heraus, daß das nicht stimmte. Aber bis dahin waren neue militärische Programme schon angenommen und wurden realisiert.

Der Grund all dieser „Fieberanfälle“ war das Streben der USA-Führung nach einer Überlegenheit in der Stärke gegenüber der UdSSR, was den USA erlauben würde, die Hegemonie oder, wie die Amerikaner es ausdrücken, die führende Rolle in der Welt zu spielen. Jedesmal wurden solche Hoffnungen an neue Waffen und an technologische Vorzüge geknüpft, die angeblich einen großen Vorsprung gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten sicherten.

Heute gilt das gleiche Schema. Die von den USA und der NATO un-

längst gebilligten immens teuren Programme umfassen die Modernisierung der strategischen USA-Kräfte (Bau mobiler interkontinentaler ballistischer MX-Raketen sowie von Atom-U-Booten „Trident-1“ und „Trident-2“ mit perfektionierten und mächtigeren Raketen, Bestückung der strategischen Bomber mit Flügelraketen). Geplant ist ferner die Entwicklung einer „Triade“ der strategischen Kräfte für Europa; sie soll neben den konventionellen Streitkräften strategische Kernstreitkräfte und strategische Kräfte des Kriegsschauplatzes, d. h. Raketen und Fliegerkräfte mittlerer Reichweite, einschließen. Ferner beabsichtigt man, die USA-Marine zu modernisieren und stärker zu machen als ebensolche Kräfte „jedes anderen Landes“, eine Eingreiftruppe und „interkontinentale“ Transportmittel dafür zu schaffen usw.

Jede neue Kriegshysterie in den USA und der NATO bedeutet große Opfer für die Völker der Welt und führt unvermeidlich zu internationalen Komplikationen und Erschütterungen. Die Ansprüche der USA und ihrer Bündnispartner auf die Weltführung werden nicht realer als früher, der Traum von militärischer Überlegenheit bleibt eine Illusion, aber das ernüchtert die Initiatoren der „Politik der Stärke“ nicht. Immer wieder verunsichern sie die Welt. Diese gefährliche Hartnäckigkeit wird von der gesamten bürgerlichen Ideologie der Stärke unterstützt.

## Zwecklügen

Die Ideologie der Stärke widerspiegelt die Interessen der Ausbeuterklassen inner- und außerhalb des Landes. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die herrschenden USA-Kreise führend darin, diese Ideologie zu formulieren und deren Anwendung in der imperialistischen Politik zu begründen. In den USA verschmolz besagte Ideologie zudem mit dem fast in ihrer ganzen Geschichte herrschenden Kult brutaler Gewalt. Mit der Entstehung des sozialistischen Systems und mit der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung sind die Anwendungsbereiche und Chancen dieser Politik zwar stark zusammengeschrumpft, aber ihre materiell-technische, besonders die militärische Basis wird weiterhin ausgebaut.

Das Leitmotiv vieler Arbeiten be-

kannter bürgerlicher Politologen ist der Machtkampf als Hauptziel der Außenpolitik. Er wird im Grunde der natürlichen Auslese gleichgesetzt und beinahe zum wichtigsten Gesetz der internationalen Beziehungen erhoben. Vor dem zweiten Weltkrieg übrigens erschöpfte sich die Weltpolitik für die USA-Forscher noch nicht in diesem Kampf. So schrieb E. H. Carr 1939, es sei „unmöglich, die Politik erschöpfend in Machtbegriffen zu definieren“. Aber schon in den 50er Jahren behauptete H. Morgenthau, eine in den USA anerkannte Kapazität, kategorisch: „Internationale Politik ist wie jede Politik ein Machtkampf.“ Der Sinn der Außenpolitik bestehe darin, den eigenen Einfluß auf die anderen Länder und Völker zu erhalten und zu verstärken. Bürgerliche Ideologen nicht nur in den USA, sondern auch in anderen kapitalistischen Ländern erachten diese These als allgemeingültig und dehnen sie auf die Beziehungen sowohl zwischen rivalisierenden als auch zwischen verbündeten Staaten aus.

Die Idee des permanenten Machtkampfes ist Ausdruck des Strebens des Imperialismus nach Wiedererlangung seiner Monopolstellung, die durch den Sieg des Sozialismus in der UdSSR und die Bildung des sozialistischen Weltsystems liquidiert wurde, und nach Sicherung der Hegemonie, der Weltführung des USA-Imperialismus. Aus dem Herrschaftsanspruch ergeben sich alle anderen Thesen, die als ideologische Begründung für expansionistische Pläne dienen. Davon läßt sich denn auch die Administration Carter leiten, wenn sie faktisch die ganze Welt — das Territorium der „Alliierten und Freunde“, die wichtigsten Quellen von Energieträgern und Rohstoffen — zur Sphäre ihrer „nationalen Interessen“ verkündet und sich eigenmächtig zum Schiedsrichter in Fragen der Menschenrechte aufwirft. Dieser Appetit kennt keine Grenzen. In einem Bericht des USA-Verteidigungsministers H. Brown an den USA-Kongreß heißt es: „Sowohl unsere heutigen Interessen als auch unsere historischen Verpflichtungen“ (aus der angeblichen Führung in der Welt) „zwingen uns, in so entfernten, aber strategisch wichtigen Räumen wie dem Japanischen Meer, der Straße von Malakka, im Persischen Golf, in den Dardanellen, in der Ostsee und in der Barentssee Fuß zu fassen.“

Um vom eigenen Hegemonismus abzulenken, schreiben die imperialistischen Politiker ein solches Streben Ländern zu, denen diese Ideen wesenfremd sind. Sie entstellen skrupellos die wahren Motive, aus denen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder den nationalen Befreiungskraften und den jungen freien Staaten in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus helfen. Die westliche und die Pekinger Propaganda nennen diese Hilfe Einmischung in fremde Angelegenheiten zum Zweck der Herr-



schaft. Eine besonders lärmvolle und zynische Kampagne ist um die Hilfe der UdSSR an ihr Nachbarland Afghanistan im Gange. Dabei ist das Sowjetvolk den Afghanen auf ihre Bitte zu Hilfe gekommen, weil die Errungenschaften des Volkes gegen die Konterrevolution und die ausländischen Interventionen verteidigt werden müssen. Selbst die Hilfe Vietnams für das kampucheanische Volk in seinem Befreiungskampf und die Rettung der Khmer vor der physischen Vernichtung wird verleumderisch zum „regionalen Hegemonismus“ abgestempelt.

Wozu werden diese Lügen gesponnen? Erstens um die Außenpolitik des Sozialismus zu schmähen und den verlogenen Gedanken zu suggerieren, zwischen den internationalistischen Aktionen der sozialistischen Länder und den landräuberischen Praktiken des Imperialismus bestehe kein grundsätzlicher Unterschied. Zugleich soll der volksfeindliche Kurs der Imperialisten gegenüber Afghanistan und Kampuchea gerechtfertigt oder zumindest vertuscht werden. Zweitens will man mit einer solchen Propaganda die antisowjetische Politik der Imperialisten des Westens und Pekings, ihre Wühltätigkeit gegen die Entspannung rechtfertigen.

Zur Täuschung der Weltöffentlichkeit müssen auch die modischen bürgerlichen Konzeptionen der internationalen Beziehungen herhalten, u. a. die Konzeptionen der Zweipoligkeit und des Polyzentrismus. Im ersten Fall wird das — äußerst vereinfachte — System dieser Beziehungen auf den Wettstreit der beiden „Supermächte“ UdSSR und USA um die Weltführung reduziert, während die übrigen Staaten nach dem Gedanken der Urheber dieses Schemas sich um die beiden Pole zu gruppieren haben. Der polyzentrischen Theorie zufolge spielt sich der Kampf um die Herrschaft zwischen mehreren Stärkezentren ab. Einige westliche Autoren nennen fünf solche Zentren: USA, Westeuropa, Japan, China und die UdSSR, andere fügen noch Indien hinzu.

Unabhängig von der Anzahl bleibt sich das ideologische Wesen solcher Konzeptionen gleich: zu beweisen, daß der Kampf der Staaten um Hegemonie unabänderlich sei, daß es eine Alternative zu dieser Politik nicht geben könne. Mehr noch, die Veränderung des Klassencharakters eines Staates wirke sich auf die Außenpolitik oder die internationalen Beziehungen nicht aus. Neben den schon erwähnten Zielen haben all diese Konzeptionen noch eines: die Rolle der mittleren und kleinen Staaten zu vermindern und sie wehrlos hinzustellen, besonders diejenigen unter ihnen, die sich längst von der kolonialen Abhängigkeit befreit haben und nichtpaktgebunden sind.

### Im Geiste Machiavellis

Über die Mittel im Kampf um die „führende Rolle“ sind sich die bürgerlichen Ideologen eins: nur die Stärke. Dieser Begriff umfaßt für sie die Militärmacht, die Wirtschaft, die Wissenschaft und Technik, die politisch-moralische Verfassung der Gesellschaft sowie die militärpolitischen Bündnisse. Der USA-Politologe John Stoessinger schreibt: „Stärke in den internationalen Beziehungen ist die Fähigkeit eines Staates, seine materiellen und nichtmateriellen Ressourcen einzusetzen, um die anderen Staaten zu beeinflussen.“

Nach Ansicht der bürgerlichen Ideologen gelten für die Ausmaße und Methoden der außenpolitischen Nutzung der Stärke keine Rechts- oder Moralnormen. H. Morgenthau beruft sich dabei auf den Ausspruch Machiavellis, es sei „der Staat selbst, der solche Normen schaffe“. Deshalb gebe es in den internationalen Beziehungen nur eine einzige Bedingung, die das Verhalten der Staaten reglementiere: die reale Überlegenheit in der Stärke. In der anarchischen Welt der Nationalstaaten erreiche der stärkste seine Herrschaft und sichere seine Interessen durch ständige Vergrößerung der Macht, durch Gewinnung von Bündnispartnern und Zügelung der Stärke potentieller Gegner. In diesem Wettstreit entstehe eine Kräftegruppierung, die die außenpolitischen Möglichkeiten der Rivalen bestimme. Eine größere Handlungsfreiheit besitze die stärkere Seite.

In seiner Januarpublikation an den Kongreß erklärte Carter ohne Umschweife, daß die USA ihrer Militär- und Wirtschaftsmacht nach führend sein müssen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre regten die USA und die NATO erneut die Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme an. Die heuchlerische Haltung der imperialistischen Kreise des Westens zum Abrüstungsproblem — dem wichtigsten der Gegenwart! — wird in diesem Zusammenhang besonders klar. Wie die 60er und 70er Jahre zeigten, können sie sich nicht über die Abrüstungsinitiativen der sozialistischen Staaten ausschweigen, weil sie eine ungünstige Reaktion der Öffentlichkeit befürchten, tun jedoch alles, um eine Einschränkung der Rüstungen und militärischen Vorbereitungen nicht zuzulassen. Trotz ihrer Lippenbekenntnisse zu einer wirksamen Politik der Rüstungs- und Abrüstungskontrolle benutzen sie jeden Anlaß, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, und weichen einer Lösung der kardinalen Probleme aus. Die Hinauszögerung der Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa, die Sabotage der Ratifizierung von SALT 2, die Sprengung der Verhandlungen über die Begrenzung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean, die von den USA verursachte Hinauszögerung des endgültigen C-Waffen-Verbots: Diese Beispiele beweisen, daß die USA-Administration gegen die Abrüstungsidee ist.

Was die westlichen Politologen auch behaupten mögen, die Abrüstung ist mit ihrer Ideologie der

Stärke grundsätzlich unvereinbar. Die Wirksamkeit der internationalen Tätigkeit der imperialistischen Staaten wird, wie Carters Reden erneut gezeigt haben, von der Waffenhoheit, von der Erhöhung der Stärke abhängig gemacht. Nicht von ungefähr sind die USA der größte Waffenlieferant für jene Länder und Regimes, die im Fahrwasser der amerikanischen Politik treiben. Den Ländern gegenüber, die einen unabhängigen Kurs steuern, wird das ganze Arsenal der Politik der Stärke angeboten. Die USA sehen in den wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und kommerziellen Kontakten, kurz, in allem, was normalerweise die Zusammenarbeit zwischen den Staaten fördert, nur ein Mittel von Rivalität und Erpressung. „Sanktionen“, Handelsdiskriminierung, Kreditbeschränkung oder -verweigerung und ähnliches wird angewandt, nur um die sozialistischen Länder unter Druck zu setzen. Übrigens nicht nur die sozialistischen. Hier ein Beispiel aus jüngster Zeit: Nach der langjährigen erfolglosen Blockade über Kuba verhängt der USA-Imperialismus jetzt eine Blockade über Iran.

Aber selbstverständlich beruht die Politik der Stärke vor allem auf der ständigen Drohung, Militärgewalt anzuwenden. Hierzu gehören die Entfesselung lokaler („begrenzter“) Kriege gegen die Entwicklungsstaaten, Militärhilfe für reaktionäre Regimes, Demonstration der Stärke zwecks Druckausübung auf andere Staaten, in erster Linie aber die Aufrechterhaltung der Gefahr eines thermonuklearen Weltkriegs mit seinen unabsehbaren Folgen.

### Permanente Krise

Die Ideologie der Stärke widerspricht in ihrer eigentlichen Grundlage und all ihren Äußerungen der Entspannung und erschwert den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die Einstellung auf Überlegenheit behindert die Lösung des Hauptproblems in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen: die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen und das Niveau der militärischen Konfrontation in Europa zu senken. Die Leichtigkeit, mit der die USA-Administration die von ihr unterzeichneten Abkommen bricht und gegen die erzielten Vereinbarungen verstößt, schadet nicht nur den Beziehungen zur UdSSR. Sie unterhöhlt die Stabilität und Sicherheit im gesamten internationalen Leben. Und doch kann man mit vollem Grund sagen, daß die Ideologie der Stärke in einer permanenten Krise steckt. Dieses scheinbar so ganzheitliche Schema und die darauf beruhende Politik können dem USA-Imperialismus nicht die herrschende Stellung in der Welt sichern. Im Gegenteil: Obwohl der Imperialismus seine Militärmacht steigert, verliert



er eine Position nach der anderen. Ein beredtes Zeugnis dafür ist der Verzicht der USA auf die Doktrin der „massierten Vergeltung“ und die Politik „am Rande des Krieges“ sowie der Übergang zur Doktrin des „flexiblen Reagierens“. Das Ganze ist zwar in hohem Maße Lavieren, doch auch eine zunehmende Anerkennung der Realitäten unserer Epoche.

Die Krise der Politik der Stärke wurzelt in den tiefen Veränderungen in der Welt nach dem zweiten Weltkrieg. Hier die wichtigsten. Erstens wurde die Sphäre der Alleinherrschaft des Imperialismus stark eingeeignet, während sich die Wirksamkeit politischer Mittel, selbst so gefährlicher, wie die Militärgewalt, relativ verringerte. Zweitens hat der Sozialismus seine internationalen Positionen festigt und den Einfluß seiner Idee der friedlichen Koexistenz auf das Weltgeschehen verstärkt. Drittens ist endgültig das Kolonialsystem zusammengebrochen, neue Staaten, die eine unabhängige Politik verfolgen, sind auf den Plan getreten und ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenen entstanden, die aktiv die Hegemonieanmaßungen der imperialistischen Mächte ablehnt.

Die Idee des Friedens ist die Basis der sozialistischen Außenpolitik. Im Gegensatz zur bürgerlichen Ideologie der Stärke, Herrschaft und Hegemonie bedeutet die friedliche Koexistenz, daß alle Staaten die Prinzipien der Souveränität, Gleichberechtigung, territorialen Unantastbarkeit und Nichteinmischung strikt befolgen und das Recht aller Völker respektieren, die sozialökonomische und politische Ordnung frei zu wählen. Die UdSSR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft treten konsequent gegen alle Erscheinungsformen des Hegemonismus auf. Auf Initiative der UdSSR nahm die 34. UNO-Vollversammlung eine Resolution über die Unzulässigkeit der Hegemoniepolitik an.

Die sozialistischen Staaten wirken beharrlich darauf hin, daß die Kriegsgefahr beseitigt oder auf jeden Fall gemindert wird, daß die Streitkräfte und Rüstungen, vor allem die Kernwaffen, eingeschränkt und begrenzt werden. In den Dokumenten des XXIV. und des XXV. Parteitages der KPdSU, der Parteitage der verbündeten kommunistischen und Arbeiterparteien sind konkrete Wege des Kampfes für diese Ziele, für den Verzicht aller Staaten auf Gewaltanwendung und -androhung festgelegt.

Der im Februar 1981 bevorstehende XXVI. Parteitag der KPdSU wird diesem Kampf neue Impulse geben. Auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Juni d. J. sagte Leonid Breschnew: „Der Frieden ist ein unermesslicher Schatz für die Menschheit. Lenin hat das Banner des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern erhoben. Diesem Banner werden wir treu bleiben.“

# RGW-BEITRAG ZUM „KORB ZWEI“

Alexander POPOV

Die RGW-Länder haben sich nie von der übrigen Welt isoliert, Autarkie ist ihnen wesensfremd. Im Gegenteil, sie festigen ihre Wirtschaftsmacht in der Absicht, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zu erweitern.

Auf der XXX. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe würdigten die Regierungschefs seiner Mitgliedsländer den erfolgreichen Ausgang der Helsinki-Konferenz und betonten, daß ihre Schlußakte eine gute Grundlage für den Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten bildet. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit, darauf hinzuwirken, daß die in der Schlußakte gesetzten Ziele voll verwirklicht werden.

Sofort nach der Helsinki-Konferenz gab das RGW-Exekutivkomitee die Bereitschaft des Rates bekannt, zu sogenanntem Korb zwei, d. h. zur Realisierung der Prinzipien und Festlegungen des wichtigen Abschnitts der Schlußakte „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“, beizutragen. Im RGW-Rahmen wurden Maßnahmen vorgemerkt, die die Geschäftskontakte mit anderen internationalen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Organisationen, besonders mit der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), fördern sollten. Ein Beispiel wäre die Zusammenarbeit der beiden Sekretariate im Bereich der Vergleichbarkeit statistischer Informationen. Auf der 33. ECE-Tagung und der 26. Tagung der Konferenz der europäischen Statistiker wurde festgestellt, daß das RGW-Sekretariat positiv die Entwicklung der entsprechenden Zusammenarbeit im Geiste der Schlußakte beeinflusst. Das wurde auch auf dem Treffen in Belgrad erwähnt.

Das ECE-Sekretariat veröffentlichte den Entwurf einer „Tabelle zur Überführung der Internationalen UNO-Standardklassifikation in die Kategorien der Einheitlichen Handelsnomenklatur des RGW-Außenhandels“, die zusammen mit dem RGW-Sekretariat erarbeitet wurde. Das RGW-Sekretariat überreichte der ECE Materialien zum „System

der Hauptwerte der Sozialstatistik und ihrer Berechnung“ sowie Statistiken zur Umwelt und zur EDV-Anwendung für statistische Zwecke. Besonders wichtig ist, daß die beiden Sekretariate ein Programm der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik für 1979–1980 annahmen und seine Erfüllung erfolgreich abschließen.

Der RGW und die ECE bauen ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektroenergie aus. So legte das ECE-Komitee für Elektroenergie seinen Studien über die internationale Zusammenlegung von Verbundnetzen neben anderen Ausarbeitungen auch ein vom RGW-Sekretariat unterbreitetes Dokument zugrunde. Gemeint ist das Sachverständigengutachten des RGW-Sekretariats „Einige Erwägungen zum Projekt der Organisation von Arbeiten an Problemen im Zusammenhang mit Forschungen, die die Entwicklung der internationalen Zusammenlegung von Verbundnetzen betreffen“. Da die Forschung eine wichtige These der Schlußakte berührt, kann man mit Genugtuung feststellen, daß das ECE-Komitee für Elektroenergie einen Schritt vorwärts bei ihrer Realisierung tut.

Die Zusammenarbeit des RGW mit dem ECE-Komitee für Kohle hat verschiedene Formen: Dem Komitee werden Materialien zu seiner Thematik übergeben, die die RGW-Erfahrungen zusammenfassen; ihm wird bei der Durchführung von Seminaren und Symposien Hilfe erwiesen. So bereitete das RGW-Sekretariat für das ECE-Symposium über Probleme der Vergasung, Verflüssigung und Verarbeitung von Kohlen einen Bericht vor, der den Diskussionsrahmen auf dem Symposium merklich erweiterte. Es wird zum Nutzen beider Seiten auch auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft zusammengearbeitet: in Umweltschutz, Landwirtschaft, Gastransport usw.

Höchst wichtige Kontakte zwischen dem RGW und der ECE betreffen die Frage gesamteuropäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über den Umweltschutz, die Entwicklung des Verkehrs und der Energetik. Wie erinnert, wurde dieser Vorschlag von Leonid Breschnew im Dezember 1975 unterbreitet.

Die konstruktive Einstellung des RGW zur Verwirklichung der Ent-



spannung in Europa wurde erneut im Kommuniqué über die 83. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees betont. Wie es dort heißt, äußerte das Komitee im Zusammenhang damit, daß in der ECE die Durchführung gesamt-europäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über die Zusammenarbeit beim Umweltschutz, in der Entwicklung von Verkehr und Energetik erörtert wurde, die Meinung über die Zweckmäßigkeit einer aktiven Teilnahme des RGW-Sekretariats an diesen Vorbereitungsarbeiten im Rahmen der UNO-Wirtschaftskommission für Europa.

Demgemäß unterstützte das RGW-Sekretariat in der ECE den Vorschlag über die Zweckmäßigkeit einer baldmöglichsten Durchführung von drei zwischenstaatlichen Beratungen und beteiligte sich an der Vorbereitung einer Konferenz zu Fragen der Umwelt im ECE-Rahmen. So übergab das RGW-Sekretariat der ECE die Ergebnisse des Dresdener RGW-Seminars über Fragen abfallarmer und abfallfreier Technologien, beteiligten sich an regelmäßigen und Sondertagungen der Oberberater der Regierungen der ECE-Länder für Fragen der Umwelt und überreichte dem ECE-Sekretariat Materialien zu zweigebundenen und allgemeinen Fragen der Umwelt. Außerdem entsandte es eine Delegation zur Konferenz über Umweltprobleme, die gemeinsam mit den Delegationen der ECE-Länder aktiv die zur Erörterung stehenden Fragen prüfte.

Ferner. In den Beschlüssen der 34. ECE-Tagung (April 1979) wurde

der Vorschlag der Sowjetregierung hervorgehoben, eine zwischenstaatliche Konferenz über die Zusammenarbeit in der Energetik abzuhalten. Dieser Beschluß sah die Gründung eines neuen ECE-Organs — „Oberberater der Regierungen der ECE-Länder für Energetik“ — vor. Diesem Organ wurde u. a. aufgetragen, Fragen der Organisation der eventuellen Konferenz zu prüfen.

Auf der 35. ECE-Tagung (April d. J.) wurde erneut die Frage einer zwischenstaatlichen Konferenz über die Energetik erörtert. Die Delegationen der RGW-Länder äußerten ihr Bedauern darüber, daß die „Oberberater der Regierungen der ECE-Länder für Energetik“ mit der Festlegung der Themen zögern.

Wie in der Resolution der 35. ECE-Tagung unterstrichen wurde, ist der Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den Delegationen über allgemeine und nationale Probleme von Energetik und Energieressourcen von großer Bedeutung als Basis für die spätere Diskussion.

Um die gesamteuropäische Zusammenarbeit bei aktuellen Wirtschaftsproblemen auszubauen sowie die Vorschläge der UdSSR und der anderen RGW-Staaten zu realisieren, bedarf es noch beharrlicher Anstrengungen. Es wäre ratsam, zu diesem Zweck maximal das bevorstehende Treffen in Madrid zu nutzen. Alle seine Teilnehmer sollten bereit sein, Möglichkeiten für die Vereinbarung konstruktiver Schritte zu finden, die es erlauben, die Festlegungen jedes Abschnitts der Schlußakte, darunter auch von „Korb zwei“, zu realisieren. ■

NZ

KOMMENTAR

## EL SALVADOR:

### VEREINIGUNG DER KRÄFTE

In El Salvador, wo trotz des Ausnahmezustandes das Volk weiter gegen das reaktionäre Regime protestiert, beginnt ein qualitativ neues Stadium beim Zusammenschluß der patriotischen und demokratischen Kräfte.

Ein Generalstreik legte das Wirtschaftsleben der Republik für 48 Stunden lahm. Die lateinamerikanische Presse nannte ihn den eindrucksvollsten in der Geschichte des Subkontinents. Dem Streik ging die politische Konsolidierung aller Gruppen der Opposition voraus. Seit Dezember v. J. hatte ein Koordinationsbüro der revolutionären Massenorganisationen bestanden; jetzt wurden an seiner Stelle eine einheitliche politische Leitung und der gemeinsame Stab der Organisationen gegründet, die für den bewaffneten Kampf sind.

In ihrer gemeinsamen Erklärung heißt es, daß sie einen einheitlichen militärischen Plan ausarbeiten und eine gemeinsame Politik verfolgen wollen. Das Ziel der Befreiungsbewegung bestehe darin, eine revolutionär-demokratische Regierung zu bilden sowie tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit vorzunehmen.

Unter diesen Umständen suchen die USA-Diplomaten und Pentagon-generale fieberhaft nach Mitteln und Wegen, die Entwicklung in El Salvador, und sei es durch eine bewaffnete Intervention, zu beeinflussen. Laut Pressemeldungen wurde beim Staatsdepartement der USA eine Sonderkommission eingesetzt, die die Möglichkeiten einer militärischen Invasion prüfe; auch einige Nachbarländer von El Salvador sollen einbezogen werden. Es bestehen mehrere Varianten. Die eine wäre die Landung von US-Truppen vom Stützpunkt Key West, Florida, unter Hinzuziehung von Truppen aus Guatemala und Honduras. Eine weitere Variante wäre, die Regierungstruppen und die revolutionäre Truppe als „gleichberechtigte kriegsführende Seiten“ anzusehen. Eine solche diplomatische Vorbereitung gäbe den Vorwand, „interamerikanische Kräfte“ in El Salvador einmarschieren zu lassen: angeblich als Vermittler zwischen beiden „kriegsführenden Seiten“, in Wirklichkeit aber zur militärischen Druckausübung auf das Volk von El Salvador.

Angesichts solcher Drohungen ist die Konsolidierung der Patrioten besonders wichtig.

A. BARYSCHEW

## BIOGRAPHISCHES



### EMILIO COLOMBO AUSSENMINISTER ITALIENS

politisch aktiv. Seit 1946 1972). 1970—1972 war er Mitglied der Abgeordneten-Vorsitzender des Ministerkammer. rates der Italienischen Republik.

Von 1948 bis 1951 war er stellvertretender Landwirtschaftsminister und von 1953—1955 stellvertretender Minister für öffentliche Arbeiten. Seit 1955 war er wiederholt Minister für Landwirtschaft (1955 bis 1958), Außenhandel (1958 bis 1959), Industrie und Handel (1959—1963) sowie Finanzen (1963—1970 und 1972). 1970—1972 war er Vorsitzender des Minister-rates der Italienischen Republik. 1976—1980 gehörte er dem Europäischen Parlament an. 1977 und 1978 wurde er zu seinem Vorsitzenden, 1979 und 1980 zum Vorsitzenden seines politischen Ausschusses gewählt.

Geboren am 11. April 1920 in Potenza (Gebiet Basilicata). Studierte Jura. Wurde in Jugendverbänden der Katholischen Aktion



# GEGEN DIE INTRIGEN DES IMPERIALISMUS

In Freetown, der Hauptstadt der Republik Sierra Leone, fand vom 1. bis 4. Juli das Gipfeltreffen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) statt.

Das höchste Forum Afrikas tagte in einer Lage, da Kräfte, die gegen den

nationalen und sozialen Fortschritt der afrikanischen Völker auftreten, die Spannungen in und um Afrika sowie Bürgerkriege auf dem Kontinent schüren und versuchen, den irreversiblen Prozeß der vollständigen Befreiung des Kontinents zu bremsen. Das wurde auch

bei der bewaffneten Aggression der RSA-Rassisten gegen Angola deutlich. Viele führende Politiker afrikanischer Länder verwiesen darauf, daß die USA an der Aggression mitschuldig sind.

Die Teilnehmer des gesamt afrikanischen Forums begrüßten die Anwesenheit einer Delegation der unabhängigen Republik Simbabwe als 50. OAU-Vollmitglied und konstatierten, daß der Sieg des Volkes von Simbabwe eine neue Etappe im Kampf für die Befreiung des gesamten südlichen Afrikas einleitet. Das Forum tagte zur gleichen Zeit, da in der RSA Massendemonstrationen gegen die Rassenunterdrückung stattfanden, die gezeigt haben, daß keinerlei „kosmetische“ Reformen des Apartheid-systems den Kampf der Afrikaner für

## DIALOG VORRANGIG

Im Kulturzentrum der Stadt Madrid fand vom 20. bis zum 22. Juni ein repräsentatives Treffen von Vertretern der Öffentlichkeit für gesicherten Frieden in Europa statt. Es war von der Spanischen Assoziation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa veranstaltet worden. Ehrenvorsitzender war der Oberbürgermeister von Madrid, Prof. Enrique Tierno Galván, der sich tatkräftig für eine positive Entwicklung der gesamteuropäischen Beziehungen einsetzt.

Die Bedeutung der Madrider Diskussion geht über den Rahmen nationaler Veranstaltungen hinaus. An ihr beteiligten sich Delegierte aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Finnland, Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien, der UdSSR, Ungarn, der Tschechoslowakei sowie ein Vertreter des UNO-Generalsekretärs.

Aus den meisten Diskussionsbeiträgen sprach Besorgnis über die Zukunft der Entspannung und das Bestreben, einen Rückfall in die Konfrontation aus dem kalten Krieg zu verhüten. Der prominente spanische Professor Joaquín Ruiz Jiménez erklärte, als er das Treffen eröffnete: „Auch jetzt darf die Aufgabe, für eine restlose Erfüllung der Schlußakte zu kämpfen, keine Utopie sein.“

Die Diskussionsredner riefen die Öffentlichkeit Europas dazu auf, sich energischer für die im Herbst bevorstehende Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz und dafür einzusetzen, daß für sie ein günstiges Klima geschaffen wird.

Das Leitmotiv vieler Reden war, daß eine Störung des bestehenden militärischen Gleichgewichts in Europa und eine Ausdehnung der konfrontierten Militärblöcke nicht geduldet werden darf. Im Zusammenhang damit sprach auch der Abgeordnete der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei José Miguel Bueno über die Gefahr einer Einbeziehung Spaniens in die NATO; für eine „operative Neutralität“ hat Prinzessin Maria Theresia de Bourbon Stellung genommen. Die Teilnehmer des Treffens sprachen besorgt über deren Beschluß, in mehreren Ländern Westeuropas neue amerikanische Atomraketen zu stationieren.

Der Kreis der politischen und sozialen Kräfte, die im Madrider Kulturzentrum vertreten waren, war sehr weit. In manchen Fragen gingen die Meinungen auseinander, aber alle Redner sprachen darüber, daß ein Dialog über Frieden und Abrüstung wichtig sei und daß gemeinsa-

me Aktionen unternommen werden müßten. Ein Dialog, Diskussionen, Verhandlungen und eine politische Regelung — das alles wollten die Teilnehmer des Treffens dem Aufputschen einer Kriegshysterie und der politischen Unvernunft entgegengestellt sehen.

Eindeutig wurde der Gedanke geäußert, daß sich alle Antikriegskräfte zusammenschließen müssen. Monsignore Iniesta hat folgendes erklärt: „Der Frieden ist die Sache aller, ... der Frieden muß die schönste Schöpfung der Menschheit werden.“

Zur Lösung der wichtigsten Gegenwartsprobleme und vor allem zum Kampf gegen eine Atomkatastrophe ist es notwendig, daß sich alle gutgewillten Menschen, unabhängig von ihren politischen oder religiösen Anschauungen, vereinen. Das sagte nachdrücklich Joaquín Ruiz Jiménez und rief dazu auf, alle Meinungsunterschiede zurückzustellen, damit in Europa die Sicherheit und Zusammenarbeit gewährleistet werden kann.

Einstimmig wurde dem Vorschlag beipflichtet, eine Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa einzuberufen. Kanonikus Raymond Goor, der Vorsitzende des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, sagte: „Die militärische Entspannung ist eine folgerichtige und notwendige Ergänzung zur politischen Entspannung, deren Ideen und Prinzipien in der Schlußakte niedergelegt sind.“

Zugleich haben viele Diskussionsteilnehmer dagegen Stellung genommen, daß mit dem Passus der Schlußakte spekuliert wird, der die Menschenrechte betrifft. Sie haben betont, daß die Öffentlichkeit wiederholt Zeuge war, wie dieser Passus zum Vorwand genommen wurde, sich einem Gespräch über die Kardinalfragen der Friedenssicherung zu entziehen. In einem Dokument des Treffens heißt es: „Man darf die Menschenrechte nicht in Gegensatz zur Sicherheit und Entspannung bringen. ... Eine Konfrontation wegen der Menschenrechte wäre jetzt noch viel gefährlicher.“

Die Madrider Diskussion hat gezeigt, daß weite Kreise Europas entschlossen sind, gemeinsam auf eine vertiefte Entspannung hinzuwirken. Der allgemeine Schluß, zu dem die Teilnehmer des Treffens gelangt sind, lautet klipp und klar: „Zuerst die Entspannung!“

Prof. O. BYKOW  
Prof. S. SIWS

Mitglieder des Sowjetischen Komitees für  
europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Madrid—Moskau



seine vollständige Beseitigung schwächen können.

Die OAU hat die Manöver Pretorias verurteilt, das mit Rückendeckung westlicher Länder den neokolonialistischen Plan einer Regelung der Namibiafrage durch die Installierung eines Marionettenregimes zu verwirklichen sucht. Auf der Tagung in Freetown wurden einige Beschlüsse zur verstärkten Unterstützung für die Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) und die Frontstaaten gefaßt. Die Tagung verlangte neue Sanktionen gegen die RSA, insbesondere ein „wirksames Ölembargo“, und beschloß, den Luftverkehr zwischen allen OAU-Ländern und der RSA zu stoppen.

Die OAU bekundete ihr Interesse an einer Regelung des langjährigen Bruderkrieges im Tschad, erörterte die Frage der ehemaligen Spanisch-Sahara u. a.

Die OAU bekundete erneut ihre Solidarität mit den Staaten der panarabischen Standhaftigkeitsfront und mit dem Volk von Palästina und verlangte die Räumung aller von Israel besetzten Gebiete, einschließlich Jerusalems.

Die Forumsteilnehmer riefen dazu auf, den Indischen Ozean zu entmilitarisieren und ihn in eine Zone des Friedens zu verwandeln, alle Militärstützpunkte in dieser Region zu beseitigen. Sie verwiesen darauf, wie gefährlich das Komplott des Westens mit der RSA ist, das den Rassisten in Pretoria die Schaffung eines Nuklearpotentials ermöglicht.

Die führenden Politiker der unabhängigen afrikanischen Staaten widmeten wirtschaftlichen Fragen große Aufmerksamkeit. Die Delegierten verwiesen auf das schwere Erbe des Kolonialismus, darauf, daß die Naturressourcen Afrikas rücksichtslos von multinationalen Konzernen ausgebeutet werden und der Westen Afrika als seine Rohstoffkammer behalten will. OAU-Generalsekretär Kodjo sagte, Afrika beschwöre das Bild von einem verhungerten Menschen auf einem Haufen Gold und Diamanten herauf, von denen er weder den Wert kennt noch die Verwendung weiß. Die führenden Politiker der afrikanischen Länder konstatierten, daß die OAU unverzüglich die Erfüllung der Beschlüsse zu wirtschaftlichen Fragen in Angriff nehmen muß, die auf dem außerordentlichen Gipfeltreffen in Lagos gefaßt wurden.

Obleich einige afrikanische Staatsmänner Inkonsistenz in der Bewertung mancher Fragen zeigten, demonstrierten die in Freetown gefaßten Beschlüsse zu Hauptfragen, daß die Teilnehmer des Treffens verstehen, wie wichtig die Einheit ihrer Länder im Kampf gegen die letzten Herde des Kolonialismus und Rassismus in Afrika ist, damit die Versuche der Imperialisten, die unabhängigen Staaten Afrikas zu entzweien und ihre Einheit zu untergraben, scheitern.

W. KIRSANOW

## GESCHEITERTE PROVOKATION

Seit dem 5. Februar tagt der Genfer Abrüstungsausschuß. An der jetzigen Tagung nimmt erstmals eine Delegation Chinas teil.

Die chinesische Delegation ist sogleich darangegangen, den Ausschuß bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu behindern. Das wurde insbesondere deutlich, als es darum ging, ob Nichtmitglieder an Diskussionen im Ausschuß teilnehmen dürfen. Staaten wie Vietnam, Dänemark, Spanien und Österreich, die ihren Beitrag zur Abrüstung leisten wollen, bekundeten ihren Wunsch, bei sie interessierenden Tagesordnungspunkten teilzunehmen. Die entsprechenden Bitten wurden bereits im Februar und März geäußert, doch ihre Behandlung wurde absichtlich vom Vertreter Chinas verzögert, der im März den Vorsitz bei den Ausschußsitzungen hatte. Schon bald wurde klar, was mit der Verzögerungstaktik bezweckt wird: Das aus Kampuchea vertriebene Pol-Pot-Regime hatte um eine Teilnahme seiner Delegation an den Ausschußsitzungen gebeten. Der chinesische Vertreter erklärte, er wolle Vietnam nur dann zur Tagung zulassen, wenn auch die Pol-Pot-Leute erscheinen dürften. Die Chinesen schlugen vor, über alle Anträge gemeinsam zu entscheiden. Ein solches provokatorisches Unterfangen Pekings sollte nicht nur die normale Arbeit des Genfer Abrüstungsausschusses untergraben, sondern auch die Teilnahme von SRV-Vertretern verhindern.

Ein Verbot der chemischen Waffen ist jetzt Hauptthema im Abrüstungsausschuß. Und die Vertreter Vietnams haben dazu etwas zu sagen. Bekanntlich hat die US-Armee während der Indochina-Aggression umfassend chemische Kampfstoffe eingesetzt. Zahlreiche Beweise dafür sind in einem Memorandum (Dokument SD/82 vom 29. März 1980, das im Abrüstungsausschuß verbreitet wurde) angeführt. Chemische Waffen wurden auch 1979 von der chinesischen Armee bei ihrer Vietnamaggression zum Einsatz gebracht. Einige Einheiten der chinesischen Armee verfügten über eine Sonderausrüstung für den Giftstoffeinsatz. Am 17. und 18. Februar 1979 beschossen sie mit chemischen Granaten einige Dörfer der Grenzprovinz Lang Son. Das führte zu Todesopfern unter der vietnamesischen Bevölkerung und verursachte große Schäden. In einigen Gebieten, aus

denen die chinesischen Truppen von der vietnamesischen Armee verjagt wurden, fand man Gasgranaten und andere Ausrüstungen, die beweisen, daß die chinesische Armee über chemische Waffen verfügt.

Da die Beschlüsse des Abrüstungsausschusses einstimmig von allen seinen 40 Mitgliedern gefaßt werden müssen, verhinderten die Vertreter Pekings so die Teilnahme nicht nur einer Delegation der SRV, sondern auch von Delegationen aus Österreich, Spanien und Dänemark. Die sozialistischen Länder wehrten sich entschieden mit Unterstützung vieler nicht-paktgebundener und neutraler Staaten gegen diese Intrige Pekings und wiesen das Ansinnen der Pol-Pot-Anhänger zurück. Eine Erklärung zur Haltung der sozialistischen Länder wurde als offizielles Dokument verbreitet. Dort heißt es, daß die Versuche, unter künstlichen Vorwänden die Behandlung der Bitten von Nichtmitgliedern des Ausschusses hinauszuzögern und zu blockieren, die Grundlage für die Tätigkeit des Ausschusses, der ein wirksames Forum für Abrüstungsverhandlungen sein soll, untergraben.

Im Juni hat der Ausschuß unter Vorsitz des CSSR-Vertreters erneut diese Frage behandelt. Zugleich erklärte der SRV-Vertreter, sein Land zeige guten Willen und bestehe nicht darauf, daß gegenwärtig über seine Bitte entschieden wird, da es nicht wünscht, daß wegen der Machenschaften der chinesischen Vertreter die normale Ausschußarbeit abgeblockt wird. So wird über den vietnamesischen Antrag später entschieden, die Bitten Dänemarks, Spaniens und Österreichs aber wurden positiv beschieden.

Viele Tagungsteilnehmer zeigten sich befriedigt darüber, daß das provokatorische Unterfangen Pekings gescheitert ist, das den Abrüstungsausschuß in die Zeit des kalten Krieges zurückwerfen und seine normale Arbeit lähmen sollte.

P. BORISSOW



# NEUER WIND

Wladimir DOLGOW

In letzter Zeit nimmt die politische und militärische Aktivität der USA im Karibischen Becken augenfällig zu. Die mächtige nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika hat die Grundfesten des jahrhundertalten Kolonialismus zerstört. Zwischen 1962 und 1980 erlangten acht Inselstaaten im Karibischen Meer und zwei Staaten Südamerikas die Unabhängigkeit. Die jüngsten freien Staaten sind Sankt Vincent und Grenada. Die Entkolonialisierung ist noch nicht zu Ende, da mehrere Inseln und Territorien noch Besitzungen oder „überseische Gebiete“ Großbritanniens, Frankreichs und Hollands sind. Dazu gehören Curaçao, Guadeloupe, Martinique und Belize.

Die jungen unabhängigen Staaten erleben große Schwierigkeiten. Der Kolonialismus hinterließ ihnen eine rückständige Wirtschaft, das Elend, die Arbeitslosigkeit, das Analphabetentum und zahlreiche andere akute sozialpolitische Probleme.

Die karibischen Länder stehen auf unterschiedlichem Entwicklungsniveau, und ihre auf einer oder zwei Branchen basierte Wirtschaft steht und fällt mit dem kapitalistischen Markt, mit dem sie seit Jahrzehnten verbunden sind. Die Hauptinvestoren in dieser Region sind die USA, Kanada und Großbritannien. Auf die USA entfallen zwei Drittel aller ausländischen Investitionen in den karibischen Ländern.

Die Kolonialpolitik der „Mutterländer“, die häufig einander bekriegten, bewirkte eine künstliche Entfremdung der Inseln und Küstengebiete. Jetzt aber vereint die jungen karibischen Länder das gemeinsame Streben nach politischer Selbständigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Immer entschlossener ergreifen sie internationale Initiativen und festigen sie die gegenseitigen Kontakte und die mit anderen lateinamerikanischen Republiken. Im Jahre 1973 bildeten mehrere karibische Staaten ihren Gemeinsamen Markt (CARICOM) und schlossen sich dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem an, das die Integration ganz Lateinamerikas bezweckt.

Die karibischen Länder gehen unterschiedlich an ihre inneren Probleme heran, beziehen jedoch in

ihrer Mehrheit ähnliche oder gemeinsame Positionen in internationalen Fragen: Sie setzen sich für Frieden und Entspannung ein und treten gegen den Neokolonialismus und Rassismus auf.

## Suche nach Entwicklungswegen

Die jungen karibischen Staaten suchen diese Wege, ausgehend von ihren nationalen Besonderheiten, Bedingungen und Traditionen. Natürlich berücksichtigen die demokratischen Kräfte dort auch die Erfahrungen anderer Länder und Regionen. Guyana und Jamaika z. B. haben sich für die sozialistische Orientierung entschlossen und verwirklichen soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen für das Volk.

In Guyana liegen die wichtigsten Hebel der Wirtschaftsleitung in der Hand des Staates. Die Regierung nationalisierte das Vermögen ausländischer Gesellschaften zur Förderung der Bauxite, dieses größten Reichtums des Landes. Eigentum des Staates sind heute auch die Zuckerrohrplantagen und Industriebetriebe, die früher britischen Firmen gehörten.

Auf Jamaika erwarb der Staat 51% der Aktien der Bergbaubetriebe, die dem ausländischen Kapital gehören, und erhöhte die Bauxitexportsteuer. Dort werden ferner Produktion und Absatz der Bananen kontrolliert, die ein wichtiger Exportartikel sind. Zu diesem Zweck wurde die Bananengesellschaft von Jamaika gegründet.

Vor mehr als einem Jahr vollzog sich auch auf der kleinen Insel Grenada eine Revolution, die mit der Diktatur E. Gairys, eines Strohmannes der imperialistischen Monopole, Schluß machte. Seitdem hat das Land mit Umgestaltungen begonnen, um die Rückständigkeit, das Elend und die Vorherrschaft des Auslandskapitals zu überwinden. Auf Grenada wird gegenwärtig eine bearbeitende Industrie gegründet, der

Wohnungsbau entfaltet und gegen die Arbeitslosigkeit gekämpft. Das neue Regime hat mit der Expropriierung des Grund und Bodens begonnen. Diese Maßnahme erstreckt sich auf ausländische und einheimische Großgrundbesitzer.

Aber die karibischen Länder, die am Anfang der unabhängigen Entwicklung stehen, haben es noch schwer: Die Rechtskräfte haben dort die Waffen nicht gestreckt und versuchen, vom Imperialismus unterstützt, die verlorenen Positionen wiederzuerlangen.

Die Führer einiger Länder (Barbados, Trinidad und Tobago) bekennen sich zum „freien Unternehmertum“. Die dort etablierten transnationalen Gesellschaften bemühen sich, ihren Einfluß noch mehr zu erhöhen.

Aber eine gewisse Wirtschaftsbelebung, z. B. in Trinidad und Tobago



go dank der steigenden Nachfrage nach Erdöl, an dem dieses Land reich ist, hat das Leben der Werktätigen nicht verbessert. Auf den Inseln nehmen Inflation und Arbeitslosigkeit zu. Solche negativen Erscheinungen sind auch in der Wirtschaft vieler anderer karibischer Länder zu beobachten.

## Politische Stürme

Als die Kolonialisten ihre ehemaligen Besitzungen verließen, taten sie alles, um die früheren, für sie vorteilhaften sozialpolitischen Strukturen beizubehalten und außerdem Politiker und Parteien zu hinterlassen, die die Interessen der Monopole schützen würden. Und doch gelang es ihnen nicht, dem entschlossenen Vorgehen der Volksmassen gegen die alten Zustände Einhalt zu gebieten. In diesem Kampf treten neue nationale patriotische Kräfte auf den Plan.

Dominique, das seit November 1978 unabhängig ist, wurde im vorigen Jahr nicht nur vom verheerenden Orkan „David“, sondern auch von politischen Stürmen heim-



gesucht. Mitte v. J. protestierten die Einwohner dieses kleinen Staates entschieden gegen die Repressivpolitik der Regierung John und ihre Kontakte mit dem rassistischen RSA-Regime. Patrick John mußte als Ministerpräsident zurücktreten. An seine Stelle kam Oliver Seraphine.

Als Parlamentswahlen in diesem Land bekanntgegeben wurden, erklärte John, der seine Niederlage nicht hinnehmen wollte, er würde ebenfalls kandidieren. Eindeutig zu dem Zweck, sich der Unterstützung Washingtons zu versichern, schlug er in seinem Wahlmanifest vor, auf Dominique einen Stützpunkt für nordamerikanische U-Boote anzulegen. Das löste einen Proteststurm im Lande aus.

Politische Stürme toben auch in der jungen Republik Surinam, einer ehemaligen holländischen Kolonie in Südamerika, in der Nähe des karibischen Beckens. Dort stürzten die Soldaten und Unteroffiziere im Februar 1980 die Regierung Arron, dem sie Korruption und eine verantwortungslose Politik vorwarfen, die das Leben der Landeseinwohner verschlechtert habe. Der von den Unteroffizieren gebildete Nationale Militärrat ernannte Chin A Sen zum Ministerpräsidenten. In einem Interview für Prensa Latina (Kuba) erklärte er, seine Regierung wolle die sozialökonomische Entwicklung des Landes mit Hilfe

stischen Entwicklungsweg, auf breitere Verbindungen zu Kuba und den anderen sozialistischen Ländern rufen in Washington, das darin eine Bedrohung seiner Interessen sieht, Unruhe und Ärger hervor. Deshalb nennen westliche Beobachter das karibische Becken häufig einen neuralgischen Punkt, eine dritte Grenze der USA, manche sogar eine Front im Hinterland Washingtons. Das Staatsdepartement versucht, dort Schranken zu errichten, um die Befreiungsbewegung zurückzuhalten. Überdies hofft Washington, die jungen karibischen Länder in seine Einflußsphäre einzubeziehen. Die Karibikpolitik des Weißen Hauses, schrieb die „Nation“ (New York), sei konterrevolutionär und interventionistisch, wenn sie sich auch reformistisch gebe.

Die Angst, daß der Sieg der Volksrevolution in Nikaragua und der Sturz der Diktatur auf Grenada das karibische Becken revolutionieren, veranlaßte Carter im vorigen Herbst, den „befreundeten Regierungen im karibischen Becken und in Zentralamerika“ größere Wirtschaftshilfe zu erweisen und ihnen mehr Munition zu verkaufen. Fast gleichzeitig erarbeitete sein Sicherheitsberater Brzezinski ein Memorandum mit den Forderungen, die antikommunistischen Regimes in der westlichen Hemisphäre zu stärken.

Schon im vorigen Jahr verdoppelte sich die USA-„Hilfe“ an die Länder dieser Region gegenüber 1976. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie andere internationale kapitalistische Finanzinstitutionen erhöhten ihre Anleihen für karibische Staaten. Auch private Auslandsinvestitionen nahmen zu. Nach Angaben einiger ausländischer Organe betragen sie gegenwärtig über 3 Md. Dollar.

Um private USA-Investoren anzuregen, wird unter den Auspizien des Weißen Hauses jährlich eine Konferenz über Geschäft, Handel und Entwicklung in der karibischen Region abgehalten. Die jüngste fand Ende November v. J. in Miami statt. Vertreten waren karibische Regierungen und die USA-Geschäftskreise. Der lateinamerikanischen Presse zufolge versicherte der Abgesandte des Staatsdepartements Ph. Habib die jungen Staaten der Freundschaft der USA, suchte aber zugleich, sie mit den arg strapazierten Erdichtungen über die

sowjetische und die kubanische Bedrohung einzuschüchtern. Aber nach Meinung von Beobachtern haben weder die Konferenz noch die Versicherungen der USA-Administration Anklang bei den karibischen Führern gefunden.

Gegen die Länder, die radikale Umgestaltungen verwirklichen, entfaltet Washington eine massierte Offensive. Das bezieht sich auch auf die karibischen Staaten. Nachdem Grenada die USA-Forderung zurückwies, die Beziehungen zu Kuba einzufrieren, startete die USA-Presse einen Propagandarummel, der auch von den Rechtskreisen in einigen Ländern der Region aufgegriffen wurde. Man hörte sogar Aufforderungen, einen „Sanitätskordon“ um die Insel zu errichten. Indessen bildete der ehemalige Diktator Grenadas, E. Gairy, auf dem USA-Territorium mit CIA-Segen „Freiwilligentrupps“ aus kubanischen Konterrevolutionären, Pinochet-Leuten und sonstigem Abschaum, um eine Invasion der Insel zu unternehmen. Solche Versuche gab es schon im November v. J., aber ebenso wie die inneren Komplote gegen die Regierung Bishop sind sie gescheitert.

Am 19. Juni beging die Konterrevolution ein neues blutiges Verbrechen. Während einer Massenkundgebung in der Hauptstadt St. Georges explodierte unter der Regierungstribüne, auf der sich Ministerpräsident Bishop und andere Regierungsmitglieder befanden, eine Bombe. Dank einem glücklichen Zufall kamen sie unversehrt davon, aber unter den Teilnehmern der Kundgebung gab es Tote und Verwundete. Bishop lastete diesen Terrorakt den USA an.

Wie eine Washingtoner Zeitung mitteilte, droht die Administration Carters Jamaika mit Sanktionen, weil dessen Regierung nach links tendiert. Vorgesehen ist u. a. „die Einschränkung der umfassenden landwirtschaftlichen USA-Hilfe“. Zu gleicher Zeit verlangte der Internationale Währungsfonds von der Regierung Manley eine Kürzung des Staatshaushalts im laufenden Finanzjahr um 150 Mio Dollar als Hauptbedingung für die Verlängerung eines früher unterzeichneten Kreditabkommens. Diese Forderung wurde abgelehnt.

Washington ließ es nicht dabei bewenden. Im Mai berichtete die „Amsterdam News“ über neue Pläne zum Sturz der Regierung Mahley auf Jamaika, die vom Nationalen Sicherheitsrat der USA ausgearbeitet worden seien. Dazu gehören die Zuspitzung der politi-



Blick auf St. George's, die Hauptstadt Grenadas

Foto: TASS

und unter Teilnahme des Volkes beschleunigen und in ihrer Außenpolitik die nationalen Interessen wahren.

## Front im Hinterland Washingtons

Die Unabhängigkeit der karibischen Staaten, die Beteiligung vieler von ihnen an der Nichtpaktgebundenheit, ihr Streben nach einem Zusammenschluß auf antiimperialistischer Grundlage, die Orientierung einiger Länder auf den soziali-



schen Lage im Lande und die Untergrabung seiner Wirtschaft. Die USA unterstützen immer offener die oppositionelle Labourpartei, die sich gegen die sozialökonomischen Umgestaltungen wendet. Die von Washington ermunterte jamaikanische Reaktion aktiviert ihre Wühlätigkeit ebenfalls. Mit Brandlegungen, Morden und anderen Verbrechen sucht sie im Lande eine Atmosphäre von Chaos und Spannungen zu schaffen, um das Vertrauen zur regierenden Nationalen Volkspartei zu untergraben und deren Niederlage bei den im Oktober bevorstehenden Wahlen herbeizuführen (das genaue Datum steht noch nicht fest). Im Juni vereitelten die Sicherheitsorgane Jamaikas den Versuch eines Staatsstreiches. In diesem Zusammenhang forderte Ministerpräsident Manley das Volk auf, sich zu vereinigen, um das Verfassungsregime zu schützen.

In letzter Zeit klrirt das Pentagon immer häufiger im karibischen Beken mit Waffen. Auf der Insel Vieques werden fortwährend USA-Geschütze und Raketen getestet. Von zahlreichen Stützpunkten der Seestreitkräfte und der Luftwaffe der USA stechen Kriegsschiffe in See und steigen Geschwader auf, um „Stärke demonstrieren“. Wie die Zeitschrift „Aviation Week and Space Technology“ zugibt, beabsichtigt das USA-Militär, solche Aktivitäten in diesem Raum weiterhin zu intensivieren.

Auf dem Stützpunkt Key West, Florida, besteht der Stab des operativen USA-Verbandes Karibik, der gegen jeden souveränen Staat der Region vorgeschickt werden kann. Bekanntlich sind provokatorische Manöver an der kubanischen Küste häufiger geworden. So wurden „Übungen“ im Oktober v. J. und im Mai d. J. durchgeführt.

Es fällt auf, daß das Weiße Haus sein militaristisches Treiben in der Karibik immer dann aktiviert, wenn es auch die Spannungen in der ganzen Welt steigert. Auch dort setzt sich Washington über die Interessen der Völker hinweg und hofft, mit Gewalt seine wankenden Positionen wiederherzustellen.

## STREIT IM „GRÜNEN EUROPA“

Wladimir LAWRENOW

„Das Vertragswerk von Rom wurde von Leuten unterzeichnet, die nicht beabsichtigten, es zu verwirklichen. Es wird aber von Leuten verwirklicht, die es in der bestehenden Form nicht unterzeichnet hätten“, meinte vor 15 Jahren der ständige Vertreter Frankreichs in der EG, Jean-Marc Boegner, dessen Worte auch heute auf die Agrarpolitik der „Neun“ genau zutreffen. Die Gegensätze haben sich inzwischen dermaßen zugespitzt, daß sie bereits an den Grundlagen des „Grünen Europa“ rütteln.

### Mrs. Thatcher droht

Als Ende Mai die EG-Führer einwilligten, den englischen EG-Beitrag zu senken, jubelte die Presse der „Neun“, die Gemeinschaft habe damit ihre schwerste Krise überwunden. Zuvor war monatelang hartnäckig gefeilscht worden, weil London meinte, es werde überfordert, und Mrs. Thatcher andernfalls drohte, 1980 die gesamte Tätigkeit der Gemeinschaft zu blockieren.

Diese Taktik bewirkte, daß der Beitrag Großbritanniens zum EG-Etat für 1980 und 1981 um 1,6 Md. Pfund Sterling reduziert worden ist; worauf sich London bereit erklärt hat, hinsichtlich des Fischfangs Zugeständnisse zu machen und für die französischen Viehzüchter garantierte Minimalpreise festzusetzen, um den „Hammelfleischkrieg“ zwischen Frankreich und Großbritannien zu beenden. Der Kompromiß kostet Frankreich ca. 4 Md. Franc, die es bis Ende 1982 zum EG-Budget zusätzlich zahlen muß. Die BRD wird um 2,6 Md. DM mehr zahlen müssen.

Bald zeigte sich jedoch, daß der Brüsseler Kompromiß nur eine kleine Atempause bewirkt hatte, und die Gegensätze brachen von neuem, womöglich noch heftiger aus. Am 5. Juni hieß es in Paris, man müsse mit der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes warten, bis alle Integrationsprobleme restlos gelöst sein würden. Das ist jedoch noch nicht alles. Auf der Luxemburger Tagung des Ministerrates der europäischen Gemeinschaften auf der Ebene der Finanz- und der Landwirtschaftsminister der „Neun“ — am 18. Juni — erklärte der Vertreter Frankreichs, sein

Land werde die Hammelfleischeinfuhr aus der BRD, Irland und den Niederlanden einschränken. Die Betroffenen erklärten, Paris verletzte damit den Römer Vertrag über den freien Handel im Rahmen der Gemeinschaft.

Die westliche Presse erklärte die Beschlüsse von Paris mit der innenpolitischen Situation in Frankreich. Die schwierige Lage der französischen Landwirtschaft ist in hohem Maße auch darauf zurückzuführen, daß die anderen Länder die Bestimmungen der gemeinsamen Agrarpolitik nicht einhalten. Verständlicherweise sind die Parteien und Bauernorganisationen dadurch alarmiert. Eine Meinungsumfrage vom letzten Frühling hat gezeigt: Lediglich zwei Prozent der französischen Bauern glauben, daß der Gemeinsame Markt für die Landwirtschaft von Nutzen ist. Die Realeinkünfte der Bauern sind ja seit 1974 um ganze 20% gesunken, und das französische Landwirtschaftsministerium hat errechnet, daß die Anzahl der Bauern anwesend bis 1985 von 1,2 Millionen auf 986 000 schrumpfen wird.

Die heutigen Kollisionen im „Grünen Europa“ sind jedoch nicht einfach als übliche Zankereien zwischen den EG-Partnern anzusehen. Sie wurzeln vielmehr direkt im Mechanismus der landwirtschaftlichen Integration.

### Gefährlicher Kompromiß

Durch den Vertrag von Rom wurde 1957 der Gemeinsame Markt ins Leben gerufen und wurden Voraussetzungen für einen freien Handel mit Industriewaren geschaffen, was in erster Linie für Industrieländer wie z. B. die BRD wichtig war. Bald forderten aber jene Mitglieder des Gemeinsamen Marktes, deren Wirtschaft im wesentlichen auf die Landwirtschaft abgestellt war, daß sich die Regeln des freien Handels auch auf die Agrarerzeugnisse erstrecken. Ein besonderes Interesse hatte daran Frankreich, dessen Anbaufläche die Hälfte der Gesamtanbaufläche der damaligen sechs Gemeinschaftsmitglieder ausmachte, und es konnte durchsetzen, daß 1962 Abkommen geschlossen wurden, mit denen der Gemeinsame Agrarmarkt seinen Anfang nahm.

Die Väter des „Grünen Europa“ stell-



ten ein ganzes System von Abkommen auf (über 200), die die Produktion und den Absatz von etwa 90% der Agrarerzeugnisse reglementierten. Den Schwerpunkt der gemeinsamen Agrarpolitik bilden die Einheitspreise, die Handelspräferenzen und die auf Solidarität beruhende Finanzpolitik. Die Einheitspreise sollten gleiche Voraussetzungen für die Konkurrenz der Agrarerzeugnisse sichern. Das Präferenzprinzip war dazu da, die Bevölkerung des „Grünen Europa“ in erster Linie mit jenen Produkten zu versorgen, die sie selbst produziert, und mit denen, die von der Gemeinschaft erzeugt werden. Die Finanzsolidarität bedeutete, daß alle Gemeinschaftsmitglieder den Gemeinsamen Markt finanzieren.

Kauften die Länder des „Grünen Europa“ Agrarerzeugnisse außerhalb der Gemeinschaft an, wo sie billiger waren, so mußten sie die „gesparten“ Gelder dem gemeinsamen Etat rückerstatten.

Der Ausbau der landwirtschaftlichen Integration hatte zur Folge, daß die Ausgaben für die Agrarpolitik auf 70% des EG-Etats angestiegen sind, dessen Einnahmeposten sich aus den direkten Geldbeiträgen aller EG-Mitglieder (entsprechend ihrem Bruttosozialprodukt) und den Ausgleichsabgaben beim Import von Agrarerzeugnissen aus Drittländern zusammensetzen. Die gemeinsame Agrarpolitik wird immer kostspieliger, so daß sie bis 1981 einigen Schätzungen zufolge das gesamte Budget der Gemeinschaft verschlingen haben wird.

Wenn also ein Teilnehmerland zum EG-Etat weniger beisteuert als geplant wurde, so verursacht das eine Lücke in den EG-Finanzien und behindert den Arbeitsmechanismus des „Grünen Euro-

pa“. Londons Weigerung, der EG für seine Butter und Hammelfleischimporte aus Neuseeland Ausgleichsabgaben zu zahlen, wird die ohnehin dürftigen Einnahmen der Gemeinschaft noch mehr reduzieren, obwohl der Brüsseler Kompromiß Londons Gebaren sanktionierte. Das bedeutet eine schwerwiegende Verletzung des Präferenzprinzips und zeugt hiermit von einer akuten Krise der gemeinsamen Agrarpolitik. Der von London erzwungene Kompromiß ist um so gefährlicher, als dieses Beispiel den anderen Mitgliedsländern nachahmenswert erscheinen kann.

## Wendepunkt!

Es geht jedoch nicht lediglich um diesen Präzedenzfall einer Verletzung der Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik. Darüber hinaus ist man sich in den Hauptstädten der „Neun“ im klaren, daß das gelungene englische Erpressungsmanöver möglicherweise den ersten Schritt zur Umgestaltung des gesamten Mechanismus des Agrarmarktes und zum Abgehen von der Finanzsolidarität bedeutet, was dem Pariser „Matin“ zufolge „historisch gesehen, einen Wendepunkt“ in der Agrarpolitik der Gemeinschaft bedeuten würde. Das ist auch zweifellos Londons Ziel. Vor dem Venezolanischen EG-Gipfel (Juni) sagte der britische Außenminister, Lord Carrington, unumwunden: „Wir müssen die ganze Agrarpolitik neu überdenken.“ England ist nicht nur gegen die Kompensationsbeiträge, sondern auch gegen die großen Ausgaben für die Lagerung der „überschüssigen“ Agrarerzeugnisse, was durch die Notwendigkeit bedingt ist, das System der Einheitspreise aufrechtzuerhalten. In

einem Interview für den bundesdeutschen „Stern“ äußerte Lord Carrington: „Es hat mir nie sehr einleuchten wollen, daß 75% des Europa-Budgets in die Landwirtschaft gehen und von diesen 75% die Hälfte ausgegeben wird für Dinge, die niemand will.“

Eine Revision der gemeinsamen Agrarpolitik fordert auch die BRD. Bonn schlägt vor, daß für jedes EG-Land eine Höchstgrenze der Beiträge zum gemeinsamen Budget festgesetzt wird, und bezweifelt die Zweckmäßigkeit der Einheitspreise für Agrarerzeug-

nisse. Gegen den ersten Vorschlag macht man sogar in Paris keine Einwände, der zweite wird dort glattweg abgelehnt, da doch die Einheitspreise auf Frankreichs Initiative hin eingeführt wurden.

Der französische Außenminister François-Poncet gab scharfe Differenzen in Agrarfragen zu, sah jedoch die Ursache nicht in einer unzulänglichen Formulierung der Prinzipien der Agrarpolitik, sondern darin, daß diese Prinzipien nicht befolgt werden. Paris widersetzt sich den Forderungen Londons und Bonns nach Überprüfung oder Abänderung der Prinzipien des „Grünen Europa“. Aus diesem Grunde hat es auch eine besondere Einstellung zur Erweiterung der Gemeinschaft und schränkt die Hammelfleischimporte ein.

Die kleineren Teilnehmerländer wie Belgien, Holland, Dänemark, Irland oder Luxemburg wollen gewiß auch keine größere Finanzbürde tragen, und man kann feststellen, daß sich die Auseinandersetzungen im „Grünen Europa“ unerhört zugespitzt haben.

Die westeuropäischen Integrationspolitiker müssen in den heutigen Demarchen gegen das „Grüne Europa“ eine echte Gefahr wittern, weil dieses in den EG-Ländern sowohl von links als auch von rechts angegriffen wird. Die Linkskräfte bezeichnen das „Grüne Europa“ als undemokratisch; sie setzen sich für die Interessen der breiten Bauernschichten ein und wollen diese vor den Agrar- und Industriemonopolen in Schutz nehmen. Die Rechten haben im Gegenteil vor, die Agrarstruktur der Gemeinschaft zügiger umzugestalten, die „überflüssigen“ Wirtschaften zu liquidieren und die Anbauflächen zu reduzieren. Sie wirken auf eine schnellere Erweiterung der EG hin, der nach Griechenland, das 1981 aufgenommen wird, auch Portugal und Spanien beitreten wollen.

Man versuchte auch schon früher, die Agrarpolitik der EG zu „überdenken“, ohne jedoch ihre Grundlagen anzutasten. Jetzt geht es aber eben um die Prinzipien, die die Agrarbeziehungen der Partner bestimmen. Vorläufig liegen sich die Teilnehmer des „Grünen Europa“ wegen des lieben Geldes in den Haaren, wobei die landwirtschaftliche Integration nicht über den toten Punkt hinauskommt. In Zukunft können diese Zankereien jedoch zur Revidierung der Abkommen von 1962 führen, die das „Grüne Europa“ begründet haben, heute aber seinen Teilnehmerländern häufig nicht mehr genehm sind.



Aus: „Allgemeine Zeitung“ (BRD)



## LÄCHELNDER DRACHEN

Die „Hindustan Times“ bezeichnete die Politik Pekings gegenüber Indien als „Lächeln des Drachen“. Die Pekinger Führung, die auch weiterhin Separatisten in Nordostindien bewaffnet, hat zugleich eine Offensive des Lächelns eingeleitet.

Dem Sekretär des indischen Außenministeriums, Gonsalves, wurde bei einem Besuch Ende Mai in Peking immer wieder gesagt, man wolle freundschaftliche Beziehungen zu Neu-Delhi pflegen und das bilaterale Verhältnis friedlich gestalten. (China besetzt nach wie vor 36 000 km<sup>2</sup> indischen Gebiets.)

Auch Pekinger Spitzenpolitiker haben mit der Bearbeitung der indischen Öffentlichkeit begonnen. Deng Xiaoping, stellvertretender Premier des Staatsrates der VR China, erklärte gegenüber einer indischen Zeitschrift, zwischen beiden Ländern gäbe es keine ernsthaften Differenzen in internationalen Fragen. Er schlug sogar eine „komplexe Lösung der Grenzfrage“ vor. In Peking wurde bekanntgegeben, der chinesische

Außenminister Huang Hua wolle bald Neu-Delhi besuchen.

Der Drachen lächelt ... ein falsches Lächeln. So brachte der Pekinger Verlag „Shijie zhishi chubanshe“ kürzlich einen neuen geographischen Almanach „Die Länder der Erde. Kurze Übersicht“ heraus. Und was wird dort über Indien gesagt? „Dreißig Jahre lang stellen die indischen Expansionisten ebenso wie die englischen Kolonialherren territoriale Ansprüche an China.“ Der Überfall auf Indien im Jahre 1962, bei dem Peking einige Tausend Quadratkilometer indischen Gebiets annektierte, wird als „Gegenstoß im Interesse der Selbstverteidigung“ und als Antwort auf die „Großoffensive der indischen Armee“ bezeichnet. Neu-Delhi wird bezichtigt, es verfolge „eine Politik der Expansion gegenüber den Nachbarstaaten“, verletze „die Souveränität von Sikkim, Bhutan und Nepal“ und wolle „Pakistan mit Hilfe der UdSSR spalten“. Natürlich schiebt man Indien die Schuld an der Verschlechterung der indisch-chinesischen Beziehungen zu.

Dabei lächelt der Drache weiter. . .

W. NIKITSKI

## NEUE FLICKMETHODE

Beim Klabautermann! Die ganze Welt (und alle Meere) wurden Zeugen der Blamage, als zwei Schiffe der Bundesmarine Richtung Indischer Ozean ausliefen, wo „militärische Präsenz“ zusätzlich zu den US-Flottengeschwadern demonstriert werden sollte. Die BRD-Admirale demonstrierten „seemännisches Können“: Bereits im Mittelmeer wurde ein Zerstörer gerammt. Aus der großen Fahrt wurde nichts.

Da mußte sich die NATO einmal einige ernst

## CIA-Zensoren

Endlich ist es selbst den schärfsten Kritikern der CIA klargeworden, daß die Leute in Langley nicht erfolgreich arbeiten können, da sie ja als Redakteure tätig sind. Sie können nicht einmal mit der gebührenden Sorgfalt eine größere subversive Operation vorbereiten. Seit Anfang d. J.

hat man in Langley „week“ zufolge skripte ehemalige beiter sorgfältig geprüft, ob ihre nicht „wichtige nisse ausgeplau ben“.

Ehemalige Ag Agee, Snapp, Ma chetti und Stoc haben in ihren eingehend über berichtet. Jedes ten dann die C wütend zu bewe derartige Publi Operationen des dienstes stört. Jetzt sind dies vorbei. Jede P über die CIA wird CIA selbst sorgfä siert.

Das ist natur mühsames Unterfa die besten Köpfe voll in Beschlag Wie viel leichter mit eigenen Ti Das kürzlich in erschienene Buc schmutzige Arbeit CIA in Afrika“ daran, daß de viele US-Auslan spondenten als p nelle Agenten die

So sieht „Presse à la CIA aus.

V. IV

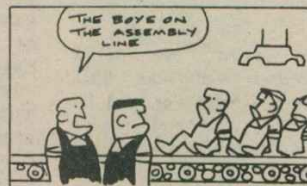
## WOFÜR ENTEN GUT SIND

Das Renommierblatt „Financial Times“ brachte unlängst eine antisowjetische Ente in Umlauf — Lügen über einen angeblichen Streik im Automobilwerk an der Kama sowie über „Arbeitsniederlegungen“ in den Autowerken von Togliatti und Gorki.

Mit dieser Propagandaaktion wollte die „Financial Times“ anscheinend westliche Realien in der Sowjetunion entdecken. Nicht von ungefähr ist auch der Zeitpunkt. Die Wirtschaft Großbritan-

niens und anderer westlicher Länder macht schwere Zeiten durch. Selbst offiziellen Angaben zufolge hat die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien einen „Rekord“ seit 1945 erreicht und liegt jetzt bei über 1,5 Millionen (6,3%). Mit 7,8% ist die Arbeitslosigkeit in den USA noch höher. Dort haben in letzter Zeit mehr als 200 000 Autowarker ihren Arbeitsplatz verloren.

Offenbar um die Wellen der Empörung zumindest etwas zu



„Neue Entlassungen stehen bevor.“ „Wer hat dir das gesagt?“ „Die Leute vom Fließband.“

Aus „Globe and Mail“ (Kanada)



Dieses Schaubild aus „Business Week“ (USA) zeigt den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in den USA.

glätten und die Aufmerksamkeit der Werktätigen von den Gebrechen des Systems abzulenken, das Millionen Menschen um ihre Existenzgrundlage bringt, haben die Apologeten des Kapitalismus die „Streiks“ in sowjetischen Autowerken ersonnen.

W. KSEININ



ken machen, wie die Admirale der Bundesmarine getötet werden sollten. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte in London, dass die NATO wolle die Einschränkungen für den bundesdeutschen Kriegsschiffe aus dem Jahr 1954 aufheben.

se interessante Methode eröffnet große Aussichten. Wenn z. B. der Test einer interkontinentalrakete der berühmten BRD-OTRAG nicht ganz glücklich ausfallen würde die NATO als „Trostpflaster“ leunigt die betreffenden Raketenlimits an.

A. KOŠSENKO



Wahlkampf in den USA. Der demokratische Esel und der republikanische Elefant werden vom Militär-Industrie-Komplex an der Leine geführt.

N. Stscherbakow

## ZÄHLEBIGE FRAKTIONEN

Es gibt im Grunde keinen Beschluß, den die Führung der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) oder die Regierung Japans faßt, der nicht zuvor von den Führern der LDP-Fraktionen bestätigt worden wäre. Veranstaltungen wie LDP-Parteitagen sind meistens nur Formsache, eine Show für das Publikum: Alle wichtigen Fragen werden gewöhnlich zuvor von den Parteibossen entschieden.

Die dominierende Rolle der Fraktionen ruft starke Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit hervor, die zu Recht deren Tätigkeit damit verbindet, daß die Regie-

rungspartei korrupt bis ins Mark ist. Ihre Führer rufen bisweilen aus Imageerwägungen dazu auf, den Fraktionen einen „gnadenlosen“ Krieg zu erklären. 1975 erklärte der damalige Premier Miki feierlich, die Fraktionen müßten aufgelöst werden. Seitdem wurden nicht wenige leidenschaftliche Reden gehalten und Pläne für eine Reform der LDP gemacht, doch alles blieb beim alten.

So verlangte auch der LDP-Exekutivrat, der sich mit der Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira befaßte, kürzlich erneut die Auflösung der Fraktionen.

Es kam zu „einigen Differenzen darüber, wie die Fraktionen zu beseitigen seien“. Nichtsdestoweniger will der Rat in nächster Zukunft deren Auflösung bekanntgeben.

In Japan stoßen solche Absichten auf große Skepsis. Man meint, daß sich in Wirklichkeit kaum etwas ändern würde. Die Fraktionen sind zählebig.

Die Einstellung der Parteibosse hierzu wird auch an der Haltung von Ex-Premier Fukuda deutlich. Der Agentur Kyodo Tsushin zufolge erklärte Fukuda, er unterstütze voll und ganz die Beseitigung der Fraktionen, doch... sei er „noch nicht“ bereit, die seine aufzulösen.

N. LOSSINSKI

## PILLE GESCHLUCKT

Viele Jahre hat Peking verlangt, daß Washington von seiner Politik der „zwei Chinas“ abgeht. Und die Gerechtigkeit sollte eigentlich triumphieren. Im gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA vom Januar 1979 heißt es: „Die Vereinigten Staaten erkennen die Regierung der VR China als einzig rechtmäßige Regierung Chinas an. In diesem Rahmen wird das amerikanische Volk kulturelle, Handels- und andere inoffizielle Beziehungen mit dem Volk von Taiwan unterhalten.“

Bekanntlich liefern die USA weiter Waffen an Taiwan.

1979 wurden Waffen für 800 Millionen Dollar verkauft. Im Januar 1980 unterzeichnete man einen weiteren Kontrakt über 280 Millionen. Wie der US-Präsi-

dent erklärte, sollen Waffen auch nach Ablauf des Vertrages über gegenseitige Sicherheit an Taiwan verkauft werden. Die Verpflichtung, allein „inoffizielle Verbindungen“ zu unterhalten, blieb also auf dem Papier — sind ja die von der Administration bestätigten Waffenlieferungen nichts anderes als eine Fortführung der zwischenstaatlichen militärisch-politischen Verbindungen.

Offenbar will Washington mehrere Karten im Spiel behalten. Während die USA mit Peking flirten, unterhalten sie weiterhin enge Beziehungen zu Taiwan. Und diese bittere Pille hat man in Peking — trotz verbaler Proteste — geschluckt.

In der westlichen Presse sickerten kürzlich Meldungen über Geheimabgespräche VR China/USA durch. Vielleicht gibt es auch eine „inoffizielle“ Absprache über die „zwei Chinas“!

I. KARAMSIN

## SKLAVEN HEUTE

In Italien wurde der Bericht über die Lage der mehr als 500 000 Einwanderer aus Afrika, Asien und Lateinamerika veröffentlicht. Diese Menschen sind am stärksten unterdrückt und haben die geringsten Rechte. Sie gehören nicht der Gewerkschaft an, erhalten keine Leistungen der Sozialversicherung. Jeden Augenblick können sie entlassen werden. Für die gleiche Arbeit erhalten sie nur ein Viertel oder ein Fünftel des üblichen Lohns.

„NEUE ZEIT“

28. 80

Deshalb stellen Unternehmer, Händler und Handwerker sie gern ein. In Italien gibt es sogar illegale Büros, die rechtlose Einwanderer vermitteln.

Zugleich haben Millionen Italiener ihre Heimat auf Arbeitsuche verlassen, müssen jedoch im Ausland ihre Arbeitskraft für niedrigste Löhne verkaufen.

Paradox? Nein, ein unheilbares Gebrechen des Kapitalismus, der, wie die demokratische Presse Italiens schreibt, die Einwanderer zu „modernen Sklaven“ macht.

A. SEMJONOW



# „Hüter des Islams“

Boris GUREWITSCH

In China interessiert man sich plötzlich lebhaft für den Islam. In Propagandaschriften und Rundfunkprogrammen für das Ausland, besonders für die Moslemländer, weiß man „das glückliche Dasein der in China lebenden Moslemvölker“ — der Hui (Dunganen), Uiguren, Kasachen, Usbeken, Kirgisen, Tadshiken u. a. — nicht genug zu loben. Flüchtig gestreift werden allerdings Geschehnisse aus der Zeit der „Kulturrevolution“, als Islamheiligtümer geschändet wurden und die Hongweibings barbarisch unter den gläubigen Moslems im Xinjiang-Uigurischen Autonomen Gebiet sowie in den Provinzen Hebei, Henan, Yunnan und Qinghai aufräumten.

Diese wortkargen Geständnisse gehen aber in den Lobeshymnen auf das paradiesische Leben der Moslems in China unter. Auch fehlt es nicht an Erwähnungen des „Freundschaftsverhältnisses“, das in alten Zeiten zwischen ihnen und den Chinesen bestanden haben soll. Peking denke an nichts anderes als an das Wohlergehen der Moslems. Es läßt sich keine Gelegenheit entgehen, Sympathien für die 13 Millionen Moslems vorzutäuschen, die laut neuester chinesischer Statistik in China leben, ja für die Moslems überhaupt. Tatsächlich haben aber Maos Erben angefangen, in der nationalen wie auch in der religiösen Frage einen vorsichtigeren Kurs zu steuern. An ihrer chauvinistischen Assimilierungspolitik den nichtchinesischen Völkern Chinas gegenüber hat sich jedoch im Grunde genommen nichts geändert.

Die Führung Chinas ist bekanntlich schon lange von der marxistisch-leninistischen Lösung der nationalen Frage abgekommen, laut der Nationen vor allem das Selbstbestimmungsrecht haben müssen. Peking hat es den nichtchinesischen, auch den moslemischen Völkern aberkannt. Unlängst brachte die Zeitschrift „Hungqi“ eine Rede Zhou Enlais von 1957, in der er sagte, daß dieses Recht „den historischen Verhältnissen“ Chinas nicht entspreche. Die autonomen Verwaltungseinheiten für Nichtchinesen bestehen eigentlich nur rein fiktiv, denn das Sagen haben dort nach wie vor die chinesischen Berufsfunktionäre. Noch jetzt werden sie mit chinesischen Umsiedlern überschwenmt, während die Stammbevölkerung allmählich in unwirt-

liche Gegenden gedrängt wird.

Ein Beispiel ist Xinjiang, wo noch unlängst die Uiguren die überwiegende Mehrheit der multinationalen Bevölkerung bildeten. Der amerikanische Sinologe Owen Lattimore, der das Xinjiang-Uigurische Autonome Gebiet Anfang der 70er Jahre besuchte, schrieb, daß dort zwischen 1949 und 1973 der Prozentsatz der uigurischen Bevölkerung von 80 auf 50 gesunken, die Zahl der Chinesen dagegen von 200 000 auf 2,8 Mio gestiegen sei. Von anderer Seite wird die Zahl der Chinesen in Xinjiang schon mit 8 Mio angegeben. Unlängst berichtete die englische „Financial Times“, Peking wolle die Bevölkerungszahl in seinem nordwestlichen Randgebiet auf 100 Mio bringen. Folglich droht den Uiguren, auf ihrem eigenen Boden eine winzige Minderheit zu werden.

Die Zwangsassimilierung der nichtchinesischen Völker Chinas ist in vollem Gange. Die Maoisten beeinträchtigen auf jede erdenkliche Weise die Entwicklung ihrer Kultur, um ihnen ihre nationale Geschichte abzusprechen und ihnen ihre Eigenständigkeit zu nehmen. Wie die France-Presse-Korrespondentin Elisabeth Chang, die kürzlich in China war, mitteilt, gibt Peking nicht von ungefähr die Zahl der Moslems im Lande — vor kurzem noch 20–30 Mio — gern zu niedrig an.

Der stichhaltigste Beweis für die chauvinistische Großmachteinstellung Pekings zu den nichtchinesischen, auch den Moslemvölkern Chinas ist die Propaganda für den unwissenschaftlichen, absurden Begriff einer „einheitlichen chinesischen Nation“. Vor noch nicht langer Zeit wurde in der „Guangming ribao“ folgendes behauptet: „Nachdem vor mehr als 2000 Jahren ein multinationaler feudaler Einheitsstaat gebildet wurde, bestand China immer als solcher... Die Mandschuren, Mongolen, Uiguren, Tibetaner, Miao, Yao, Zhuang und viele andere Völkerschaften gehörten wie die Chinesen schon vor der Bildung des Qingreiches“ (1644 bis 1911) „zur chinesischen Nation, und die Gebiete, in denen sie lebten, waren schon in alten Zeiten Teile Chinas. Die Peking Propaganda redet den Chauvinisten von der Chang-Kaishi-Clique stur nach, daß alle nichtchinesischen Völker in China „Zweige der einheitlichen chinesischen Nation“ seien. In der

Praxis äußert sich das in einer Geringschätzung für ihre Sprache, ihre Religion und ihr Brauchtum. Im Jahre 1975 empörten sich die mohammedanischen Hui der Provinz Yunnan gegen das Verbot ihrer religiösen Bräuche. Der „Asiaweek“ (Hongkong) zufolge richteten die Behörden unter ihnen ein Blutbad an, dem Hunderte Moslems zum Opfer fielen.

In jüngster Zeit werden wieder Moslemverfolgungen aus Yunnan gemeldet. Als Vorwand diente dieses Mal, daß die Leute dort in die Moscheen gehen, was sie von der „aktiven Produktionsarbeit“ abhalte.

Die jetzige Pekinger Führung spiegelt vor, daß in ihren Beziehungen zu den Moslems in China ein neues Kapitel beginne. Daraus wird aber kaum etwas werden. Das konjunkturbedingte Liebäugeln mit den Moslems kann ja nicht über das Ausschlaggebende hinwegtäuschen: über die von den Chauvinisten früherer Jahrhunderte übernommene Verachtung der „Barbaren“.

Die früheren Bewohner von Zhongnanhai glaubten, die Moslems könne man nur „mit der Strenge des Gesetzes und mit Härte“ behandeln. In einem chinesischen Werk steht: „Nur so können sie leicht lenkbar wie zahme Tiere oder unterjochte Barbaren gemacht werden.“ Typisch ist auch folgender Ausspruch des Mandschurenkaisers Yongzheng (Herrschaftsdauer: 1723–1735): „Jahrelang hieß es in Aufzeichnungen, daß die Hui einen anderen Glauben haben, eine fremde Sprache sprechen und fremdartige Kleidung tragen; sie sind Wilde und kennen keine Gesetze.“

Dieser Großmachtchauvinismus spricht auch aus den Schriften jetziger chinesischer Historiker, z. B. aus der Schilderung der Geschichte von Xinjiang, wo die Moslemkultur die Bildung des materiellen und geistigen Lebens des uigurischen und der anderen Moslemvölker sehr stark beeinflußt hat. In dem 1978 in Peking erschienenen Buch von Ma Yong und Wang Binghua „Die historischen Kulturdenkmäler von Xinjiang“ ist der Islam kaum erwähnt, und unter den Illustrationen finden sich nur zwei Denkwürdigkeiten der materiellen Islamkultur. Im Text ist der Einfluß des Islams auf das Leben der Völker von Xinjiang überhaupt verschwiegen.

Für die jetzigen Historiker Chinas ist eine Fälschung der Geschichte der Stammbevölkerung von Xinjiang, eine Idealisierung der Politik der mandchurisch-chinesischen Eroberer und eine Verunglimpfung der Freiheitsbewegung der Moslemvölker gegen die Qingdynastie typisch. Manche geraten sogar in Widerspruch zu ihren eigenen früheren



Werturteilen, um sich mit dem chauvinistischen Großmachtkurs der maoistischen Führung gleichzuschalten.

Bei einer allgemeinen Betrachtung der Folgen, die die mandchurisch-chinesischen Eroberungen in Zentralasien aus dem 18. Jahrhundert für die Moslembevölkerung hatten, gab der bekannte chinesische Historiker Lü Zhenyu in seiner „Kurzen Geschichte der Völker Chinas“ früher zu, daß die dortige Stammbevölkerung mit der Errichtung des Qingreiches wirtschaftlich und kulturell weit zurückgeworfen wurde. Die mandchurisch-chinesische Macht habe „den Moslems den Weg in die politischen Machtorgane versperrt, die Entwicklung ihrer Kultur erschwert und das Moslemvolk und seine Religion verachtet“.

Infolge der rabiaten nationalen Unterdrückung und der Willkür der Eroberer kam es bei den Moslemvölkern andauernd zu Unruhen. „Die Bewohner der Provinz Xinjiang“, schrieb seinerzeit der angesehene chinesische Historiker Fan Wenlan, „die Uiguren, Hui und die anderen Völkerschaften, waren im Qingreich unterdrückt, und viel mehr als die nationalen Minderheiten im Inneren Chinas.“

Jetzt wollen gewisse Historiker Chinas vorspiegeln, daß die Eroberungen der mandchurisch-chinesischen Feudalherren in Zentralasien dessen Völkern Frieden und Wohlergehen gebracht hätten. Ma Yong und Wang Binghua schreiben z. B. über die gewaltsame Eingliederung der Dsungarei und Ostturkestans in das Qingreich: „Nachdem Einheit und Ruhe wiederhergestellt waren, nahm das wirtschaftliche und kulturelle Leben aller Nationalitäten von Xinjiang eine bestimmte Entwicklung.“

Die Peking „Hüter des Islams“ wollen die Moslemvölker Chinas alles vergessen machen, was ihren Freiheitskampf betrifft, z. B. den mächtigen Aufstand der Uiguren, Dunganen und anderen nichtchinesischen Völker in Xinjiang von 1864–1878, der das ganze mandchurisch-chinesische Kolonialsystem in Nordwestchina erschütterte.

Die Qingregierung schickte gegen die Aufständischen eine Riesensarmee unter General Zuo Zongtang vor. In seinen Memoiren wimmelt es von Schilderungen, wie barbarisch diese Truppen erst unter den Dunganen der Provinzen Shenxi und Gansu und dann unter den Moslems von Xinjiang hausten. Ein chinesischer Historiker schreibt, Zuo Zongtang habe erklärt, daß „die Moslems ohne rücksichtslose Tötungen nicht zur Ruhe gebracht werden können“. Noch unlängst schrieb Lü Zhenyu über die Bestialitäten

der Armee Zuo Zongtangs: „Alle Bauten wurden eingäschert, Vieh und anderer Besitz geraubt und die Einwohner ohne Unterschied von Geschlecht und Alter getötet. Überall lagen Leichen und floß Blut.“ Beamte der Qingregierung prahlten, in zweijährigen Strafoperationen hätten die mandchurisch-chinesischen Truppen über 100 000 Menschen ermordet.

Darüber schweigt man sich jetzt in China lieber aus. Die Blutbäder bei der Niederschlagung des Aufstandes der Uiguren und Dunganen werden von den jetzigen chinesischen Historikern als Befreiung von Xinjiang und „glückliche“ Rückführung seiner Völker ins Qingreich hingestellt. Bezeichnend ist ein langer Artikel von einem gewissen Dong Jingguo, der vor kurzem in der „Guangming ribao“ mit dem großspurigen Titel „Der Patriotismus des Zuo Zangtang“ erschien. Der Autor versucht, diesen Henker chinesischer Moslems völlig reinzuwaschen.

Trotz aller Versuche der Moslemvölker Chinas und vor allem Xinjiangs, ihre Rechte im Kampf gegen die diskriminierende Politik der chinesischen Militaristen und gegen den Guomindangklüngel zu wahren, waren sie in einer unverändert schweren Lage. Die Traditionen der Freiheitsbewegung waren aber stets

lebendig. Unter der Parole einer Wiedergeburt ihres Nationalstaates Uiguristan kämpften die Uiguren 1931–1935 und später 1944 und 1945. Nachdem 1949 die VR China ausgerufen worden war, galten Aktionen für ein Uiguristan bei Mao und seinem Anhang als Schwerverbrechen, das viele tausend Moslems mit dem Leben büßen mußten.

Auch in den letzten Jahren ist es in Xinjiang unruhig. Der westlichen Presse zufolge kam es im Februar 1978 in den Landkreisen Avat, Aksu, Kelpin und Uch Turfan des Xinjiang-Uigurischen Autonomen Gebiets zu vehementen Aktionen der Moslems. Einzelheiten sind nicht in die Presse gelangt, aber es ist ohnehin klar, daß die Bevölkerung bestimmt mit gutem Grund offen und energisch protestiert hat.

Wozu die kitschigen Schilderungen des „glücklichen Daseins der Moslemvölker Chinas“? Wen will man damit täuschen? Die Behörden stellen die Lage der nationalen Minderheiten in China so dar, wie Peking es haben will. Der Hauptgrund für die so plötzlich entbrannte Liebe zu den Moslemvölkern ist jedoch, daß Peking einen Blick auf die Erdölschätze der Moslemländer im Nahen und Mittleren Osten geworfen hat. Deshalb spielt es sich als „Hüter des Islams“ auf.

## IN ULSTER NICHTS NEUES

Vor einigen Tagen wurde in London ein Grünbuch veröffentlicht, in dem die Pläne der Regierung für die Bildung einer neuen Verwaltung Nordirlands dargelegt sind. Insbesondere ist vorgesehen, Wahlen zu einem Nordirlandparlament durchzuführen und ein Exekutivorgan zu bilden. Nordirland soll also sozusagen den Status einer autonomen Provinz zurückerhalten.

Seit 1972 steht Nordirland unter „direkter Verwaltung“ Londons, die nach der kategorischen Weigerung der protestantischen Spitzenfunktionäre eingeführt wurde, Vertreter der katholischen Minderheit in die Provinzverwaltung aufzunehmen. Übrigens sind die Führer der Protestanten auch heute der gleichen Meinung. Im Grünbuch ist nur davon die Rede, Protestanten wie Katholiken sollten im neuen Exekutivorgan mitwirken. Zugleich versucht man, die katholische Minderheit zu einem „Kompromiß“ zu bewegen. Man „empfehl“ den Katholiken, freiwillig auf die direkte Beteiligung an der neuen Verwaltung, die folglich allein aus Protestanten bestehen wird, zu verzichten. Dafür bietet man den Vertretern der katholischen Bevölkerungsgruppe die Hälfte der Sitze im Rat des Nordirlandparlaments, der angeblich das Recht haben wird, Beschlüsse der Verwaltung aufzuheben oder abzulehnen. Doch das letzte Wort bleibt nach wie vor bei London.

Die neuen Vorschläge der Regierung zur Regelung der Nordirlandkrise verfolgen vor allem propagandistische Ziele. Die Thatcher-Regierung will nicht auf eine gewaltsame Lösung dieses Problems verzichten. Der Zeitschrift „Time Out“ zufolge werden neue Schützenpanzerwagen, speziell konstruiert für den Einsatz bei Unruhen, bald schon bei der britischen Besatzungsarmee eintreffen. In Nordirland wird nach wie vor brutal gegen die Bürgerrechtler vorgegangen. In Polizeirevieren und Gefängnissen werden politische Häftlinge gefoltert.

Nach Meinung hiesiger Beobachter wird der von London vorgeschlagene „Kompromiß“ kaum zur Lösung der Nordirlandfrage beitragen. Beseitigt er ja nicht die repressiven Gesetze, enthält er ja keine Vorschläge für ein Bürgerrechtsgesetz, für einen Abzug der britischen Truppen aus der Provinz, für die Beendigung der politischen und religiösen Diskriminierung der katholischen Minderheit. Allein die Erfüllung dieser Forderungen kann eine wahre Lösung der Nordirlandfrage herbeiführen.

London

W. PAWLOW

Eigenbericht



# SORGEN DES 80-MILLIONEN- VOLKES

Juri MANSUROW

Von Werbeschriften mit Ansichten von Lahore, Peshawar, Swat oder Karatschi sehen einen lächelnde Pakistaner und Pakistanerinnen in malerischen Nationaltrachten an. Die Hefte preisen die Schönheit jeder abgebildeten Gegend oder Sehenswürdigkeit, sie geben die schönste Jahreszeit zu ihrem Besuch an usw. Aber kein Wort über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme des 80-Millionen-Volks von Pakistan.

Am 3. Juni jährte sich die Bekanntgabe der Gründung Pakistans als selbständigen Staates durch Radio Delhi zum 33. Male. (Am 14. August 1947 erschien es auf der politischen Weltkarte.) Über die damalige Situation schrieb die Wochenchrift „Pakistan Economist“ am 7. Juni, der Staat sei „entstanden in den Gewitterwolken von Argwohn, Zweifeln, Intrigen, Befürchtungen, Massenunruhen und bei kärglichen eigenen Ressourcen“. Und weiter: „Leider herrscht in unserem Land noch jetzt fast die gleiche Atmosphäre“. Die Wirklichkeit rechtfertigt diesen Pessimismus.

Mit den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Indizes nimmt Pakistan unter den Entwicklungsländern noch immer einen der letzten Plätze ein. In der UNO-Statistik zählt es zu den zurückgebliebensten Agrarstaaten mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter 200 Dollar. Pakistan kommt aus der chronischen Finanz- und Wirtschaftskrise trotz aller Anstrengungen nicht heraus. Seine Auslandsschulden reichen Anfang 1980 fast an 8 Md. Dollar heran.

Seit drei Jahren — seit dem 5. Juli 1977 — wird das Land zum dritten Mal von Militärs regiert. Die ganze Macht liegt jetzt in den Händen General Zia ul Haqs, des Obersten Militäradministrators, Stabschefs der Armee, der im September 1978 die Obliegenheiten des Präsidenten übernahm.

Im Sommer erreicht die Lufttemperatur 42–44° C. Um die Mittagszeit liegt Islamabad, die Hauptstadt, wie ausgestorben da. Nur selten kommt ein Auto oder ein halbleerer Autobus vorbei. Vor der sengenden

Sonne suchen die Menschen Schutz im Schatten der Bäume, unter den Sonnendächern der Imbißstuben am Wege oder in den Häusern.

Die Häuser sind ganz verschieden, von im Grün verborgenen Villen der Beamten, Politiker und Geschäftsleute bis zu den Lehmhütten der armen Städte oder Saisonarbeiter. Unter den verschiedenen Dächern sind auch die Gespräche und Probleme verschieden. Aber überall hört man eins: So kann es nicht weitergehen!

## Ein Anker, der nicht hält

Die Führer der verbotenen Parteien — der Volkspartei Pakistans, der Tehrik-i-Istiqal u. a. — haben ausländischen Journalisten gegenüber schon oft bemängelt, daß das Militärregime die Bürgerrechte und -freiheiten mit Füßen tritt. Sie haben verurteilt, daß dieses Regime eine Politik der Konfrontation mit der DR Afghanistan betreibt und der afghanischen Konterrevolution Unterschlupf gewährt. Auch haben sie für Wahlen, zur Nationalversammlung Stellung genommen. Die Unzufriedenheit mit den Zuständen ist so groß, daß selbst der Mufti Mahmud, der Vorsitzende der aufgelösten Pakistanischen Nationalallianz der religiösen Rechtsparteien, der anfangs die Generale unterstützte, unlängst erklärt hat: „Das Militärregime hat Pakistan in ein Grab verwandelt, aus dem kein Protest hinausdringt... Wir können die Militärjunta nicht länger dulden.“

Unter den ärmlichen Dächern wirft man dem Militärregime in scharfen Worten Unfähigkeit vor, der Teuerung, der anwachsenden Inflation und Arbeitslosigkeit, der Korruption und der Produktionsstokkung Herr zu werden. Im Staatsetat für das Rechnungsjahr 1980/81, das am 1. Juli begann, sind über 2,5 Md. Rupien zusätzliche Steuern vorgesehen, was neue Entbehrungen für Millionen Pakistaner bedeutet, die ohnehin kaum ihr Auskommen haben. Sie haben den Etat schon einen „Etat für die Reichen“ genannt. Dazu bemerkte die Zeitung „Muslim“

am 28. Juni: „Die Armen werden ärmer, die Reichen bekommen neue Privilegien. Jeder Etat des jetzigen Militärregimes bietet denen an der Spitze der Wirtschaftspyramide neue Bereicherungsmöglichkeiten.“

In deren Interesse werden staatliche Betriebe privatisiert, werden dem Auslandskapital Tür und Tor aufgetan.

Über die wirtschaftlichen Mißstände sagt man in Pakistan: „Vielleicht haben wir Löcher in den Händen, so daß wir nicht sparen und das Geld nicht vernünftig für Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen verwenden können?“ Tatsächlich macht die nationale Akkumulationsrate nur etwa 5% jährlich aus, während sie z. B. in Sri Lanka in letzter Zeit auf 16 und im benachbarten Indien auf 22% angewachsen ist.

Es liegt daran, daß für den aufgedunsenen Beamten- und Polizeiaparat, für die Tilgung der horrenden Auslandsschulden und vor allem für militärische Zwecke jedes Jahr mehr ausgegeben wird.

Im neuen Etat sind die militärischen Aufwendungen wieder heraufgesetzt. Sie betragen jetzt über 14 Md. Rupien oder 44% aller staatlichen Aufwendungen. Die offizielle pakistanische Propaganda rechtfertigt das mit der „gespannten Lage in der Region“. Wer heizt aber die Spannung dort auf wenn nicht Washington und die Pekinger Hegemonisten, mit denen sich Islamabad solidarisiert?

Um die Proteste gegen seine volksfeindliche Politik zum Schweigen zu bringen, hat das Militärregime verkündet, es sei die Hauptaufgabe des Staates, eine „Islamgesellschaft“ zu bilden, d. h. die Gesellschaft nach den Geboten des Islams zu reformieren. Aus diesem Grunde sind die Parlamentswahlen, d. h. die Rückkehr zu einer Zivilregierung, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden, was verschärfte Repressalien gegen „subversive Elemente“ und „Andersdenkende“ bedeutet.

In der „Islamisierung“ erblickt das Militärregime den Rettungsanker, den das Schiff in Seenot auswirft, um nicht an den Uferfelsen zu zerschellen. Der pakistanische Anker ist aber unverkennbar auf Sand gefallen, er kann das Militärregime nicht aus der gefährlichen Brandung heraushalten. Selbst die Religionsgemeinden treten zu diesem Regime immer mehr in Opposition.

Das Juniheft der Monatsausgabe „Pakistan Digest“ enthielt einen Beitrag ihres Chefredakteurs, Amin Tarrens, der sich keiner fortschrittlichen



Ansichten rühmen kann, mit dem Titel „Eine Nation ohne Ideale, ohne Seele“. Darin lesen wir: „Die meisten Anhänger der alten Moslemliga und der anderen religiösen Parteien sind von der jetzigen Entwicklung im Land, bei der die Bürgerfreiheiten und die Gesetze mit Füßen getreten werden, immer mehr enttäuscht... Pakistan steht am Scheideweg, es macht eine schwere politische und wirtschaftliche Krise durch. Wir sind jetzt eine Nation ohne Ideale, ohne Seele. Die Führung des Landes sollte endlich erkennen, wie gefährlich die jetzige Lage ist.“

Die Zeitung „Nawai-i-Waqt“, die die Stimmungen der Geistlichkeit ausdrückt, forderte in einem redaktionellen Artikel im Juni sofortige Wahlen zur Nationalversammlung und den Übergang der Macht an eine gewählte Zivilregierung. Das Blatt fragt: „Warum sind im Iran, der vom US-Imperialismus unter kolossalen Druck gesetzt wird, oder in Indien trotz vom Ausland her angestifteter innerer Unruhen Parlamentswahlen und die Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten möglich und in Pakistan, dem niemand droht, nicht?“



Peshawar (Pakistan). Hier haben sich reaktionäre afghanische Emigranten eingenistet, unter denen Söldner für Aggressionsakte gegen Afghanistan angeworben werden

Auch in Übersee erkennt man die Zunahme der Opposition gegen das Militärregime. Die Zeitschrift „The Nation“ (USA) schreibt z. B.: „Die Mißliebigkeit des Militärregimes bei den Pakistanern ist nicht zu verkennen, die Lage in Pakistan erinnert an einen brodelnden Kessel, auf dem sich der Deckel gerade noch hält.“

Die Behörden suchen die Opposition durch Repressalien zu unterdrücken. Militärgerichte fällen rigore Urteile über Studenten. Mit alledem will man die Bevölkerung einschüchtern und zeigen, daß die Erklärung des Präsidenten ernst gemeint sei, er werde „das Militärge-

setz und die Ordnung im Land um jeden Preis aufrechterhalten“.

Anfang Juni haben aber in Islamabad und Rawalpindi 200 000 Schiiten gegen die Eintreibung der traditionellen moslemischen Steuern, für die Aufhebung des Kriegszustands und für Landeswahlen demonstriert. Gegen die Demonstranten wurden Zwangsmaßnahmen ergriffen. Unter ihnen gab es Tote und Verwundete.

### Gefährlicher Konfrontationskurs

Ist der Rettungsanker des Militärregimes innerpolitisch die Islamisierung, so ist außenpolitisch Kurs auf ein militärisches und politisches Bündnis mit den Kräften des Imperialismus, des Hegemonismus und der regionalen Reaktion genommen worden. Es richtet sich vor allem gegen das demokratische Afghanistan.

Unter dem Vorwand, eine Bedrohung vom Norden her abwehren zu müssen, hat das Militärregime seine Beziehungen zu den USA und zu China reger gestaltet. Dieses Jahr war der chinesische Außenminister Huang Hua schon zweimal in Islamabad. Auch Brzezinski, Carters Sicherheitsberater, und einige andere hohe Abgesandte der Westmächte waren dort. Im Mai stattete Präsident Zia-ul-Haq Peking einen offiziellen Besuch ab. Dort versprach man ihm „uneingeschränkte“ politische und militärische Hilfe.

Die westlichen Imperialisten, die Pekinger Hegemonisten und die reaktionären Nah- und Mittelostkreise sehen in Pakistan das wichtigste Sprungbrett für eine subversive und aggressive Betätigung gegen die DR Afghanistan. Islamabad leugnet das ab, die Tatsachen lassen sich aber nicht verbergen, nämlich daß Pakistan schon lange einer der aktivsten Teilnehmer an dem nichtklärten Krieg gegen das afghanische Volk ist.

In den Lagern für sogenannte afghanische Flüchtlinge in Pakistan in unmittelbarer Nähe der afghanischen Grenze werden Söldner geworben und dann in Afghanistan eingeschleust. In geheimen Stützpunkten werden sie militärisch gedrillt und mit Waffen und anderer Ausrüstung versehen. Die Auslandspressen berichtete wiederholt, daß neben Instrukteuren vom chinesischen und vom amerikanischen Geheim-

dienst auch pakistanische Offiziere die Banden ausbilden.

Die Behörden Pakistans, die im Land jede politische Betätigung verboten haben, gewähren den afghanischen konterrevolutionären Organisationen fast völlige Freiheit. In Peshawar, Quetta und Lahore haben diese Gruppierungen ihre Hauptquartiere. Ihre Vertreter reisen ungehindert durch Pakistan. Dort erscheint eine Zeitung der afghanischen Konterrevolutionäre und wird dort auch vertrieben. Sie heißt „Hube-i-Islami“ (Für den Glauben sterben).

Darüber, daß sich bewaffnete afghanische Konterrevolutionäre in Pakistan aufhalten, daß ihnen dessen Behörden Vorschub leisten und sie sogar anstacheln, ist die pakistanische Öffentlichkeit sehr besorgt. Sie erkennt immer mehr, wie gefährlich das für ihr Land ist. Außerdem wird die Lage der ohnehin notleidenden Bevölkerung durch den Zustrom vieler meistens armer Afghanen, die die Konterrevolutionäre zum Verlassen ihrer Heimstätten gezwungen haben, zwangsläufig noch verschlechtert. Die Bewohner der nordwestlichen Grenzprovinz Belutschistan müssen mit ihnen Boden, Weideland und Viehtränken teilen. In die Lokalpresse sind Nachrichten über dadurch verursachte Zusammenstöße durchgesickert.

Die reiche Spitzenschicht der afghanischen Konterrevolution macht eifrig Geschäfte und drängt oft die Kaufleute von Peshawar zurück. Der Obstgroßhandel und das Speditionsgeschäft gehen allmählich an sie über. In und um Peshawar sieht man entführte Autobusse, LKWs und Taxis mit afghanischen Nummernschildern. Auch sie verursachen Konflikte.

Die Wochenschrift „Viewpoint“ (Lahore) brandmarkt die „Besorgnis“ der NATO-Staaten und Pekings um die Sicherheit Pakistans und konstatiert: „Pakistan sollte daran denken, daß der Westen und seine Bundesgenossen die Situation um Afghanistan ausnutzen wollen, um die verlorenen Militärstützpunkte in der Region zurückzubekommen und Sphären zu gewinnen, wo sie spezielle Interessen haben.“

Solche Äußerungen lassen die Stimmung der Öffentlichkeit und der Geschäftskreise erkennen, die eine möglichst baldige Normalisierung des Verhältnisses zwischen Pakistan und Afghanistan, eine Wiederherstellung der gutnachbarlichen, für beide Seiten vorteilhaften Handels- und Kulturverbindungen herbeisehnen.

Das Militärregime läßt diese Stimmungen aber unbeachtet und steuert



den gefährlichen Kurs auf die Konfrontation mit den Nachbarn weiter. Es sucht das Wettrüsten auf ganz Südasien auszudehnen. Auf der 11. Tagung der Islam-Konferenz von Mitte Mai tat die Delegation Pakistans alles, um eine Wiederaufnahme der DRA und die Zulassung einer repräsentativen afghanischen Delegation zur Tagung zu vereiteln. Dabei zeugen die konstruktiven Vorschläge Afghanistans vom 14. Mai zur Normalisierung der afghanisch-pakistanischen und afghanisch-iranischen Beziehungen von aufrichtigem Streben nach politischen Lösungen, bei denen die Realitäten berücksichtigt werden und die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Nachbarstaaten beruhen sollen. Es dürfte schwerfallen, nicht daraus zu folgern, daß Islamabad mit der Ablehnung der Vorschläge der DRA-Regierung zu verstehen geben will, daß es nicht daran denkt, den von Pakistan ausgehenden Wühlakten gegen Afghanistan einen Riegel vorzuschieben.

Das Militärregime Pakistans schaltet sich immer mehr in das „große Spiel“ ein, zu dem Washington und Peking das Drehbuch geschrieben haben. Allem Anschein nach ist Islamabad auf dem weltpolitischen Schauplatz jetzt ganz darauf konzentriert, die „afghanische Frage“ nicht entschärfen zu lassen. In der bevorstehenden 35. UNO-Vollversammlung will General Zia-ul-Haq im Namen der Islam-Konferenz diese „Frage“ zur Sprache bringen.

Eine genaue Betrachtung der Lage in Pakistan bringt einen zu dem Schluß, daß dessen Öffentlichkeit die Spannungen, die widersprechenden Erklärungen des Militärregimes und die chronische Wirtschaftsstationierung satt hat. Im Lande stauen sich explosive Stimmungen, die durch die Außen- und Innenpolitik des Militärregimes noch mehr gesteigert werden. Das Volk fordert eine Wiederherstellung der Verfassung von 1973, demokratische Rechte sowie soziale und wirtschaftliche Reformen. Immer nachdrücklicher verlangt die Öffentlichkeit normale Beziehungen zu Afghanistan.

RSA

## TERROR FÜR DEN EXPORT

Juri BOTSCHKARJOW

Ein britischer Journalist verglich die RSA mit einem siedenden Kessel, wobei er die wachsende Unzufriedenheit der nichtweißen Bevölkerung Südafrikas mit dem menschenunwürdigen Apartheidsystem meinte. In der Tat hat sich im rassistischen Staat so viel Volkszorn angesammelt, daß es dort ständig zu stürmischen Protestaktionen gegen die Apartheid kommt. So war es auch im Juni 1976 in Soweto. Die RSA-Behörden erstickten diese Aktion in Blut.

In diesem Juni kam es erneut zu einem Blutbad, aber schon in einer anderen Situation. Der Sieg der Afrikaner von Simbabwe hat die weiße und die nichtweiße Bevölkerung Südafrikas stark beeindruckt. Er hat gezeigt, daß der Zusammenbruch des Apartheidregimes nicht ausbleiben kann, wenn alle Gegner des Rassismus entschlossen für seine Liquidierung kämpfen. Das hat den Protestaktionen beispiellose Ausmaße verliehen und in die Bewegung selbst bis dahin passive Bevölkerungsschichten einbezogen.

Die Proteste begannen in den Schulen für „Farbige“, die Ende April mit dem Boykott der Segregation im Unterricht begannen. Diese Form der Rassentrennung stempelt die nichtweißen Schüler als Minderwertige ab, die es nicht verdient hätten, dieselbe Bank wie ihre weißen Altersgenossen zu drücken, und schafft diesen unvergleichlich bessere Bedingungen als den übrigen.

Kein Wunder, daß sich der Protestbewegung die afrikanischen Schüler und dann die Studenten der Universitäten für Nichtweiße anschlossen. Einige weiße Studenten unterstützten sie. Kennzeichnend: Früher suchten die Eltern den Kindern die Teilnahme an den Demonstrationen auszureden, diesmal aber beteiligten sich an den Massenaaktionen auch die älteren Generationen der nichtweißen Bevölkerung. Geistliche veranstalteten einen friedlichen Protestmarsch.

Zum Kampf gegen die Ungerechtigkeiten als Folge der Apartheid erhob sich auch die Arbeiterklasse, die nicht nur wirtschaftliche Forderungen (gleiche Löhne wie die weißen Arbeiter), sondern auch politische (u. a. die Anerkennung der Afrikanergewerkschaften) stellte. Zuerst in Kapland und dann auch in anderen Provinzen wurden Streiks ausgerufen: in den Goldminen,

in den „Volkswagen“-Werken, in den Betrieben der USA-Firma „Goodyear“ und der schwedischen SKF. Auch die Arbeiter der Textilbetriebe, der Fleischkonservenindustrie und das Hotelpersonal waren im Ausstand.

Das Regime in Pretoria reagierte auf die legitimen Forderungen der Schüler, Studenten und Arbeiter mit Repressalien. Tausende Schulkinder und Studenten wurden ausgeschlossen bzw. relegiert, die Lehrinrichtungen geschlossen, streikende Arbeiter entlassen. Massenverhaftungen setzten ein. Selbst Geistliche kamen ins Gefängnis. Auf Verfügung der Regierung, die erst gestern von Reformen redete, eröffnete die Polizei Feuer auf die friedliche Schülerdemonstration. Man zählte die ersten Toten und Verwundeten.

In dieser Situation begann es auch in der weißen Gemeinde zu gären. Forderungen wurden laut, „dem Volk zuzuhören“ und auf die Repressalien zu verzichten, die „die Flamme des Protestes nur schüren“. Doch ist es eine höchst unergiebige Beschäftigung, an die Vernunft der fanatischen Rassisten zu appellieren.

Am 16. Juni, als die Afrikaner in vielen Städten friedliche Umzüge veranstalteten und Gottesdienste zum Andenken an ihre vor vier Jahren in Soweto gefallenen Brüder abhielten, schossen die Polizei und die „Trupps zur Bekämpfung der Unruhen“ erneut auf die Demonstranten. Aber diesmal griffen die Afrikaner zu Steinen und Knütteln. Vielerorts wurden Barrikaden gebaut und Polizeireviere überfallen. In mehreren Städten veranstalteten die streikenden Arbeiter Demonstrationen, steinigten die Polizisten und setzten Dienstautos in Brand. Auf sie wurde geschossen. Der westlichen Presse zufolge gab es in jenen Tagen 60 Tote, vielleicht auch mehr.

Natürlich wird versucht, die ungeheuerlichen Repressalien der Regierung zu rechtfertigen. Ihre Vertreter behaupten, gegen „Agitatoren“ zu kämpfen, die die Afrikaner und „Farbigen“, welche mit ihrem Schicksal höchst zufrieden seien, zu Unruhen aufhetzen. Das steht gelinde gesagt in keinem Einklang mit den Realitäten in der RSA, wo die seit langem angesammelte Entrüstung hervorgebrochen ist, wozu keine Agitatoren nötig waren. Die France Presse bezeichnete diese Ereignisse als „allge-



meinen Aufstand der schwarzen und farbigen Bevölkerung“.

Die Tatsache, daß das RSA-Regime die Volksbewegung mit Waffen niederzuhalten suchte, zeugt nicht von seiner Stärke, sondern von seiner Schwäche. Die Waffen werden es nicht retten, stehen ihnen doch 80% der Bevölkerung gegenüber. Immer mehr Weiße setzen sich für eine politische Beilegung des

gierung in Namibia nahmen sich die RSA-Führer ein Beispiel an ihren Gesinnungsgenossen in Rhodesien, die seinerzeit die ihnen hörige Regierung des Bischofs Muzorewa gebildet hatten. Das war der letzte Versuch der Weißen, Simbabwe unter Kontrolle zu behalten. Wie er ausging, weiß man. Ein böses Omen für das „Kabinett“ Dirk Mudges!

Die RSA-Behörden, die daheim und in Namibia keine Rücksicht auf die Afrikaner nehmen, neigen zu Repressalien auch gegen die Nachbarländer, deren Politik ihnen Hindernisse in den Weg legt. Sie exportieren gleichsam Terror. Während die RSA-Polizei die friedlichen Demonstrationen der Afrikaner zusammenschob, fielen RSA-Truppen dreist in die Volksrepublik Angola ein. Das Ziel der Aggression lag auf der Hand: nicht nur dem Staat, der den Weg des Fortschritts geht, wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, sondern auch sein Volk einzuschüchtern und zum Verzicht auf die Solidarität mit dem kämpfenden Namibia zu zwingen.

Ja, die Aggressoren fügten Angola einen nicht geringen Schaden zu, doch konnten sie niemanden einschüchtern: Die Regierung der VR Angola erklärte, sie werde auch künftig den namibischen Patrioten helfen. Die Aggressoren erlitten übrigens auch selber Schaden, vor allem politisch-moralischen. Ihr Handeln wurde vom UNO-Sicherheitsrat, von der OAU und der gesamten internationalen Weltgemeinschaft verurteilt. Wie das angolische Verteidigungsministerium meldet, wurden die Interventionen Anfang Juli durch eine entschlossene Gegenoffensive der VRA-Truppen aus dem Lande vertrieben.

Durch sein rücksichtsloses Vorgehen inner- und außerhalb des Landes brachte Pretoria seine mächtigen Schutzherrn, vor allem die USA, in eine heikle Lage. Die ganze Welt weiß, daß diese der RSA vielfältige Hilfe erweisen, u. a. entgegen den UNO-Beschlüssen ihm Waffen liefern, hohe Kredite gewähren und es mit Erdöl versorgen. Die Kündler der Menschenrechte unterstützen, stärken also vor den Augen der ganzen Welt ein unverkennbar repressives und aggressives Regime. Deshalb beschloß man in Washington, seine außer Rand und Band geratenen Schützlinge zum Schein etwas zurechtzuweisen.

Ein Sprecher des Staatsdepartements erklärte, daß die USA die wachsenden Gewalttätigkeiten in der RSA „be-dauern“, und forderte deren Führung zur „Mäßigung“ auf. Darauf erinnerte Pretoria, wie „Le Monde“ (Paris) mitteilt, Washington pikiert an die jüngsten Ereignisse in Miami und bemerkte, daß die Amerikaner mit dem Rassenproblem in ihrem Land nicht eben bestens fertig geworden seien.

All das sind Querelen im Familienkreis. Die wirkliche Haltung Washingtons zu den Ausschreitungen der RSA-Behörden zeigte sich im UNO-Sicherheitsrat bei der Erörterung der Resolution, die die Aggression Pretorias gegen die VR Angola verurteilte. Zusammen mit Großbritannien und Frankreich enthielten sich die USA der Stimme.

Im Kampf gegen das Apartheid-Regime stützen sich die Völker Südafrikas auf die Solidarität aller Fortschrittskräfte der Welt. Es solidarisierten sich mit ihnen die Warschauer Vertragsstaaten in ihrer Deklaration vom Mai d. J. Das 17. Gipfeltreffen der OAU-Staaten (Freetown 1.—4. Juli) merkte Maßnahmen zur rigoroseren Einhaltung des wirtschaftlichen Boykotts der RSA vor. Die France Presse schreibt: „Doch die reichen Rohstoffe der RSA, insbesondere Gold und Uran, und die strategisch wichtige geopolitische Lage der Republik machen es wenig wahrscheinlich, daß Westeuropa diesen Vorschlag begrüßt.“

Die „Times of Zambia“ schrieb in diesem Zusammenhang, das Pharisäertum des Westens kenne keine Grenzen. In Worten sei der Westen für die Befreiungsbewegungen, in Wirklichkeit aber durch die hohen südafrikanischen Dividenden geblendet. Das bestimmt ihre verbrecherische Politik zur Unterstützung des Apartheidregimes, dieser letzten Hochburg des Imperialismus in Afrika.

Die Unruhen in der RSA, darunter Streiks, gehen weiter. Bischof Desmond Tutu, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, sagte in einem Interview für die „Newsweek“: „Das Geschehen in der Welt wirkt auf unser Volk ein, und die Ereignisse in Angola, Moçambique und vor allem in Simbabwe zeigten der schwarzen Bevölkerung: Bis zur Freiheit ist es nur ein Schritt.“

Es ist noch möglich, die Krise in der RSA friedlich, mit politischen Mitteln, ohne Blutvergießen zu lösen. Dazu gilt es, das Apartheidregime in all seinen Formen aufzuheben, damit die schwarzen, „farbigen“ und weißen Einwohner gleichberechtigte Bürger ihrer Republik sind. Die Rassisten, die die Imperialisten hinter sich wissen, setzen stur auf Waffen und Gewalt. Doch wenn sie Gewalt säen, können sie nur Sturm ernten.



Rassisten einsatzbereit

Foto: AP—TASS

inneren Konfliktes ein. Selbst der Oberbefehlshaber der RSA-„Verteidigungskräfte“, General Magnus Malan, erklärte, die Krise in der RSA sei in der Hauptsache politisch und nicht militärisch; die RSA müsse das Apartheid-System verändern, weil „sie nicht einen Zwei-Fronten-Krieg führen kann: gegen die unabhängigen Nachbarstaaten und die Afrikaner innerhalb des Landes. Die Differenzen in der weißen Gemeinde beschwören für die Rassisten der RSA die Gefahr einer völligen politischen Isolierung innerhalb des Landes herauf.“

Dieser innere, nunmehr unumkehrbare Prozeß geht mit der Schwächung der RSA-Positionen in Namibia einher. Noch kontrollieren es die südafrikanischen Kolonialisten, können es aber nicht mehr mit den alten, unverhohlenen kolonialen Mitteln verwalten. Es zeugt nicht vom Erfolg ihrer Politik, daß sie in Namibia die Marionettenregierung des schwarzen Verräters Dirk Mudges gebildet haben und dazu rüsten, einseitig die „Unabhängigkeit“ ihrer Kolonie auszurufen. Durch diesen Trick wollen sie Namibia freie Wahlen vorenthalten, nach denen beharrlich sein Volk, die UNO und die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) verlangen. In Pretoria weiß man, daß bei solchen Wahlen die SWAPO, die den bewaffneten Kampf des Volkes für wahre Unabhängigkeit leitet, siegen würde.

Bei der Bildung der Marionettenre-





## INTERVIEW

# HERZLICH WILLKOMMEN!

Vor Eröffnung der XXII. Olympischen Spiele in Moskau hat unser Korrespondent Wladimir Rosen Ignati Nowikow, den Vorsitzenden des Organisationskomitees der Olympiade 80 und Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, kurz interviewt.



Was möchten Sie den Teilnehmern und Gästen sagen, die zu diesem internationalen Fest der Jugend und des Sports eintreffen!

Wir sagen allen Teilnehmern, offiziellen Persönlichkeiten, Journalisten und Touristen: Herzlich willkommen! Willkommen nicht nur in Moskau, sondern auch in den anderen olympischen Städten: Leningrad, Kiew, Minsk und

Tallinn. Sie werden die gastfreundliche Aufnahme finden, die das Sowjetvolk jedem zuteil werden läßt, der in guter Absicht zu uns kommt.

Die ausländischen Sportler, die schon eingetroffen sind und trainieren, haben sich davon bereits überzeugen können.

Alles ist getan, damit die Spiele sportlich, technisch und organisatorisch auf der Höhe sind und allen in der Olympischen Charta gestellten Anforderungen entsprechen. Die Sportanlagen — angefangen von der Großen Arena in

Lushniki bis zum Ruderkanal in Krylatskoje — sind in mustergültiger Ordnung. Auch der Service für Presse, Rundfunk und Fernsehen entspricht hohen Anforderungen. Ihnen steht ein mit modernen Fernmeldemitteln eingerichtetes Hauptpressezentrum auf dem Moskauer Subowski Boulevard zur Verfügung, ebenso Pressezentren überall, wo olympische Wettkämpfe stattfinden werden.

Schon der Begründer der neuzeitlichen olympischen Bewegung, Pierre de Coubertin, legte Wert darauf, daß die Olympischen Spiele nicht auf sportliche Wettkämpfe beschränkt bleiben, sondern zugleich ein Fest der Kultur sind. Nicht bei allen Olympiaden ist das gebührend beachtet worden. Wir aber haben versucht, ein großes Kunstfestival der sowjetischen Völker im Rahmen der Olympiade zu veranstalten. Viele bekannte Musiker, Orchester, Bühnentruppen, Tanzensembles, Chöre, Kabarett- und Zirkustruppen haben sich gern zur Verfügung gestellt. Während der Spiele werden insgesamt etwa 600 Theateraufführungen und über 1500 Konzerte stattfinden.

Die Sportler und die Touristen können in Moskau und in den anderen olympi-

# Im Zeichen der fünf Ringe

Von unseren Sonderberichterstatfern Wladimir SHITOMIRSKI und Boris LYSENKO

Das Recht, die Olympischen Spiele abzuhalten, wird vom IOC bekanntlich nicht einem Land, sondern einer Stadt zugesprochen. In Montreal mußten die Veranstalter aus Mangel an städtischen Mitteln und wegen organisatorischer Schwierigkeiten einen Teil der Projekte unausgeführt lassen. Allgemein Erinnerung ist das Verkehrschaos in Lake Placid und die Tatsache, daß dort als Sportlerhotel ein Gefängnis benutzt worden ist. Anders ist es beim diesmaligen Schauplatz der Spiele. Um die Vorbereitungen haben sich bei uns die Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane, ja das ganze Volk bemüht.

Über die Vorbereitungen zur Olympiade in Moskau haben wir schon berichtet. Aber auch einige andere Städte sind am olympischen Programm beteiligt. In Tallinn findet die Segelregatta statt, in Leningrad, Kiew und Minsk die vorolympischen Fußballspiele. Hier berichten unsere Sonderkorrespondenten über die Vorbereitungen dieser Städte zu den großen Wettkämpfen.

## Tallinn: Ein doppeltes Fest

Der beliebteste Einwohner Tallinns ist wohl das putzige Robbenjunge Vigri, das im Atelier der estnischen Künstlerin Saima Sömer entstanden ist und im Wettbewerb um das schönste Maskottchen für die olympische Regatta den Sieg davongetragen hat. Vigri ist überall: in den Souvenirgeschäften, auf Plakaten, in Schaufenstern und besonders in dem Tallinner Vorort Pirita, wo die Regatta stattfinden wird.

In den letzten Jahren hat sich Pi-

rita sehr verändert. Am Ufer stehen neue Häuser, die den Aufbauten auf einem Schiff ähneln: das Olympische Segelsportzentrum mit dem Sportlerhotel, dessen dreigeschossige Flügel in Terrassen aufsteigen.

Wir traten in ein Hotelzimmer für zwei Personen. Es gibt auch welche für drei und sogenannte Stabsräume, in denen sich Mannschaften versammeln können. Der Raum ist hell und luftig. Die dominierenden warmen Farben im Hotel sind mit Bedacht ruhig gewählt, auch im Jachtklub, dessen rechter Flügel dem Presse-

zentrum eingeräumt ist. Gleich nebenan ist die Rechenzentrale, da können die Sportreporter jederzeit die verschiedensten Informationen bekommen. Auf einem Monitor können sie der Regatta und den Wettkämpfen in Moskau zusehen. „Ich kann mit Bestimmtheit sagen: Das ist das beste Pressezentrum, das ich bei Olympischen Spielen jemals gesehen habe“, sagt nach der Besichtigung der Präsident des Internationalen Verbandes der Jachtrennen, Beppe Croce.

Vorzüglich ist das ganze Segelsportzentrum. Komfortabel, bequem, baulich originell wie auch das neue Hotelhochhaus „Olympia“ und der gerade eröffnete Flughafen, kann es durchaus zu den Sehenswürdigkeiten Tallinns gezählt werden.

Viele Tallinner haben an Restaurations- und anderen Arbeiten zur Verschönerung der Stadt und am Bau der Segelsportanlage teilgenommen. Die Stundenzahl der freiwilligen Arbeitseinsätze ist siebenstellig. Über die olympischen Neubauten unterhalten wir uns mit Oleg Sapo-





schen Städten Museen und Ausstellungen besuchen. Reiselustige werden viele Möglichkeiten haben, sich die schöne Umgebung Moskaus anzusehen oder unser Land zu bereisen.

Kurz, die Veranstalter der Moskauer Olympiade haben günstigste Voraussetzungen für die Spiele und dafür geschaffen, daß die jungen Menschen aus allen Erdteilen freundschaftlich miteinander verkehren können.

**Was steuert die Moskauer Olympiade, Ihrer Ansicht nach, dazu bei, die Entspannung, Zusammenarbeit und Verständigung unter den Völkern zu konsolidieren!**

Wir sind überzeugt, daß die XXII. Olympiade viel zum Erstarken der olympischen Bewegung und zur Verbreitung der olympischen Ideale sowie zur Förderung des Sports beitragen wird. Das wird ein machtvoller Impuls für die Sache des Friedens und der Freundschaft sein und dazu beitragen, die Völkerverständigung zu stärken, die Entspannung zu vertiefen und die Zu-

sammenarbeit auszudehnen. Das Fundament dafür wurde schon bei den Vorbereitungen zu den Spielen in Moskau gelegt, zu denen zahlreiche internationale und nationale Sportorganisationen, weite Geschäftskreise, Wissenschaftler und Mitarbeiter der Massenmedien sowie Fachkräfte herangezogen wurden. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Spiele schon vor ihrer Eröffnung viel zur Befolgung der historischen KSZE-Beschlüsse beigesteuert und einen starken Anreiz für die sportlichen, wissenschaftlichen, kommerziellen und wirtschaftlichen Verbindungen, für eine internationale Zusammenarbeit geschaffen haben, die für alle Seiten vorteilhaft ist.

Wir übersehen natürlich nicht, daß gewisse politische Kreise der USA und einiger anderer Länder die Olympiade in Moskau stören wollen. Geschädigt durch diese antiolympische Kampagne wurden aber in erster Linie die Sportler der USA und der Länder, deren staatliche und sportliche Körperschaften dem amerikanischen Druck nachgegeben haben.

Von höherer Warte gesehen, muß man feststellen, daß die Versuche, die

Olympiade 80 zu vereiteln, nichts anderes sind als die Absicht, einen Schlag gegen die ganze olympische Bewegung zu führen und sie zu vernichten.

Das IOC, internationale Sportverbände und die meisten Olympischen Nationalkomitees haben diese provokativen Versuche verurteilt und sich rückhaltlos für die Spiele in Moskau erklärt, die in völligem Einklang mit der Olympischen Charta, im Einklang mit den Garantien vorbereitet worden sind, die das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR dem IOC gegeben hatte.

Zu unserer Freude können wir feststellen, daß sich die meisten olympischen Nationalkomitees aller Erdteile, auch solche, deren Regierungen dem Druck aus Übersee nachgegeben haben, an den Spielen in Moskau beteiligen werden.

Damit hat die olympische Bewegung ihre Lebenskraft und Standfestigkeit bewiesen. Das hat uns nochmals in der Gewißheit bestärkt, daß die XXII. Olympiade zur Festigung des Weltfriedens und der Völkerfreundschaft beitragen wird.

shnin, der die Abteilung des Organisationskomitees der Olympiade 80 in Tallinn leitet. Er sagt: „Wir alle sind uns darüber klar, daß sich Tallinn durch die Veranstaltung der olympischen Regatta gerade hier sehr geehrt fühlen darf, daß ihm das aber auch eine große Verantwortung auferlegt. Wir haben den modernen Sportkomplex — nicht nur für den Segelsport — meiner Ansicht nach deshalb termingemäß fertigstellen können, weil wir gelernt haben, uns immer auf nur einige Objekte zu konzentrieren. Manche Wirtschaftsfunktionäre und Baufachleute haben sich umstellen müssen. Alle wußten ja: Die Objekte mußten rechtzeitig fertig werden und große Klasse sein.“ Schon seit einigen Jahren wird Tallinn nach einem Generalplan ausgebaut, wobei einige „olympische Akzente“ gesetzt werden. In diesem Sommer feiert Estland den 40. Jahrestag der Wiederherstellung der Sowjetmacht und geht nun diesem doppelten Fest verjüngt und erneuert entgegen.

### Athen—Moskau

„Wir sehen den Gästen voll Ungeduld entgegen“, sagt Anatoli Bobkow, der Direktor des Olympischen Organisationskomitees Belorusslands. „Wir haben alles fertig, um die Teilnehmer der Wettkämpfe gut aufnehmen zu können. In den letzten Jahren sind in Minsk großartige Anlagen gebaut worden: ein Sportpalast, ein Wassersportkomplex, eine Sportanlage für Leichtathletik, der olympische Komplex ‚Raubitschi‘ und das Sportlerlager ‚Staiki‘. Das zentrale

Das olympische Segelsportzentrum

Foto: A. Motschalin

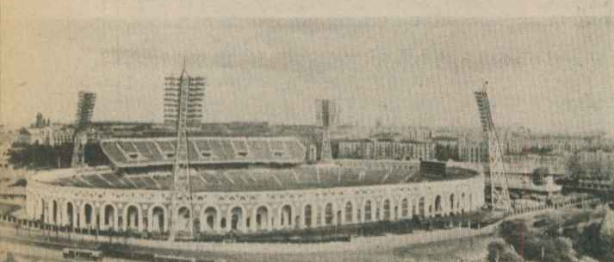


Dynamo-Stadion ist ausgebaut und technisch aufs modernste eingerichtet worden. Im olympischen Dorf, das in einem Kiefernwald an einem stillen See steht, erwarten die Sportler schöne Hotels.“

Ja, Belorussland hat sich sorgfältig auf die Spiele vorbereitet. „Die Vorbereitungen dazu standen im Stadt-sowjet zur Debatte“, sagt uns der Minsker Oberbürgermeister, Tarasewitsch. „Jetzt sind alle geplanten Arbeiten ausgeführt. Wir mußten alles genau voraussehen, beispielsweise folgendes: Gäste und Touristen benutzen die Autobahn Brest—Moskau. Unterwegs können sie für ihre Wagen technische Hilfe brauchen. Dafür sind an der Bahn acht Servicestellen vorhanden. Ferner 30 ortsfeste und 18 transportable Tankstellen. Die Dienste für PKWs ausländischer Marken werden Gruppen leisten, zu denen Fachleute von Daimler-Benz gehören.“ Die Veranstalter haben viele Sorgen. Mit den Schwierigkeiten und Problemen konnten sie dank der großen Bereitschaft der Minsker fertig werden, an den Vorbereitungen zur Olympiade teilzunehmen, wobei sie viel Initiative an den Tag gelegt haben.

Die große Achtklassenschule im Dorfe Uchodol, Bezirk Borissow, steht am Dorfrand, wo der Wald be-





ginnt. Beim Eintreten sieht man eine Tafel mit den fünf Ringen und vielen feinen Linien, den Routen vom Schauplatz einer zum Schauplatz der nächsten Olympiade. Die Schüler haben beschlossen, gemeinsam ebenso weite Strecken zu laufen. Bis zum Ende des Schuljahrs haben sie nach dem Unterricht, in den Pausen und bei den Hausaufgaben für den Turnunterricht auf Waldwegen 116 000 km zurückgelegt und nennen das ihren Marathon- oder Gesundheitslauf. Jeder Teilnehmer hat sich ein Heft angelegt, in dem er regelmäßig seine Teilstrecken vermerkt.

Der Lauf hat tatsächlich schon zu ihrer körperlichen Ertüchtigung beigetragen. Das zeigen die Siege, die sie bei Wettkämpfen im Bezirk sogar gegen Oberschulen davongetragen haben. Den 50 Jungen und Mädchen der Achtklassenschule sind als ersten die Plaketten für diesen symbolischen Lauf Athen—Moskau eingehändig worden.

### Sportplätze und Blumenbeete

„Die Veranstaltung der Fußballspiele ist nur eine unserer Aufgaben“, so beginnt etwas überraschend Pawel Sawizki, der Leiter des Olympischen Organisationskomitees der Ukraine, Vizevorsitzender des Körperkultur- und Sportkomitees beim Ministerrat der Ukrainischen SSR. „Außerdem müssen wir die Trasse für den Staffellauf mit dem olympischen Feuer herrichten. Und schließlich haben wir dafür zu sorgen, daß die eintreffenden Touristen gut aufgenommen und bedient werden.“

Heute kann man schon eine Bilanz aus der großen Arbeit ziehen. Für die Gäste der Olympiade wird die Fahrt durch die Ukraine nicht nur ein interessantes, sondern auch ein angenehmes Erlebnis sein. Auf der Chaussee ist für alles gesorgt, an den



Rändern sind viele neue Campingplätze, Motels und Servicestationen entstanden. Die Städte und Dörfer auf der Route der Fackel sind schöner geworden. Vieles ist über die staatlichen Pläne hinaus getan worden. So hat die Jugend auf einen Appell der Komsomolzen aus dem Dorf Mamalyga, wo der Staffellauf durch die Ukraine beginnt, an der Chaussee Bäume gepflanzt, und auf einen Vorschlag der Einwohner des Dorfes Kostytschany sind vor jedem Haus Blumenbeete gepflanzt worden.

Diese Vorbereitung ist für den ukrainischen Sport ein starker Impuls. In jedem Gebiet sind olympische Organisationskomitees gebildet worden. Alte Sportanlagen werden modernisiert, neue entstehen. 1980 ist nicht nur für die Olympioniken ein olympisches Jahr.

Die größten Veränderungen sind aber natürlich in der Hauptstadt der Ukraine festzustellen. Das Zentralstadion erlebt seine zweite Jugend. Es hatte am 22. Juni 1941 eröffnet werden sollen. Dazu kündigten Plakate ein Fußballspiel Moskau—Kiew an. Es konnte nicht stattfinden, denn an jenem Tag brach der Krieg aus. Aber ein anderes Spiel ist in der Ukraine unvergessen. Kiewer Fußballer verteidigten mannhaft die Ehre des sowjetischen Sports gegen eine bekannte Mannschaft aus dem Nazireich. Obwohl durch die KZ-Haft entkräftet, siegte die Kiewer Dynamo-Elf und wurde von den Nazis in ihrer ohnmächtigen Wut niedergeschossen.

Die olympische Hauptarena in Minsk

Der symbolische Schlüssel zum Leningrader Sport- und Konzerikomplex „W. I. Lenin“



Fußbälle mit dem Wahrzeichen der Olympiade stellt die Produktionsvereinigung „Sport“ in Kiew her  
Fotos: TASS

In den vielen Jahren seines Bestehens hat sich in diesem Stadion vielerlei zugetragen. Jetzt wird eine neue glänzende Seite in seine Chronik eingetragen: Auf seinem grünen Feld werden olympische Spiele stattfinden.

Fußballer, die gerade frei sind, aber den Spielen zusehen möchten, brauchen nicht unbedingt ins Stadion zu gehen. Sie können den Fußballplatz von den Fenstern des neuen Hotels „Rus“ ausgezeichnet überblicken. Es ist für Gäste der Olympiade gebaut worden.

Zwischen den ermüdenden Spielen können die Sportler in einem Haus von ungewöhnlicher Bauart neben den Südtribünen wieder fit werden. Es besteht aus vier abgeplatteten, mit hellgelben Platten getäfelten Zylindern und ist die funktionell-diagnostische Wiederherstellungszentrale. Wie ein Instrukteur der Zentrale, Igor Dedow, erläutert, können die Sportler hier wieder zu Kräften kommen und im Notfall ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Trainieren und gut in Form kommen können die Fußballer auch in dem für die Olympioniken bereitgestellten Sportschulkomplex in Kontscha-Saspa 19 km von Kiew entfernt. „Ein vorzüglicher Komplex“, sagt Sergej Waizechowski, der Cheftrainer der sowjetischen Schwimmauswahl. „Ausgezeichnete Trainingsmöglichkeiten. Das Personal ist ausgesucht lebenswürdig. Das ist sehr wichtig, denn so kurz vor der Olympiade geht es nicht mehr so sehr um die sportliche Fitness wie um die Stimmung der Sportler. Sie ist sehr gut.“

### Eine Friedensbrücke

Leningrad wird oft eine Stadt der Brücken genannt. Es hat etwa 400 Brücken, darunter 9 über die Newa. Bis zum Beginn der Olympischen Spiele wird die zehnte Newabrücke ihrer Bestimmung übergeben.

Außer den berühmten Brücken, Museen und Denkmälern werden die Gäste der Newastadt auch viel Neues sehen. Über dem Siegespark ragt der Riesenzylinder einer Sportanlage auf. Hier können 14 Sportarten ausgeübt werden und haben auf einmal 25 000 Zuschauer Platz. Der Kunststoffrasen hat die Standard-





große eines Fußballplatzes. Die Stadt hat neue Hotels: „Pribaltijskaja“, „Karelia“, „Havanna“, „Ohta“.

Ein paar Worte über das Kirow-Stadion. Vor fast 30 Jahren gebaut, mußte es modernisiert werden. Der künstliche Hügel, auf dem es steht, ist mit selbstvorspannendem Beton verkleidet, und am Umkreis der Sportarena sind vier 90 m hohe Türme mit Beleuchtungskörpern aufgestellt worden. Ins Oval der Umfriedung sind Kabinen für die Sportkommentatoren und das zentrale Steuerpult für die technischen Anlagen des Stadions eingebaut worden. Man hat die Funk-, Fernseh- und Fernmeldeanlagen perfektioniert.

Rekonstruiert ist auch das Lenin-Stadion, das während der Olympiade zum Training und später als Schauplatz von Landesmeisterschaften dienen wird.

Wie wir sehen, hat sich Leningrad gründlich auf die Spiele vorbereitet. Und nicht nur in sportlicher Hinsicht. Auch für einen sehr angenehmen und interessanten Aufenthalt der Gäste ist gesorgt. Ihrer harren die zahlreichen Theater, Museen, Parks, Schlösser in den Vororten und die Konzertsäle.

Die Medaillen für die Sieger, unter denen bestimmt Leningrader sein werden, sind in der berühmten Leningrader Münze geprägt worden. Leningrad ist auch der Herstellungsort der 6200 olympischen Fackeln, die die heilige Flamme aus Olympia nach Moskau und den anderen olympischen Städten bringen werden. Konstruiert haben sie Leningrader Ingenieure und Designer unter Leitung von B. Tutschin.

Noch vieles andere zeugt davon, daß Tausende von Leningradern direkt oder indirekt an der XXII. Olympiade beteiligt sind. Ebenso wie die Einwohner anderer sowjetischer Städte haben auch die Leningrader alles getan, damit zwischen den jungen Menschen aller Erdteile noch eine — die olympische Freundschaftsbrücke — geschlagen wird.

## DIPLOMATIE UND WIRTSCHAFT

Wenn die Führer der sieben wichtigsten Staaten des Westens ihr jährliches Treffen abhalten, um die akutesten Wirtschaftsprobleme des Kapitalismus zu erörtern, so bezeichnet man das als Wirtschaftsdiplomatie. Wenn die Vertreter der „Gruppe 77“, zu der über 120 Entwicklungsländer gehören, eine gemeinsame Position zu Fragen des Welthandels und der Entwicklung erarbeiten, so nennt man das ebenfalls Wirtschaftsdiplomatie. Wenn die sozialistischen Länder die Prinzipien eines gleichberechtigten und für beide Seiten vorteilhaften Geschäftsverkehrs zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verteidigen und konkrete Vorschläge zum Ausbau ihrer Zusammenarbeit vorlegen, so kann man diese diplomatische Aktivität auch eine Wirtschaftsdiplomatie nennen.

Die Rolle der „wirtschaftlichen Komponente“ in den internationalen Beziehungen ist nicht von ungefähr wichtiger geworden. Das ist ein Ergebnis der immer größer werdenden Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung. Jetzt sind Fragen der „reinen“ Diplomatie und des Handels eng miteinander verflochten. Über diese komplizierte Verflechtung berichtet der sowjetische Wirtschaftsexperte I. A. Ornatski in seinem Buch<sup>1</sup>. In der Wirtschaftsdiplomatie zeigt sich der Klassencharakter der Außenpolitik der Staaten besonders deutlich, meint der Autor. Im Westen dient sie vor allem den Interessen der Finanz- und Industrie-Oligarchie und widerspricht den Lebensinteressen einer übergroßen Mehrheit der Völker. In den letzten Jahren wurde der Apparat der imperialistischen Staaten, der für die wirtschaftliche Außenpolitik zuständig ist, merklich erweitert. Wirtschaftsexperten spielen eine große Rolle nicht nur im State Department, sondern auch in den Botschaften der USA.

Wie der amerikanische Diplomat R. Childs zugibt, ist der Auslandsdienst jetzt zu „Augen und Ohren der amerikanischen Unternehmer im Ausland geworden“.

Die gegensätzlichen Interessen zwischen den westlichen Regierungs-

kreisen, die eine neokolonialistische Politik durchführen, und den Entwicklungsländern, die zusammen mit den sozialistischen Staaten für eine Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage eintreten, führen zu einem heftigen diplomatischen Kampf. Den Verlauf dieses Kampfes behandelt der Autor anhand zahlreicher Beispiele aus der Tätigkeit verschiedener UNO-Organen und Beratungen vom Typ Nord-Süd-Dialog, am Beispiel der Verhandlungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den mit ihm assoziierten Entwicklungsländern.

Viel Aufmerksamkeit widmet die Diplomatie der Länder der sozialistischen Gemeinschaft der Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit in Europa. Die Aktualität einer Erörterung damit zusammenhängender Fragen kann der Westen schwer leugnen; denn die kapitalistischen Länder des Kontinents sind an diesen nicht weniger, sondern womöglich sogar mehr als die RGW-Länder interessiert. Trotzdem müssen die Diplomaten der sozialistischen Länder nicht wenig Mühe aufwenden, um den Widerstand der offenen und geheimen Gegner einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu überwinden. Im November 1979 wurde in Genf eine gesamteuropäische Umweltkonferenz erfolgreich abgehalten. In der im Mai angenommenen Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten wird hervorgehoben, wie wichtig es sei, die Ergebnisse dieser Konferenz zu verwirklichen und ebenso eine gesamteuropäische Konferenz für Energie und Transport durchzuführen.

Der Autor legt überzeugend den engen Zusammenhang solcher kardinalen Probleme der Gegenwart dar wie Bewahrung und Festigung des Friedens, Vertiefung der Entspannung, Abrüstung und Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In dem Buch wird mit gewichtigen Argumenten nachgewiesen, daß Maßnahmen zu einer realen Abrüstung die denkbar günstigsten Voraussetzungen für eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Welt schaffen.

<sup>1</sup> I. A. Орнатский. «Экономическая дипломатия». Издательство «Международные отношения». Москва. 1980.

И. А. ОРНАТСКИЙ

ЭКОНОМИЧЕСКАЯ  
ДИПЛОМАТИЯ

Prof. A. FRUMKIN



# FREUNDESHILFE

„Sie sind unsere Freunde“ — „Dank für die Hilfe“ — diese und ähnliche Worte bekommt ein sowjetischer Journalist in Äthiopien sehr oft zu hören.

Wie Führer der äthiopischen Revolution sagen, wird ihr Volk nie vergessen, wie sehr ihm das Sowjetvolk im Kampf für die Wahrung der Einheit und territorialen Integrität seines Landes geholfen hat. Jetzt ist die Republik in den entscheidenden Kampf gegen die jahrhundertalte wirtschaftliche und soziale Zurückgebliebenheit eingetreten, und auch dabei hilft ihr die UdSSR uneigennützig.

## „Wir sind Gleichgesinnte“

Am Südufer des berühmten Tana-Sees, wo der Blaue Nil entspringt, liegt die Stadt Bahr Dar. Hier wurde 1963 eine Polytechnische Hochschule eröffnet. Sie ist eine Schenkung der UdSSR an das Volk Äthiopiens. Hier studieren junge Menschen aus allen Landesteilen. Es werden eigene technische Fachkräfte herangeschult, die das neue Äthiopien dringend braucht, denn die vom Provisorischen Militärverwaltungsrat angesagte Landeskampagne für eine Förderung der Wirtschaft bezweckt ein erhebliches Anwachsen der industriellen Produktion.

Am Polytechnikum halten 14 sowjetische Lehrkräfte Vorlesungen. Der Rektor, Shibabaw Belay, ein Absolvent der Moskauer Textilhochschule, sagte mir folgendes: „Mit ihrer Hilfe haben wir die Lehrpläne auf die jetzigen Bedürfnisse des Landes zugeschnitten.“

Die Studenten sind sehr begehrt: in Betrieben sollen sie Ratschläge erteilen, einen Generator aufstellen oder eine Werkzeugmaschine reparieren. Beim Studium stehen ihnen vorzüglich eingerichtete Labors und Werkstätten, aber auch Traktoren und andere Landmaschinen zur Verfügung. Viele können mit sowjetischen Maschinen sehr gut umgehen. Besonders beliebt sind hier die Minsker MTS-Traktoren.

In der Mensa, zu der ein Weg durch einen Tropengarten führt, komme ich mit dem Leiter des Lehrstuhls für Chemie, Sileshi Zeleke, ins Gespräch. Er hat auch in Moskau studiert, wir unterhalten uns russisch. Auf die Frage: „Wie arbeitet es sich eigentlich in einer internationalen Gemeinschaft?“ antwortet er: „Wir sind Gleichgesinnte und haben gemeinsame Sorgen. Wir müssen bei den Studenten Interesse für ihr Fach wecken.“

Das Polytechnikum hat weitreichende Pläne. In nächster Zeit soll die Zahl der Neuaufnahmen verdoppelt und sollen sechsmonatige berufliche Fortbildungslehrgänge eingerichtet werden.

## Den Lehrmeistern nacheifern

In die Erdölraffinerie in der Hafenstadt Asab, die mit Hilfe der UdSSR gebaut worden ist, kam ich frühmorgens, es war noch nicht sechs. Nach einigen Minuten kündigte die Sirene den Beginn des Arbeitstages an.

Silberglänzende Rohre, zylinderförmige Riesenreservoirs — die gewohnte Industrielandschaft. Eine Besonderheit des Betriebs besteht darin, daß neben äthiopischen sowjetische Fachkräfte arbeiten. Der Cheftechnologe, Tadesse Meja, erzählt: „Die jahrelange Zusammenarbeit hat gezeigt, daß die Ingenieure und Techniker aus der UdSSR nicht nur sehr tüchtig, sondern auch gute Kameraden sind, auf die man sich immer verlassen kann. Die Feinde unserer Revolution haben wiederholt versucht, die Raffinerie betriebsunfähig zu machen, damit Äthiopien kein Benzin hat — wir beliefern ja das ganze Land. Sie kamen nachts vom Meer her. Wir haben zusammen Brandraketen gelöscht, Minen entschärft, Betriebsanlagen repariert. Der Betrieb hat nie aussetzen müssen.“

Meja spricht von dem guten Betriebsklima. Er sagt: „Über jede neue Idee beraten wir miteinander und führen sie gemeinsam aus.“

Abends gehen wir in den Betriebsklub. Er ist bummvoll. Ein älterer Äthiopier, der erfahren hat, daß ich ein sowjetischer Journalist bin, rückt näher an seine Sitznachbarn heran, um mir Platz zu machen. Wir stellen uns vor. Haile Mahel versteht sich auf Pumpanlagen, er arbeitet schon lange hier, ja er hat an dem Betrieb mitgebaut und erst dann seinen Beruf erlernt, auf den er sehr stolz ist — „Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn die Pumpen aussetzen!“ sagt er. „In einem Jahr bringen Ihre Jungens unserem Nachwuchs soviel bei, daß er ihnen auf die Fersen tritt. Nach der Revolution wurde das Klima im Betrieb anders. Wenn nötig, machen wir Überstunden oder arbeiten an unseren freien Tagen. Wir arbeiten ja für uns.“

Der zunehmende Treibstoffbedarf des Landes macht eine Vergrößerung der Betriebskapazität erforderlich. Beim Umbau werden natürlich

sowjetische Fachkräfte helfen. Der Betrieb soll dabei nicht stillgelegt werden.

## Im Kampf ums Teff

Den Flecken Ambo in der Binnenprovinz Shoa kennt in Äthiopien jeder. Das in der Umgegend gewonnene Mineralwasser wird gern getrunken. Jetzt kennt man Ambo auch als den Sitz eines mit sowjetischer Hilfe gebauten Phytopathologischen Laboratoriums. Hier arbeiten sowjetische Biologen und machen junge Äthiopier ein Praktikum. Sie beschäftigen sich mit Methoden zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen und -krankheiten sowie von Unkraut. Das ist sehr wichtig, in der Landwirtschaft sind etwa 90% der Bevölkerung tätig, der Agrarexport bringt die meisten Devisen, und schließlich hat Äthiopien nach Ansicht der Wissenschaftler große landwirtschaftliche Möglichkeiten.

Die Phytopathologen, Virusforscher, Fachleute für die Unkrautbekämpfung, Bakteriologen, Selektionäre und Entomologen des Laboratoriums befassen sich jetzt hauptsächlich mit Getreide. Prognosen besagen, daß der Boden hier bei dem milden Klima Rekordern weit über dem europäischen Durchschnitt hervorbringen kann. Das Teff steht an erster Stelle, ein Getreide, das dem Äthiopier ebenso viel bedeutet wie dem Russen der Weizen.

Das Laboratorium in Ambo hat engen Kontakt mit dem Landwirtschaftsministerium. Die Angestellten halten einen Lehrgang für die Schüler eines landwirtschaftlichen Technikums sowie Kolloquien für Agronomen ab.

Von den Ergebnissen ihrer Arbeit konnten wir uns auf einem staatlichen Gut bei dem Flecken Guder überzeugen. Die Gegend ist für ihre Reben berühmt, auf dem Gut, das früher einem reichen Herrn gehörte, werden aber auch Zitrusfrüchte, Pfeffer, Mais und vieles andere angebaut.

Die freundschaftlichen Verbindungen zwischen der UdSSR und Äthiopien sind vielgestaltig, der Kontakt zwischen den Partnerstädten Addis Abeba und Kischinjew wird immer enger. Jeden Herbst kommen junge Äthiopier und Äthiopierinnen nach der UdSSR studieren. Die hiesigen Zeitungen bringen öfter Reportagen von Journalisten, die verschiedene Gegenden der Sowjetunion besucht haben. Sowjetische Wissenschaftler, Schauspieler und Sportler sind in Äthiopien willkommene Gäste.

Die Zusammenarbeit wird immer enger.

**G. GABRIELIAN**

Addis Abeba



# GLIEDER EINER KETTE



Man schrieb den 11. Juni 1980. In Kabul begann der Tag wie jeder andere. In den schrägen Strahlen der schon heißen Morgensonne bewegten sich Passanten und Autos durch die Straßen, der Basar brauste, Läden, Werkstätten und Büros wurden geöffnet. In den Schulen begann der Unterricht.

Plötzlich breitete sich in manchen ein merkwürdiger Geruch aus, recht angenehm, aber nach einigen Minuten wurde den Schülern schlecht, sie bekamen keine Luft, manche wurden bewußtlos. Etwa 500 Kinder, größtenteils Mädchen aus dem Souraiya-Lyzeum, wurden in Krankenhäusern eingeliefert. Die schnelle Hilfe rettete ihnen das Leben. Die meisten sind inzwischen schon nach Haus entlassen worden, aber einige sind noch in Behandlung. Wie aus Kabul gemeldet wird, sind die Kinder einer haarsträubenden Diversion mit Nervengas zum Opfer gefallen.

Die afghanischen Sicherheitsorgane konnten einige Diversanten festnehmen, die chemische Handgranaten westlichen Fabrikats bei sich hatten. Kabuler Experten haben festgestellt, daß die Ladung sehr ähnlich wie das Nervengas zusammengesetzt ist, das seinerzeit in Fort Detrick (Maryland), einem bakteriologischen Zentrum der USA, getestet wurde. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß den schon am 25. März bei Herát festgenommenen Banditen chemische Handgranaten mit dem Aufdruck abgenommen wurden: „Hergestellt im Bundeslaboratorium Salisbury, Pennsylvania, USA. 1978.“ Sie sind mit dem Giftgas CS geladen, das die USA in den 60er und 70er Jahren in Vietnam und Laos benutzten.

In einem ähnlichen Zusammenhang erwähnte die Weltpresse Pennsylvania im Juli 1976, als nach

Einheiten der 82. US-Luftlandedivision werden in Fort Bragg für den Chemiekrieg mit Nervenlähmungsgasen ausgebildet

Foto aus „Paris Match“  
(Frankreich)

einem Kongreß der Amerikanischen Legion in Philadelphia plötzlich 29 Teilnehmer starben. Die Todesursache konnte nicht festgestellt werden, und die Presse nannte sie die „Legionärskrankheit“. Man sprach auch von Giftgas, dessen Behälter in einem chemischen Labor des Pentagons in Pennsylvania undicht geworden sein sollen. Die offiziellen Organe enthielten sich dann jeden Kommentars.

Dieses Mal mußten die amerikanischen Staatsmänner ihr Schweigen brechen, sie taten es aber nur, um zu leugnen, daß sie den afghanischen Söldnern C-Waffen, ja überhaupt irgendwelche Waffen geliefert hätten. Die unumstößlichen Tatsachen, auch die, daß die Banditen in Afghanistan ganze Kisten voll Giftgasgranaten haben, erklären sie mit einem Zufall. Die Granaten seien vor Jahren nach dem Iran geliefert worden, als dort noch der Schah regierte. Die gewöhnlich gutunterrichtete US-Presse schreibt aber folgendes:

„New York Times“: „...schon am 10. Januar unterschrieb Präsident Carter den Beschluß, das Programm der Hilfeleistung an die afghanischen Terroristen über die CIA zu erweitern.“ „Philadelphia Inquirer“: „... ein amerikanisches Geheimprogramm wird schon seit einigen Monaten, möglicherweise seit Mitte Januar, ausgeführt. In seinem Rahmen kaufen Agenten der CIA auf dem offenen Waffenweltmarkt Gewehre, Pistolen und Munition an und schicken sie heimlich nach Afghanistan.“

Verteidigungsminister Harold Brown beantwortete auf einer Pressekonzferenz die Frage: „Schicken die USA direkt oder indirekt irgendwelche Waffen nach Afghanistan?“ wie folgt: „Wir halten es für sehr wichtig, daß sich die afghanischen Freiheitskämpfer (wie der Pentagonchef die Banditen zu nennen beliebt) „ihre Entschlossenheit zum Widerstand bewahren... Weitergehen will ich nicht.“ Die US-Presse erwähnte, daß ein anderer hoher Regierungsbeamter in einem inoffiziellen Gespräch mit Journalisten mit der Bitte, ihn nicht zu nennen, folgendes erklärt habe: „Wir suchen ihnen“ (den afghanischen Konterrevolutionären) „mit allen erdenklichen Mitteln zu helfen. Ich darf Ihnen längst nicht von allen unseren Methoden erzählen.“

Also gibt es Methoden und Mittel, über die nicht geredet werden darf. Gehören dazu vielleicht auch die Kampfstoffe, deren Benutzung laut Genfer Protokoll von 1925 verboten ist? Die USA haben es unterzeichnet, wenn auch erst 1975, offenbar um sich von dem Chemiekrieg weißzuwaschen, den die CIA und das Pentagon gegen die Völker von Vietnam und Laos führten.

Dieser verbrecherische Krieg forderte viele Opfer, größtenteils unter der Zivilbevölkerung, unter den Greisen, Frauen und Kindern. Aber auch die Amerikaner blieben nicht verschont: Viele von ihnen erkrankten oder starben an den Defolianten, die sie im Dschungel versprüht hatten, u. zw. erst in letzter Zeit, als sie nicht mehr daran dachten, sich zu freuen, daß sie in Vietnam davongekommen waren. Die einen sind an Krebs gestorben oder sterben daran eines langsamen Todes. Andere sind durch Krankheiten Krüppel geworden. Wieder andere leiden schwer unter der Wirkung des Giftes Dioxin, das in dem „Agent Orange“ enthalten ist, wie in der US Army ein vielbenutztes Defoliant genannt wurde. Das Schrecklichste ist aber wohl die Tatsache, daß viele Veteranen jenes Krieges Mißgeburten gezeugt haben. Der englische „Observer“ schreibt, daß sie all dieses Unglück erst jetzt mit der Wirkung dieses Giftes in Zusammenhang zu bringen beginnen. Im Washingtoner Amt für Veteranenangelegenheiten seien fast 5000 diesbezügliche Eingaben eingelaufen. Untersuchungen einer Weltorganisation der Opfer des „Agent Orange“ hat ergeben, daß rund 60 000 ehemalige US-Soldaten und -Offiziere an den Folgen einer chronischen Vergiftung mit diesem Stoff leiden und daß 350 000 Zweitsymptome solcher Vergiftungen aufweisen.



Vieles wird in Washington verschwiegen, z. B., wie Giftstoffe und Krankheitserreger an Amerikanern selbst ausprobiert worden sind. In den 50er und 60er Jahren wurden Krankheitserreger in New York und einigen anderen Städten des Westens und Südens der USA versprüht, weil man sie ausprobieren (oder vielleicht Infizierungsmethoden testen) wollte. Die in Paris erscheinende „International Herald Tribune“ brachte Ende April unter Berufung auf den Bericht einer Sonderabteilung der US-Landstreitkräfte in Fort Detrick einen Artikel darüber, daß Experten der US Army Fahrgäste der New-Yorker Untergrundbahn 1986 heimlich mit „harmlosen“ (Anführungszeichen der Zeitung) Bakterien besprüht haben, u. zw. mit einem Aerosol durch die Lüftungsgitter auf den Stationen, die immer voll sind. Dabei wurde kaltblütig geschildert, wie „die Leute, als die Wolke sie einhüllte, ihre Sachen abschüttelten, zu den Gittern hochsahen und dann weitergingen“.

Vor kurzem veröffentlichte die schweizerische Zeitung „Blick“ eine aufschlußreiche Notiz mit der Überschrift „Skandal: CIA-Leute streuten Todesbazillen“. Darin wurde mitgeteilt, daß Umweltschützer in den USA ein neues Verbrechen der Giftmischer aus den amerikanischen Geheimdiensten aufgedeckt haben. Im Jahre 1955 infizierten Experten der CIA und des Pentagons bei Testen mit Keuchhustenbazillen für einen bakteriologischen Krieg ganze Bezirke des Staates Florida mit diesen gefährlichen Bazillen. Viele Einwohner, meistens Kleinkinder, starben daran. In den Archiven des Pentagons liege — so die genannte Zeitung — ein ausführlicher Bericht unter der Codebezeichnung „MKULTRA — Teilprojekt 12“, in dem gesagt sei, am 26. Januar 1955 sei aus dem biologischen Waffenzentrum der US Army in Fort Detrick eine bestimmte Art Keuchhustenbakterien gebracht worden, und diese habe man später als Ursache der Keuchhustenepidemie in Florida festgestellt. Um kein Aufsehen zu erregen, waren die Behälter als Köfferchen getarnt. Beim Tragen versprühten sie die Bakterien in die Gegend. Die Träger selbst waren durch Hals-Nasen-Filter geschützt.

Der Zusammenhang zwischen dem Tod amerikanischer Kinder in Florida von 1955 an Keuchhusten und die schwere Vergiftung der Kabuler Schulkinder mit Nervengas im Jahre 1980 ist nicht zu verkennen. Das sind Glieder einer Kette unmenschlicher Aktionen der Washingtoner Geheimdienste.

S. WASSILJEW

# UNSERE RUSSISCH-SEITE

## Lektion 12

### WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

Политический консультативный комитет государств — участников Варшавского Договора —  
 новый тур гонки вооружений —  
 вовлекать (кого?) (куда?)  
 (вовлечь)  
 вовлечение —  
 взять линию в международных делах —  
 торможение процесса разрядки —  
 ракетно-ядерное оружие средней дальности —  
 встреча на самом высоком уровне —  
 очаг напряженности —

der Politische Beratende Ausschuss der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags  
 eine neue Runde des Waffentrüstens einbeziehen

Einbeziehung  
 einen Kurs in internationalen Angelegenheiten einschlagen  
 ein Abbremsen des Entspannungsprozesses  
 Atomraketenwaffen mittlerer Reichweite  
 (Mittelstreckenraketen)  
 ein Treffen auf höchster Ebene  
 (Gipfeltreffen)  
 ein Spannungsherd

### Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

14—15 мая в Варшаве состоялось совещание Политического консультативного комитета государств — участников Варшавского Договора. Интерес к работе совещания был, как никогда, велик. Это связано прежде всего с международной обстановкой. Процесс разрядки, уверенно развивавшийся в 70-х годах, в настоящее время сильно замедлился. Обозначилась опасность вовлечения мира в новый тур гонки вооружений. Естественно, что от совещания ожидали, какую оценку дадут ее участники причинам неблагоприятного поворота в развитии международных дел и какая линия будет взята социалистическими странами, учитывая сложившуюся в мире обстановку. В решениях Варшавского совещания выдвинута конструктивная программа действий, направленная на преодоление нынешнего торможения процесса разрядки. В первую очередь это касается проблемы разоружения. По всем аспектам ограничения гонки вооружений социалистические страны готовы искать договоренностей. Это касается возможности проведения переговоров по сокращению ракетно-ядерного оружия средней дальности на европейском континенте и других типов вооружения.

Варшавское совещание выступило и за урегулирование кризисных ситуаций политическими средствами, за продолжение конструктивного политического диалога между странами, принадлежащими к различным социальным системам. И в связи с этим была выдвинута идея провести в ближайшее время встречу на самом высоком уровне руководителей государств всех районов мира с целью устранения очагов напряженности и недопущения войны.

### Übung 2: Bilden Sie aus folgenden Verben und Substantiven Wortverbindungen und achten Sie dabei auf die Rektion:

выдвинуть  
 поддержать  
 выступить за  
 выступить против  
 отвергнуть

идея, предложение, урегулирование вопроса

### Übung 3: Finden Sie im Text Wörter oder Ausdrücke, die gleichbedeutend wie die in nachstehenden Sätzen fettgedruckten sind:

1. Необходимо **выработать** линию поведения в решении международных проблем.
2. Задача настоящего момента — **уничтожение** очагов напряженности на европейском континенте.
3. Начался новый **этап** гонки вооружений.
4. Политика империалистических кругов способствует **втягиванию** народов в новую войну.
5. На европейском континенте имеется несколько **центров** напряженности.



Die britische Presse veröffentlicht ziemlich oft Berichte darüber, daß die Sowjetordnung jeden verfolgt, der anders denkt als die überwiegende Mehrheit. Ich glaube, dadurch werden in Ihrem Lande die Menschenrechte verletzt.

John MILLER  
Glasgow, Großbritannien



Es diskutiert  
NZ-Beobachter  
Gennadi  
KOBIAKOW

Meines Erachtens, Herr Miller, ergibt sich Ihre Meinung vor allem aus dem Mangel an authentischer Information. Nicht wenig Menschen in der Welt glauben noch die Erfindungen der Propaganda, die den Sowjetstaat und die sozialistische Demokratie anschwärzt.

Eines der meistverbreiteten Lügenmärchen behauptet, in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern würden die Menschen wegen ihrer Überzeugungen, wegen des Andersdenkens verfolgt. Wie steht es damit in Wirklichkeit?

In der UdSSR und den übrigen sozialistischen Ländern darf man sehr wohl „anders denken als die Mehrheit“ und die einen oder anderen Aspekte des öffentlichen Lebens kritisch beurteilen. Bei uns äußern einzelne Personen Meinungen, die der kommunistischen Ideologie zuwiderlaufen. Mehr noch, wir wissen, daß es auch gänzlich antisowjetisch gesinnte Leute, Gegner der sozialistischen Umgestaltungen gibt. Aber der Sowjetstaat verfolgt sie nicht. Für die Denkweise gibt es weder Kodex noch Gerichte. Karl Marx schrieb: „Für das Gesetz bin ich gar nicht vorhanden, gar kein Objekt desselben, außer in meiner Tat.“

Die Untersuchungsorgane, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte der UdSSR lassen sich in ihrer Tätigkeit von dieser These leiten. Die sowjetische Gesetzgebung postuliert die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht für die Denkweise, sondern für sozial gefährliche Taten, die das Gesetz als verbrecherisch ansieht. Wie verurteilungswürdig die Ansichten eines Menschen auch sein mögen, vergeht er sich damit noch nicht gegen das Gesetz. Folglich können die Gedanken eines Menschen, die nicht in konkreten staatsfeindlichen

Handlungen Ausdruck finden, nicht den Straftatbestand erfüllen.

Unser Gesetz geht davon aus, daß gleich der Verleumdung, die den Ruf eines Menschen schmäht, auch die Verleumdung, die die ganze Gesellschaft betrifft, strafbar ist. Das ist in der Sowjetischen Verfassung (Art. 39) verankert: Die Nutzung der Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf den Interessen der Gesellschaft und des Staates sowie den Rechten anderer Bürger keinen Schaden zufügen.

Von der Sowjetregierung zu verlangen, daß sie darauf verzichtet, um einer abstrakten Demokratie willen Personen zu verfolgen, die in der UdSSR eine antisowjetische Tätigkeit treiben, ist ein vergebliches Unterfangen der bürgerlichen Propaganda. Mit welchem Recht und zu welchem Zweck wird dies verlangt? Wie die Erfahrung zeigt, brauchen die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder die Erdichtungen über die Verfolgung der Andersdenkenden in der UdSSR, um vergessen zu machen, daß sie es sind, die fortschrittliche Menschen verfolgen. Können denn die britische oder die BRD-Regierung ihre drakonischen Maßnahmen gegen diejenigen, die in ihren Augen „subversive Elemente“ sind, auch nur halbwegs rechtfertigen? Dasselbe, aber in noch höherem Maß, gilt für die USA, wo die Andersdenkenden, die fortschrittlich Gesinnten, gehetzt werden.

In den letzten Jahren wird die repressive Gesetzgebung der bürgerlichen Staaten erweitert. Die Offensive auf die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger schwillt an, und in erster Linie sind den Zwangsmaßnahmen die wahren Demokraten, die wahren Kämpfer für den sozialen Fortschritt, ausgesetzt. Andreas Young, ehem-

aliger UNO-Vertreter der USA, sagte: „In unseren Gefängnissen gibt es Hunderte, ja vielleicht Tausende Menschen, die ich politische Häftlinge nennen würde. Vor 10 Jahren wurde ich selbst in Atlanta wegen Organisation einer Protestbewegung vor Gericht gestellt.“ Ein Korrespondent der Pariser Monatschrift „Droit et liberté“ fragte den Führer der „Wilmington-10“, den Geistlichen Ben Chavis: „Wie würden Sie einen politischen Häftling in den USA charakterisieren?“ Ben Chavis antwortete: „In unserem Land werden keine Anklagen wegen eines politischen Verbrechens erhoben, deshalb wird man als Krimineller abgestempelt und einer Straftat beschuldigt. Das ist für sie“ (die Behörden) „die einzige Methode, einen den Reihen der Bewegung zu entreißen, die einzige Methode, einen ins Gefängnis zu befördern... In den USA gibt es sehr viele politische Häftlinge.“

In der UdSSR lassen sich Personen, die den Weg der antisowjetischen Tätigkeit gehen, gegen Gesetze verstoßen oder falsche Gerüchte verbreiten, an den Fingern abzählen. Das widerspiegelt die weitere Festigung der sozialpolitischen Einheit der sowjetischen Gesellschaft. Unter Berufung auf den „Dissidenten“ Bukowski stellt der AP-Korrespondent Jensen fest: Solche Leute seien in „winziger Minderheit“. Der ehemalige Moskauer Korrespondent der „New York Times“ H. Kamm gibt zu, daß jedem Abtrünnigen Hunderttausende treue sowjetische Patrioten gegenüberstehen.

Ich weiß nicht, Herr Miller, ob Sie mir beipflichten, auf jeden Fall wollte ich Ihnen zu einer richtigeren Vorstellung von den politischen Freiheiten in der UdSSR verhelfen.



In der Presse lese ich oft von einem „Weißbuch“, einem „Blaubuch“ oder „Rotbuch“. Was bedeutet das?

B. RYSHOW  
Kischinow, Moldauische SSR

In vielen Ländern nennt man so traditionsgemäß Sammelbände von Regierungsdokumenten und amtliche Berichte. Die Bezeichnung rührt ursprünglich von der Einbandfarbe her.

In Großbritannien z. B. enthält das Blaubuch die Urkunden und Berichte des Ministerkabinetts, die dem Parlament vorgelegt werden. Das britische Verteidigungsministerium veröffentlicht

seine Dokumente in weißem Einband. Die Dokumentensammlung der französischen Regierung ist als Gelbbuch bekannt.

Außerdem wird von der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen ein Rotbuch herausgegeben. Es enthält Angaben über die Verbreitung, Anzahl und Biologie seltener Arten von Tieren und Pflanzen der Welt sowie über Maßnahmen zu ihrem Schutz.



# PS

## Nur engros

Wie der englische „Guardian“ berichtet, kann man in der pakistanischen Stadt Darra Adam Khel nahe der afghanischen Grenze ohne weiteres beliebige Waffen und Rauschgifte kaufen. Mit den Waffen ist alles klar, sie werden Söldnerbanden für Störakte gegen Afghanistan gegeben. Und die Rauschgifte? Ein Journalist erkundigte sich, ob man sie sich z. B. nicht per Nachnahme schicken lassen könne, sagen wir nach London ein paar Kilo Haschisch. Der so befragte Händler antwortete, mit der BRD und mit England sei das kein Problem, fügte aber hinzu: „Haschisch liefern wir nur tonnenweise.“

## Statt der Dornen



Keine Rosen ohne Dornen. Wie aber, wenn da Rasierklingen wachsen? Das geschah in Frankfurt a. M. auf der Terrasse eines Luxushotels. Ein Passant, der die Rosen bewunderte, entdeckte dazwischen ungefähr ein Dutzend dünne Stöcke mit scharfen Klingen daran. Die Direktion hatte sie zur Abschreckung von Blumendieben in die Erde stecken lassen. Auf zahlreiche Proteste hin mußten sie entfernt werden. Die „Frankfurter Rundschau“ empfiehlt statt der Klingen Giftschlangentrappen.

## Ein rotes Tuch für die Regierung



Die spanische Regierung hat es als notwendig erachtet, selbst um den Preis großer finanzieller Einbußen einen der häufigen Streiks zu verhüten. Er war von 4000 Toreros angedroht worden, die eine wesentliche Erhöhung der Versicherungsprämien verlangt haben. Bei ihrem Beruf passiert ihnen ja oft etwas, in einer Saison kommen etwa 50 von ihnen zu Schaden. Aus Furcht vor dem Zorn der Millionen Stierkämpffans hat die Regierung eine Erhöhung der Versicherungsprämien fast auf das Vierfache bewilligt.

## Nicht fein genug

Gloria Vanderbilt ist die Ururenkelin des Multimillionärs Vanderbilt und auch sehr reich. Vor kurzem wollte sie im New-Yorker Zentrum in einem hochkomfortablen Häuserkomplex, in dem die Mieten horrend und nur einem distinguierten Publikum erschwinglich sind, eine Wohnung mieten. Ein Mieter ist z. B. Henry Kissinger. Die Dame machte eine große Anzahlung, wurde aber vom Mieterausschuß abgewiesen, weil sie mit dem bekannten Jazzpianisten Bobby Short, einem Neger, befreundet ist. Sie hat beim Gericht des Bundesstaats New York auf Rassendiskriminierung geklagt, und jetzt freuen sich

die Revolverblätter schon auf den sensationellen Prozeß.

## Für hohe Gäste nichts zu schade



Die Stammgäste der Restaurants in Ankara trauten ihren Augen nicht: An der Bar gab es plötzlich in rauen Mengen schottischen Whisky, Gin und andere harte Getränke aus dem Ausland, deren Einfuhr zwecks Devisensparnis streng verboten worden war. Ihre Freude dauerte aber nur drei Tage — so lange war das Verbot wegen der Ende Juni in Ankara abgehaltenen NATO-Rats-tagung aufgehoben.

## Hochzeit zwischen Gräbern

Der amerikanische Karikaturist Charles Addams und Marilyn Matthew Miller empfangen als Neuvermählte ganz in Schwarz ihre Hochzeitsgäste zwischen Grabsteinen. Der 68jährige Addams sagte: „Ich habe nichts so gern wie Friedhöfe, da ist es sehr hübsch.“ Seine junge Frau fügte hinzu, sie hoffe, hier gemeinsam mit Charles ihr Leben zu beschließen. Der Schauplatz war ein Hundefriedhof, den sie kurz vor der Hochzeit vor ihrem Haus in Long Island angelegt hatte.

## Tauziehen um Touristen

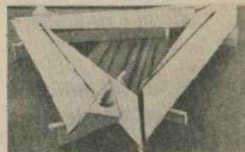
Die Stadt Niagara Falls im US-Bundesstaat New York lockt mit dem berühmten Wasserfall schon immer viele Touristen an. Die Stadt gleichen Namens

in der kanadischen Provinz Ontario liegt auf der anderen Seite des Wasserfalls und ist deshalb auch viel von Schaulustigen besucht. Dieses Jahr wollen die Amerikaner, um die Kanadier zu übertrumpfen, in ihrer Stadt die Eröffnung eines Spielkasinos erlauben.

## Ein teures Vergnügen

Die Machenschaften des amerikanischen Botschaftspersonals im Ausland sind hinreichend bekannt. Damit nicht wieder wie in der US-Botschaft in Teheran Pläne und Berichte über ihr subversives Treiben an die Öffentlichkeit gelangen, hat das Staatsdepartement zur Aufbewahrung derartigen Schriftmaterials in den Botschaften spezielle Computer aufstellen lassen, die, falls notwendig, alles sofort löschen können. Recht kostspielig, aber offenbar werden die anrühigen Geheimnisse noch höher geschätzt.

## Wer tappt in Dunkeln?



Auf dem Broadway in New York findet eine Ausstellung des Bildhauers Bruce Nauman statt. Ein Glanzstück heißt „Drei nicht verbundene Tunnel ohne Ausfahrt“ (alle seine Arbeiten haben lange Namen). Das ist etwas Dreieckiges auf Untersätzen. In den lobenden Rezensionen über diese und andere unverständliche Arbeiten Naumans wird den Besuchern empfohlen, sie mit Verstand zu sehen. Sonst könnte die Sache ja so dunkel bleiben, wie es in den besagten Tunneln ist.

Zeichnungen:  
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT  
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ  
ПРЯМО В ВАШЕ



## SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

### Bestellungen nehmen entgegen in:

**BELGIEN** (360 flr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi 162 B-1000 Bruxelles.

Association Belgique—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

**BRD** (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackersstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928 W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H 6 Frankfurt am Main, Borsenstraße 13—15.

**DÄNEMARK** (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus—C.

— Sputnik International Import og Boghandel Vester Voldgade 11, 1152, København K.

— Rhodos International Tidsskriftshandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

**DDR** (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4.

**FINNLAND** (29,00 fmk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.

— Karsankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64.

**HOLLAND** (18,00 hfl.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25, Amsterdam.

**JUGOSLAWIEN** (8255, Din.) — 11 000 Belgrad „Jugoslavenska knjiga“, Terazije 27 II, soba 5.

— Prosveta Terazije 16 I.

— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Illica 30, Preradoviceva 18.

— 6100 Ljubljana „Državna Založba Slovenije“.

— Titova cesta 25 P. O. B50-1.

— „Cankarjeva Založba“, Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo, „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje, „Makedonska knjiga“, Ul. 11 Oktomvri bb.

**KANADA** (7,00 c\$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q. H3 P 3C4.

— Progress Books, 71 Bathurst Street 3rd Floor, Toronto, Ont., MSV 2P6.

**LUXEMBURG** (360 flr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

**NORWEGEN** (42,00 nkr.) Tidsskrift Sentralen Tanum A/S

P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119, Ankertorget, Oslo 1

— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertram Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

**ÖSTERREICH** (60 OS) — „Globus“ Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchststadtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattenhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.

— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.

— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

**POLEN** (52 Zł.) — „Ars Polonica“, Niederlassungen, Postämter und internationale Presse, und Bücherklubs.

**SCHWEDEN** (36,00 skr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr 116 45 Stockholm.

**SCHWEIZ** (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie Froschgaugasse 7, 8001 Zürich.

— Reiher-Verlag Postfach 3000, Bern 6.

**TSCHECHOSLOWAKEI** (62,40 Kčs) PNS-dovoz tisku;

PNS dovoz tlače.

**UNGARN** (80 Ft) — Die Postämter.

**USA** (10,00 \$) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

**WESTBERLIN** (22,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau Frl. Fa. Buchhdlg.

Name

Vorname

Anschrift:

#### Abonnementbestellung

Anzahl:

Titel:

Preis:

#### BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift



# Im Objektiv: AFGHANISTAN

Trotz aller Schwierigkeiten gestaltet das afghanische Volk sein neues Leben. Mit ihrem Wirken und ihrem politischen Kurs findet die revolutionäre Regierung bei den breiten Massen immer stärkeren Rückhalt. Trotz der fortdauernden Provokationen des Imperialismus und der Reaktion wird die Lage im Land allmählich normal. Davon zeugt auch die laut Vereinbarung mit der DRA-Regierung erfolg-

gearbeitet, in den Straßen der Städte schwunghafter Handel mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln getrieben. Die Bauern rüsten zur Ernte.

Unlängst haben in Kabul ein Lehrer- und ein Medizinerkongreß — die ersten in der Geschichte des Landes — getagt und über dringende Pläne zu einer bedeutenden Hebung der Volksbildung und des Gesundheitswesens debattiert. Auch eine Konferenz der Ulemas (Theologen) und der Geistlichkeit hat stattgefunden.

Weltpolitisch gewinnt die DRA immer mehr Ansehen. Das in Kabul auf Initiative der Organisation der afroasiatischen Solidarität abgehaltene Internationale Treffen der Solidarität mit dem afghanischen Volk brachte die Sympathie und Unterstützung zum Ausdruck, die die Afghanen in ihrem gerechten Kampf um eine helle Zukunft bei den fortschrittlichen Menschen in aller Welt genießen.

Ein Soldat der afghanischen Streitkräfte



Die Polytechnische Hochschule in Kabul, die ihr Entstehen der sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit verdankt



Das Volkshaus, während die neue Staatsflagge gehißt wird

In einem Textilkombinat bei Kabul



Ein Obsthändler

te Zurücknahme sowjetischer Truppenteile, deren Anwesenheit in Afghanistan jetzt unnötig ist. Auch vieles andere deutet darauf hin, daß sich die Volksmacht konsolidiert und daß die Afghanen den sehnlichen Wunsch haben, die Sache der Revolution durch Taten zu fördern, diese Revolution, die ihren ureigenen Interessen entspricht und sie wahr.

Jeden Morgen füllen Tausende Studenten und Schulkinder die Hörsäle und Klassen. In den Betrieben wird intensiv



Politischer Elementarunterricht



Mädchen in Nationaltracht

Bildbericht von unserem Sonderkorrespondenten S. Goljakow